



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesversammlung in Nürnberg:

## Vorsichtiger Optimismus

Kommunen in Zeiten der Finanzmarktkrise  
 Diskussion mit Ministerpräsident Seehofer und Finanzminister Fahrenschohn

Auf ihrer Landesversammlung in Nürnberg beschäftigten sich die Kommunalpolitiker der CSU mit dem Thema „Die Kommunen in Zeiten der Finanzmarktkrise“. Als kompetente Gesprächspartner standen den gut 150 Gästen unter anderem der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Georg Fahrenschohn Rede und Antwort.

In seinem Eingangsstatement ging der Landesvorsitzende der KPV, Landrat Stefan Rößle, u. a. auf den für die KPV erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich 2009 ein. Finanzminister Georg Fahrenschohn und die CSU-Spitze, allen voran Ministerpräsident Horst Seehofer, hätten mit den finanziellen Verbesserungen deutlich gezeigt, „dass

sie auch in schwierigen Zeiten zu den Kommunen stehen und damit gleichzeitig gezielt Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen“.

### Dank an Seehofer

Auch wüssten die Kommunalpolitiker es zu schätzen, dass der Freistaat Bayern die notwendige Kapitalerhöhung bei der Bayeri-

schen Landesbank in Höhe von 10 Milliarden Euro alleine geschultert hat, fuhr Rößle fort. „Hätten sich bei diesen Kapitalerhöhungen die Sparkassen mit 50 Prozent entsprechend ihrem bisherigen Anteil an der Bayerischen Landesbank beteiligen müssen, so hätte dies für viele bayerische Sparkassen und damit für die kommunalen Träger massive Probleme bedeutet.“

### Vertrauen zurückgewinnen

Mit Blick auf die anstehenden Europawahlen befürchtet der Vorsitzende, „dass es der CSU nicht bekommt, wenn wir zu lautstark eine schwarz-gelbe Koalition (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Podium bei der KPV-Landesversammlung in Nürnberg (v. l.): Gerhard Weber, Georg Huber, Horst Seehofer, Stefan Rößle, Georg Fahrenschohn und Heinrich Lenz. Foto: Döring

Gemeindetag zum Konjunkturpaket II:

## Große Bereitschaft zu Investitionen

2.500 Kommunalvertreter bei Infoveranstaltungen

Das Interesse war erwartungsgemäß enorm: In sechs Informationsveranstaltungen – Bad Berneck (Oberfranken), Hirschau (Oberpfalz), Mamming (Niederbayern), Neusäß (Schwaben), Aschheim (Oberbayern) sowie Iphofen (Mittelfranken und Unterfranken) hat der Bayerische Gemeindetag in Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen rund 2.500 kommunalen Vertretern die Fördermöglichkeiten im Rahmen des Konjunkturpakets II erläutert und somit eine wichtige Hilfestellung zur Antragsstellung gegeben.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl wertete die große Zahl der Teilnehmer als Beweis dafür, dass die Gemeinden gewillt sind, mit ihren Investitionen die Konjunktur anzukurbeln.

Vorhaben RzWAS) werden nur für weitere Maßnahmen aufgestockt, die Förderquoten werden nicht geändert.

Gesamtsumme 1,96 Mrd. €

### Energetische Modernisierung

Wie Dr. Johann Keller, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, bei den Infoveranstaltungen zum Thema „Das Zukunftsinvestitionsgesetz und seine Umsetzung in Bayern“ darlegte, wird die energetische Modernisierung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden Schwerpunkt der förderfähigen Maßnahmen im Freistaat sein. Bestehende Förderderrichtlinien (z. B. Art. 10 FAG, Städtebauförderung, Dorferneuerung, wasserwirtschaftliche

Euro) sieht dabei wie folgt aus (Aufteilung Kommunalanteil inkl. Kofinanzierung auf die Regierungsbezirke zu 75 % nach Einwohnerzahl und zu 25 % nach Finanzkraft):

- ▶ Oberbayern ca. 450 Mio. € = 32,3 % (34,5 % Bevölk.)
  - ▶ Niederbayern ca. 141 Mio. € = 10,1 % (9,5 % Bevölk.)
  - ▶ Oberpfalz ca. 127 Mio. € = 9,1 % (8,7 % Bevölk.)
- (Fortsetzung auf Seite 3)



Nachhaltigkeit ist für den Bürgermeister eine reine Frage der Verantwortung und Klugheit, keine der Hysterie und Ideologie. Deshalb sieht er jedes Projekt gerne, das ökologische Vernunft mit Lebensqualität vereinigt. Der heuer zum 5. Mal vergebene E.ON Umweltpreis trägt dieser Philosophie Rechnung. Seite 15



### Merkel besucht die IHM

Es gab viel zu erörtern beim diesjährigen Spitzengespräch der Deutschen Wirtschaft anlässlich der 61. Internationalen Handwerksmesse. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation war Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel froh, in München mit den Spitzenrepräsentanten der deutschen Wirtschaftsverbände zusammen zu treten, um gemeinsame Lösungen und Auswege aus der Krise zu erarbeiten. Dabei überreichte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Otto Kentzler, zusammen mit seinen Kollegen Dieter Hundt (BDA), Ludwig Georg Braun (DIHK) und Prof. Dr. Hans-Peter Keitel (BDI) der Kanzlerin die Münchener Erklärung.

Darin wird von der Bundesregierung gefordert, ihren ordnungspolitischen Kurs beizubehalten. Ausdrücklich begrüßten die vier Wirtschaftsverbände den Einsatz der Bundeskanzlerin „auf dem kommenden Wirtschaftsgipfel konkrete Vorschläge für eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzmärkte zu verabschieden“. Beim Thema der staatlichen Beihilfen für finanzklamme Unternehmen fordern die Verbände Fingerspitzengefühl: Diese Finanzspritzen sollen nur „in sehr speziell gelagerten Ausnahmefällen, nur zeitlich befristet und nur bei begründeter Aussicht auf eigenständige Existenzsicherung“ gewährt werden. Schließlich führen Hilfen des Staates zu Wettbewerbsverzerrungen.

Wirtschaftsministerium verhandelt mit EU-Kommission:

## Das Breitband kommt

Fördersatz wird erhöht - Zeil strebt bis 2010 weitestgehende Versorgung an

Bis Ende 2010 soll es in Bayern eine weitestgehende Breitbandversorgung der Gemeinden geben, Wirtschaftsminister Martin Zeil will sich für eine nochmalige Erhöhung der Mittel für diesen Zweck einsetzen. Für mehr als 300 Gemeinden wurden bisher Machbarkeitsstudien und Planungsarbeiten gefördert, 20 Förderbescheide von den Regierungen erteilt.

Damit reagierte der Minister auf eine Mahnung des CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid. Der Koalitionspartner habe offenbar die neuesten Entwicklungen beim schnellen Internet verpasst, stellte Zeil in einer Presseerklärung fest. Er will den Fördersatz von 50 % auf 60 % anheben. In der Regel soll der Betrag von derzeit 50.000 Euro verdoppelt und das Ver-

fahren durch Zusammenlegung einzelner Schritte vereinfacht werden. Dazu verhandelt das bayerische Wirtschaftsministerium derzeit mit der EU-Kommission. Zeil rechnet mit zügiger Genehmigung.

Schmid versicherte, seiner Fraktion gehe es nicht um Schuldzuweisungen, aber sie habe schon vor einem Monat konkrete schriftliche Vorschläge

gemacht. Nun müsse es dringend vorwärts gehen.

### Unbürokratisches Verfahren

Annette Karl, SPD-Fraktions-sprecherin für den ländlichen Raum, erwartet, dass die CSU die SPD-Grundsätze für ein gutes Förderprogramm übernimmt: Unbürokratisches Verfahren, ausreichende Ausstattung, Selbstentscheidungsrecht der Kommunen über die gewünschte Technologie und flexible Fördersätze je nach Belastbarkeit der Gemeinden. **rm**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Jahrespressekonferenz von Wirtschaftsminister Zeil	Seite 2
Bayern beschleunigt Vergabeverfahren	2
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Unsere Kinder brauchen unsere Hilfe	3
Die Zukunft unserer Dörfer	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzien	5 - 8
Wasser · Abwasser	9/10
Kommunaler Bau	11/12
Klimaschutz, Sicherheit, Brandbekämpfung	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16



Martin Zeil zieht wirtschaftliche Bilanz für Bayern:

## 2009 wird ein schwieriges Jahr

„Freistaat für die Krise überdurchschnittlich gut gerüstet“

Die Unternehmen Schaeffler und Qimonda, die sich in Existenz bedrohenden Schwierigkeiten befinden, können nicht auf finanzielle Unterstützung durch den Freistaat Bayern hoffen. Dies sagte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) ganz deutlich in seiner Jahrespressekonferenz, in der er eine alles in allem noch recht positive Bilanz für das Gesamtjahr 2008 ziehen konnte, aber auch auf ein schwieriges Jahr 2009 hinwies.

Bayern sei für die Krise überdurchschnittlich gut gerüstet. Der Minister gab sich deshalb zuversichtlich, dass der Freistaat auch den kommenden Aufschwung anführen werde.

Für ihn als liberalen Wirtschaftsminister gebe es klare Maßstäbe, die man an staatliche Hilfen für unverschuldet in Not geratene Unternehmen anlegen müsse. Als Treuhänder der Steuerzahler dürfe der Staat öffentliche Gelder nicht für fruchtlose Rettungsaktionen verpulvern, sagte Zeil. Ohne ein tragfähiges Zukunftskonzept könne und dürfe kein Geld fließen. Auch dürften die Finanzhilfen den Staat nicht überfordern. Das wäre aber bei den erwähnten Unternehmen der Fall. Wie solle man der Bevölkerung erklären, wenn für den Mittelstand ein Förderprogramm von 200 Millionen Euro aufgelegt werde, zugleich den erwähnten Firmen aber mit Milliarden geholfen würde. Der Wettbewerb

dürfe nicht zu Lasten gesunder Betriebe verzerrt werden.

Hilfe für die Unternehmen sei Sache der Eigentümer, der Banken, die die entstandenen Risiken finanziert hätten, und auch der Arbeitnehmerseite. Der Staat dürfe sich nicht in unternehmerische Risiken hineindrängen lassen. Er sei nicht der bessere Unternehmer. Neosozialismus löse keine Probleme. Nicht Verstaatlichungen hätten Deutschland stark gemacht, sondern Eigenverantwortung, Markt und Wettbewerb mit einem vernünftigen sozialen Ausgleich, kurzum, die Soziale Marktwirtschaft.

### Stabilisierung des Bankensektors

Den Bankenrettungsschirm des Bundes auf der Grundlage des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes verteidigte der liberale Wirtschaftsminister, weil ohne funktionierenden Geld- und Kre-

ditkreislauf keine Wirtschaft funktioniere. Dagegen lehnte Zeil das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das als „ultima ratio“ auch Enteignungen den Weg öffne, aus ordnungspolitischen Gründen ab. Dieses Gesetz sei ein Offenbarungseid und ein verheerendes Signal an private Investoren, auf deren Kapital der Staat bei der Stabilisierung des Bankensektors aber dringend angewiesen sei.

### Wachstumsspitzenreiter

Das Berichtsjahr 2008, der eigentliche Anlass der Pressekonferenz, habe stark begonnen und wegen der Finanzkrise schwach aufgehört. Bayern sei insgesamt mit einem blauen Auge davongekommen. Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im ersten Halbjahr um 2,8 Prozent habe es fürs Gesamtjahr immerhin noch für 1,6 (Vorjahr: 3,0) Prozent gereicht. Damit rangiere der Freistaat knapp hinter dem Saarland (1,7 Prozent) und gleichauf mit Berlin, Hamburg und Niedersachsen auf Platz zwei. Wie üblich liege der Bund mit 1,3 (2,5) Prozent darunter. Langfristig aber habe sich Bayern wieder unangefochten als Wachstumsspitzenreiter behauptet. So sei von 1998 bis 2008 die Wirtschaftsleistung im Freistaat real um 26 Prozent gestiegen, in Deutschland insgesamt aber nur um knapp 16 Prozent.

### Alle Rekorde gebrochen

Die Exporte der bayerischen Wirtschaft haben 2008 mit 155,7 Milliarden Euro (+ 1,4 Prozent) zum 15. Mal in Folge trotz deutlicher Bremsen im Welthandel alle Rekorde gebrochen. Für Investoren aus aller Welt ist Bayern im vergangenen Jahr ein gefragter Standort geblieben. Es gab 109 Investitionsprojekte mit

2.800 neuen Arbeitsplätzen. Auch die heimischen Betriebe haben kräftig investiert. Hilfen gab es durch das Mittelstandskreditprogramm mit zinsverbilligten Darlehen über 274 Millionen Euro für 846 Millionen Investitionen, die zu 3700 zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt haben, und durch die bayerisch Regionalförderung. Hier konnten mit Zuschüssen von 200 Millionen Euro Investitionen von 1,5 Milliarden Euro angestoßen werden, die 34.000 Arbeitsplätze sicherten und 4.300 neue schufen.

### Glanzpunkt in der Jahresbilanz

So ist denn auch die Entwicklung auf dem bayerischen Arbeitsmarkt „ein Glanzpunkt in der Jahresbilanz 2008“. Die Arbeitslosigkeit lag mit 4,2 Prozent im Durchschnitt auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

In weiten Teilen Bayerns herrschte praktisch Vollbeschäftigung. In 14 der 27 bayerischen Agenturbezirke lag die Jahresarbeitslosenquote unter 4 Prozent, in vier davon sogar unter 3 Prozent. Sechs der zehn besten Agenturbezirke in Deutschland befinden sich in Bayern.

### Einbruch im 4. Quartal

Bayern gehe, so Zeil, zwar von einem erfreulich niedrigen Sockel an Arbeitslosigkeit in die Zukunft. Inzwischen aber habe die schwere Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch in Bayern die Konjunktur unerwartet stark und schnell kippen lassen. Bereits im vierten Quartal 2008 sind die Exporte um 8,2 Prozent eingebrochen. Das habe zunächst die Industrie getroffen, sich aber inzwischen mehr und mehr auch auf andere Wirtschaftsbereiche ausgebreitet.

Besserungstendenzen seien an Hand der harten konjunkturellen Frühindikatoren wie z.B. dem Auftragseingang noch nicht erkennbar. Wie tief und lange die Rezession ausfallen werde, könne niemand seriös voraussagen. Zeil wollte zwar keine Prognose für 2009 geben, stellte aber fest,

## Opposition gegen „Arroganz der Macht“

SPD, Freie Wähler und Grüne erheben Verfassungsklage gegen die Sitzverteilung in den Landtagsausschüssen

Die von der Opposition schon in der Konstituierungsphase des 16. Bayerischen Landtags angeordnete Klage gegen eine Verteilung der Ausschusssitze zugunsten der CSU ist jetzt beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht worden. SPD, Freie Wähler und Grüne sehen sich nach intensiver juristischer Prüfung in der Auffassung bestätigt, dass sich die in der Wahl auf 43,4% der Stimmen gestürzte CSU in den Ausschüssen mit 50% der Sitze eine verfassungswidrige Blockademehrheit verschafft hat.

Bei Beratung der Geschäftsordnung im November 2008 hatten Sprecher der drei Oppositionsfaktionen bereits dagegen protestiert, dass die Landtagsausschüsse künftig statt 17 bis 23 Mitgliedern nun 16, 20 bzw. 22 Sitze haben werden. Zur Klageerhebung bekräftigten Harald Güller (SPD), Prof. Michael Piazzolo (FW) und Susanna Tausendfreund (Grüne) zusammen mit Anwalt Dr. Michael Bihler ihren Standpunkt. Sie warfen der CSU in einer Pressekonferenz Missachtung des Wählerwillens, Trickereien und Arroganz der Macht vor, wenn sie jetzt in sämtlichen Ausschüssen die Hälfte der Sitze einnehme. Im Plenum entfielen aber nur 49,2% der Sitze auf die CSU. Für die Ausschüsse gelte das Prinzip der Spiegelbildlichkeit.

Die Abkehr vom bisherigen Stand mit 17 Sitzen in elf Ausschüssen und 23 im Haushaltsausschuss zu 16, 20 und 22 Sitzen sei aus dem Machtwillen der geschlagenen CSU gekommen. Nach dem alten Schema wäre sie

jeweils einen Sitz unter der 50% Grenze geblieben, gleich ob man das bisherige Berechnungssystem Hare-Niemeyer oder das neue nach Sainte-Lague/Schepers anwende. Die Ausschüsse seien zunehmend wichtig. Sie entschieden vieles ohne Plenum, nicht nur Eingaben.

### Zahlenarithmetik

Für die CSU hatte in der Plenarsitzung vom 5. November letzten Jahres der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer die Kritik der Opposition zurückgewiesen. Jetzt stieß Petra Guttenberger als Vorsitzende des CSU-Arbeitskreises für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen nach: Das neue Modell spiegele die Stärke der Fraktionen besser wider als das alte, denn die Prozentzahl 50 liege deutlich näher an den 49,2% als die 47,1% nach der von der Opposition angestellten Sitzberechnung. Den Spruch des Verfassungsgerichtshofs erhofft diese noch heuer. **rm**

### Investitionen der Kommunen:

## Bayern beschleunigt Vergabeverfahren

Bayern hat weitere Beschleunigungsmaßnahmen zur Umsetzung der Konjunkturpakete beschlossen. Innenminister Joachim Herrmann: „Wir müssen alles dafür tun, dass die beschlossenen konjunkturellen Impulse ganz schnell in konkrete Baumaßnahmen münden. Beschleunigte Vergabeverfahren sind deshalb A und O für eine zügige Umsetzung der Investitionsmaßnahmen aus den Konjunkturpaketen. Mit neuen Wertgrenzen für Ausschreibungen und einer Verkürzung der Vergabefristen für die Jahre 2009 und 2010 haben wir die Weichen für einen schnellen Start der Investitionen bei Kommunen und Freistaat gestellt.“

Befristet bis zum 31. Dezember 2010 werden, so Herrmann, neue Wertgrenzen eingeführt, bis zu denen sogenannte Beschränkte Ausschreibungen (eine Million Euro) und sogenannte Freihändige Vergaben (100.000 Euro) durchgeführt werden können. Außerdem wird klargestellt, dass angesichts der zugezogenen konjunkturellen Lage grundsätzlich von einer Dringlichkeit auszugehen ist, die eine Verkürzung der Vergabefristen rechtfertigt. Die beschlossenen Beschleunigungen gelten für alle Auftragsvergaben des Freistaats und der Kommunen.

Laut Herrmann werden ergänzende Maßnahmen vorgesehen, die Wettbewerb und Transparenz sicherstellen. So sind beispielsweise bei den Beschränkten Ausschreibungen je nach Marktsituation und Auftragswert drei bis acht Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufzufordern.

Im kommunalen Bereich wurden die Anregungen der kommunalen Spitzenverbände berücksichtigt. Die Kommunen können frei wählen, ob sie eine vorherige, formlose Markterkundung vornehmen oder ob sie die jetzt im staatlichen Bereich eingeführte nachträgliche Veröffentlichung von Auftragsvergaben auf einer zentralen Internetplattform durchführen. **□**

man müsse realistischerweise damit rechnen, dass Bayerns Wirtschaftsleistung in diesem Jahr erstmals seit 1993 wieder schrumpfe, und zwar spürbar. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt habe ihren Zenit überschritten, wengleich sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit noch in Grenzen halte. Der Minister hofft, die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2009 unter der Fünf-Prozent-Marke zu halten.

### Keine Schwarzmalerei

Generell warnte Zeil vor Schwarzmalerei. Dem Wettlauf um die düsterste Prognose werde er sich nicht anschließen, zumal es eine Reihe von Faktoren gebe, die für eine Entlastung an der konjunkturellen Front sorgen. Er nannte Euro und Ölpreis, die weiter unter ihren Höchstständen notierten, die niedrige Inflationsrate und kräftige Lohnabschlüsse, die für Kaufkraft sorgten und den Konsum stabilisierten. Das alles laufe zusammen mit der Geldpolitik, die weltweit auf Expansionskurs sei, auf eine allmähliche Stabilisierung hinaus.

Um die Krise generell zu entschärfen, habe die Staatsregierung eine Reihe konjunktureller Gegenmaßnahmen beschlossen, zum Teil schon im Herbst. Zeil nannte u.a. den Bayerischen Mittelstandsschirm, der über die LfA Förderbank 200 Millionen Euro zur Ausweitung des Bürgerschaftsinstrumentariums bereitstellt und das Investitionsprogramm im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit einem Volumen von 1,9 Milliarden Euro, „das wir in enger Abstimmung mit den Kommunen noch im April im Detail festklopfen und danach rasch umsetzen werden“.

### Mittelstand stärken

Um die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu fördern, will Zeil den Mittelstand weiter stärken, „denn er ist und bleibt das Rückgrat unserer Wirtschaft“. Dazu sollen das Existenzgründerpaket weiter ausgebaut, mit den Spitzenorganisationen der bayerischen Wirtschaft ein Bayerischer Mittelstandspakt geschlossen und ein neues Maßnahmenpaket zur Außenwirtschaft geschaffen werden. Zur Steigerung der Innovationskraft will man die außeruniversitäre Forschung ausbauen. Themen sind Automation, Robotik, Faserverbundtechnologie, Mechatronik und die Zukunftsoffensive Elektromobilität, um den Wandel in der Autoindustrie voranzutreiben. Große Aufmerksamkeit will Zeil der Bildung schenken, und zwar

nicht nur an Schulen und Universitäten, sondern vor allem auch der beruflichen Bildung. Deshalb sollen aus den Mitteln des zweiten Konjunkturpaketes des Bundes „über 50 Millionen Euro zusätzlich in die Weiterbildungseinrichtungen der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern“ fließen.

Im Nachrichtenwesen soll die Breitbandversorgung verbessert werden. Binnen drei Jahren sollen alle weißen Flecken verschwunden sein. Um das zu erreichen, soll die Förderung der Kommunen von 19 auf 38 Millionen Euro aufgestockt werden. Dadurch steigen die Regelförderung von 50.000 auf 100.000 Euro und die Fördersätze von 50 auf 70 Prozent.

### Ausbau des ÖPNV

In der Verkehrspolitik steht laut Zeil in diesem und den nächsten Jahren ein ganzes Bündel von Aufgaben an. Konkret gehe es um den Ausbau der S-Bahn in Nürnberg, die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München und die bessere Anbindung der Landeshauptstadt an den Flughafen. Wichtig seien zudem die vollständige Umsetzung des Regio-Schienen-Takts Augsburg, die Schienenstrecke München-Mühl-dorf-Freilassing, der Brenner Nordzulauf, die Schienenanbindung Ostbayerns an den Flughafen sowie die Elektrifizierung der Strecken Hof-Regensburg und Hof-Reichenbach. Die S-Bahn-Verlängerung über Wolf-ratshausen hinaus bis Geretsried wurde nicht erwähnt.

Schließlich sprach sich der Minister für eine bessere Förderung der Seilbahnen und Beschleunigungsanlagen im „Tourismusland Nr. 1“ aus.

### Sichere Energieversorgung

Die Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke aus Gründen der Versorgungssicherheit, der Klimaverträglichkeit und Bezahlbarkeit der Energie hält der Minister für geboten. Die Anteile der erneuerbaren Energie sollen erhöht werden.

Um die Versorgungssicherheit vor allem mit Gas zu erhöhen, will Zeil in Kürze im Kabinett seine Vorstellungen von einer umfassenden Strategie für eine sichere Energieversorgung in Bayern darlegen. Stichworte seien die Diversifizierung der Transportwege durch den Bau der Nord-Stream- und der Nabucco-Pipeline, der weitere Ausbau der LNG-Infrastruktur (für Flüssiggas) und der Ausbau der Gasspeicherkapazitäten. **dhg.**

## Kostenloses

### Kindergartenjahr vertagt

Im Streit um die Entlastung der Eltern und Gemeinden von Kosten für Kindergärten und Schulen hat sich die CSU im Landtag nicht nur gegen die Opposition, sondern auch gegen Forderungen ihres Koalitionspartners FDP durchgesetzt.

Weder das letzte Kindergartenjahr noch das Mittagessen an Ganztags- und Grundschulen mit verlängerter Mittagsbetreuung werden ab Herbst kostenfrei sein. Wann diese Entlastungen kommen, blieb offen.

Vor der Landtagspresse hatte der FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas Hacker verkündet, zum neuen Schuljahr werde das kostenfreie Kindergartenjahr verwirklicht. Sozialministerin Christine Haderthauer erklärte auf Rückfrage, die Staatsregierung, der auch die FDP angehöre, habe das weder im Haushalt verankert noch in konkreter Planung. Vorrang habe der Ausbau der Betreuung für die unter Dreijährigen und die Schaffung kleinerer Gruppen. Zudem sei das Einvernehmen mit den Kommunen noch herzustellen. Brigitte Meyer (FDP), die Vorsitzende des Sozialausschusses, stimmte der Ministerin dann mit Rücksicht auf den Koalitionsvertrag zu.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Johanna Werner-Muggendorfer warf der FDP vor, es gehe ihr wohl nur darum, in der Regierung zu sein, statt ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Im Haushaltsausschuss scheiterten die Grünen mit einem Antrag, im Doppelhaushalt 2009/10 des Sozialministeriums den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Mittel für das kostenlose Mittagessen bereits heuer von 1,1 auf 2,8 Mio. Euro zu erhöhen. CSU und FDP lehnten geschlossen ab. **rm**

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Hans-Werner Baumgarten  
91805 Pölsingen  
am 30.3.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Bäuerlein  
91347 Aufseß  
am 2.4.

### Bürgermeister Peter Zeißner

97537 Wipfeld  
am 4.4.

### Bürgermeister Georg Kobler

84513 Erharting  
am 25.3.

### Bürgermeister Jakob Schwimmer

84427 St. Wolfgang  
am 29.3.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Oppel  
86687 Kaisheim  
am 2.4.

### Bürgermeister Jochen Kramer

97355 Castell  
am 27.3.

Bürgermeisterin  
Henriette Kirst-Kopp  
86707 Westendorf  
am 29.3.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Rainer Schneider  
85375 Neufahrn  
am 6.4.

Bürgermeister  
Hans-Walter Hofmann  
91289 Schnabelwaid  
am 24.3.

### Bürgermeister Thomas Krimm

63773 Goldbach  
am 25.3.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat  
Christian Bernreiter  
94469 Deggendorf  
am 7.4.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Jocher  
82444 Schlehdorf  
am 27.3.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



# „Die Zukunft unserer Dörfer“

Anmerkungen des Bayernbund-Landesvorsitzenden Adolf Dingreiter

Mit dem demographischen Wandel und der zunehmenden Globalisierung stellt sich die Frage nach der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des ländlichen Raumes. Schulen werden aufgelöst, Pfarreien zusammengelegt, das Dorfwirtschaftshaus verschwindet und Arbeitsplätze wandern ab. Welchen Platz haben Tradition, Brauchtum und gelebte Kultur? Wie steht es um die Gestaltungskraft unserer Dörfer - sind sie in Zukunft noch ein stabilisierender Faktor unserer Gesellschaft? Darüber referierte der Landesvorsitzende des Bayernbundes Adolf Dingreiter, MdL a. D., bei einer Veranstaltung in der Gemeinde Neuhaus a. Inn, Landkreis Passau.

Nachbarschaftshilfe und Gemeinnützigkeit hätten in Satelliten-Vororten, wo der Mensch nur eine Adresse, aber keine Heimat habe, keinen Platz, führte Dingreiter aus. Dazu bedürfe es le-

gen und Alten müsse auch auf dem Land ein Mindestmaß an Mobilität gesichert werden - „dann werden sie auch in den Dörfern bleiben“, zeigte sich Dingreiter überzeugt.



Für seine vielfältigen Verdienste um die Kommunalpolitik wurde Adolf Dingreiter (r.) im Jahr 2007 mit der Kommunalen Verdienstmedaille geehrt. Unser Bild zeigt ihn gemeinsam mit dem damaligen Innenstaatssekretär Georg Schmid, der heute CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag ist.

bender Dörfer. Erst vor rund 30 Jahren sei eine Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte beklagt worden. Ein gezielter Ausbau der Infrastruktur und die bewusste Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land hätten diesen Trend gewendet. Diese Entwicklung dürfe freilich nicht gefährdet werden – etwa durch die besondere Förderung von Metropolregionen (München und Nürnberg) durch die EU, meinte der Vorsitzende. Größere Einheiten lösten keine Probleme, sie schafften nur neue. Notwendig sei eine „differenzierte Weiterentwicklung der bayerischen Regionalpolitik für den ländlichen Raum“.

## Multifunktionale Landwirtschaft

Ziel müsse es sein, die multifunktionale, flächendeckende Landwirtschaft zu sichern, stehe sie doch in enger Wechselbeziehung zu den Funktionen des ländlichen Raumes als Wohnort und Lebensraum, Lieferant gesunder Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe, Wirtschaftsstandort, Ort sozialer Begegnung sowie als Kultur- und Erholungsraum auch für die städtische Bevölkerung.

Dingreiter plädierte dafür, Voraussetzungen für neue Berufe und neue qualifizierte Arbeitsplätze gerade für die junge Generation zu schaffen. Dann bleibe auch die gut ausgebildete Jugend im Dorf. Die wirtschaftliche Prosperität der Dörfer könne zudem etwa im Bereich des Tourismus (z. B. Urlaub auf dem Bauernhof) oder der Naherholung gesichert werden. Hier seien die Möglichkeiten vielfach noch nicht ausgeschöpft.

## Intakte Infrastruktur

Die Zukunft der Dörfer hänge auch von einer intakten Infrastruktur ab. Neben Hochleistungsnetzen für Informations- und Kommunikations-Infrastrukturen zählten hierzu ein gut ausgebautes Straßennetz mit einer leistungsfähigen Anbindung an überregionale Verkehrswege und ein funktionsfähiger ÖPNV. Allen nicht motorisierten ganz Jun-

geren wieder stärker nachgefragt und gebraucht wird“.

## Bewährte Modelle

Natürlich seien auch Neubauten notwendig, damit ein Dorf lebensfähig bleibt, betonte Dingreiter. Freilich müssten diese sich dann auch in ihrer Baugehalt in die bebaute Umgebung, in die dörfliche Struktur einfügen. Da die bewährten Modelle „Bauland für Einheimische“ oft die einzige Möglichkeit darstellten, wie sich Normalverdienereigentum schaffen können, habe der Bayernbund deshalb nachhaltig gegen die Diskriminierungseinwendungen der EU protestiert.

## Wirtshaussterben

Deutliche Worte fand der Vorsitzende beim Thema Wirtshaussterben: „Wir brauchen nicht überall ein blumenschmuckwettbewerbliches Dorf, sondern ein lebensfähiges, gemeinschaftsbildendes, ein zukunftsgerichtetes Dorf mit einem aktiven Dorfleben, das sich nicht in Sauffesten erschöpfen darf.“

„Wir kennen ja die Strohballenwerbung vom Frühjahr bis in den Winter hinein mit Einladungen zu allen möglichen Events. Es kann nicht sein, dass wir nur noch auf der grünen Wiese und in Kiesgruben feiern und die Geselligkeit im Dorf verkommen lassen. Wer das Dorfwirtschaftshaus auf diese Weise austrocknet, der hat es auch nicht mehr, wenn eine Hochzeit gefeiert oder ein Leichenschmaus begangen werden soll“, stellte Dingreiter fest.

## Aktive Bürgergesellschaft

Der Vorsitzende plädierte für eine aktive Bürgergesellschaft, die ein Dorf lebendig erhält. Dazu zählten das Prinzip Selbstständigkeit, das Prinzip des Helfens, das Prinzip Gegenseitigkeit, das Prinzip der aktiven Teilhabe und das Prinzip Nachhaltigkeit. „Jeder hat Mitverantwortung für die gemeinsame Zukunft. Dies gilt auch besonders gegenüber den nachkommenden Generationen. Was wir heute tun, muss auch morgen noch sinnvoll sein. Im überschaubaren Dorf ist die Einsicht dafür noch da.“

„Wenn wir diese Prinzipien im Zusammenleben auf unsere Dörfer umsetzen, kann das auch dazu beitragen, Fehlentwicklung in unserer Gesellschaft zu korrigieren“, meinte Dingreiter. Denn zuviel Reglementierung, zuviel Staat und zuviel Erstarrung – zu wenig Freiraum und Eigenverantwortung – seien ebenso Probleme des Gemeinwesens wie auch der gesamtgesellschaftlichen und politischen Situation.

## Prinzipien der aktiven Teilhabe

Eine gute und erfolgreiche Zukunft wachse im Dorf weitgehend aus der eigenen Gestaltungskraft der Bürger – weit mehr als in den Städten. „wo die Prinzipien der aktiven Teilhabe und des Helfens nur bedingt umsetzbar sind“. Hier haben Dingreiter zufolge auch die Gemeinden, sprich Bürgermeister und Gemeinderäte, einen wichtigen Part inne. Sein abschließender Appell: „Es gilt die gestaltende Kraft einer aktiven Bürgergesellschaft in unseren Dörfern zu wecken, zu ermöglichen und zu unterstützen. Es gilt gemeinsam Zielvorstellungen, Visionen, Leitbilder zu entwickeln und viele an der Umsetzung zu beteiligen. Dann werden die Dörfer aus sich heraus eine hohe Lebensqualität entwickeln und damit auch eine gute Zukunft haben.“ DK

GZ

## Kolumne

Anne-Marie von Hassel

*heute vertrete ich an dieser Stelle unseren Herausgeber, Landrat Stefan Rößle, der seine Elternzeit bei seiner Familie zu Hause verbringt. Wir sind alle froh und dankbar, dass Herr Rößle damit demonstriert, wie wichtig für das Gedeihen unserer Kinder die Mitwirkung der Väter ist. Junge Menschen*



*brauchen männliche Bezugspersonen, zu denen sie aufschauen können, an denen sie sich messen und „reiben“ können, die ihnen ein positives Beispiel vermitteln und die sie - vor allem - lieben haben. Vielleicht stünde es um unsere Gesellschaft besser, wenn viel mehr Väter dem Beispiel von Landrat Rößle folgen würden, und aktive, erreichbare Väter für ihre Kinder wären.*

## Unsere Kinder brauchen unsere Hilfe

Das schreckliche Unglück in Winnenden bewegt uns auf das Schmerzlichste. Fürchterlichste Gewaltakte passieren nicht mehr nur im fernen Amerika und resultieren offenbar auch nicht in einer DDR-Kindheit, die ein junger Mensch verwahrt in einer Plattensiedlung zubringen musste. Der unfassbare Amoklauf ist fast in unserer Nachbarschaft geschehen. Ein netter Junge, etwas introvertiert, von eher mittlerer Intelligenz, aufgewachsen in vordergründig „guten Verhältnissen“ wurde zum Massenmörder.

Ob die Familie von Tim K. Mitschuld hat, ob er durchgedreht hat, oder ob er seine Tat gezielt plante, war bei Redaktionsschluss nicht bekannt. Fest steht, dass ihm in seinem Elternhaus ein immenses Waffenarsenal zur Verfügung stand und dass er viel Zeit mit brutalsten Killerspielen an seinem Computer verbrachte, ganz so, wie verschiedene andere Menschen auch, die grausamste Verbrechen begingen.

Die moderne Psychologie hat den Beweis längst erbracht, dass Bilder, die sich in den Köpfen der Menschen manifestieren, Realität werden - im Guten, wie im Negativen. Wohlfühl-

Atmosphäre fördert Wohlbefinden und aggressive Inhalte fördern aggressives Verhalten.

Es waren (auch) Leni Riefenstahls Bilder, mit denen die Menschen in Nazi-Deutschland verführt wurden. Ray Müller drehte über ihr Werk später den Film „Die Macht der Bilder“.

Bilder haben Macht. In seinem neuen Buch über das Glück beschreibt Dr. Eckart von Hirschhausen, wieviel Einfluss positives Denken auf unser

ganzes Leben hat. Wir wären viel glücklicher, wenn es ein vogue wäre, das Positive, das Gute, das Schöne zu postulieren. Statt dessen lassen wir uns seit Jahrzehnten mit Hässlichkeiten und Gewalttätigkeiten überschütten. Moderne Kunst darf man nur gut finden, wenn sie hässlich ist. Die Mehrzahl sucht in Wirklichkeit etwas anderes. Wie könnte sonst von Hirschhausens Buch sofort die Nummer 1 auf der Bestseller-Liste werden? Streben die Menschen dem Leicht doch lieber nach dem Schönen, dem Wahren, dem Edlen? Fehlt es uns nur am Mut, uns dazu zu bekennen?

Und fehlt uns etwa auch der Mut, „nein“ zu sagen, wenn wir es eigentlich für nötig erachten? Über entsprechende juristische und technische Möglichkeiten verfügen wir. Ein Pädophiler, der sich kinderpornografisches Bildmaterial auf seinen Computer lädt, wird - zu Recht - die Härte unserer Strafverfolgungsbehörden zu spüren bekommen. Jörg Tauss hat kaum noch eine Möglichkeit, sich für den Besitz entsprechender Widerwärtigkeiten zu rechtfertigen. Warum müssen wir dann jedem Jugendlichen ein umfangreiches Repertoire an Killerspielen zugestehen? Welche Geschäfte welcher dunklen Hintermänner müssen diejenigen schützen, die sich weiterhin für die Freizügigkeit dieses Schunds stark machen?

Sagen wir doch einfach „nein“! Nein zu Gewalt und perverser Sex in den Medien und nein zu jeglicher Freizügigkeit für Waffenbesitzer.

Statt dessen sagen wir „ja“; ja zu unseren Kindern! Stehen wir ihnen bei mit aller Liebe und allem Engagement, zu dem wir fähig sind.

*Anne-Marie von Hassel*

## Große Bereitschaft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

► Oberfranken ca. 125 Mio. € = 9,0 % (8,7 % Bevölk.)

► Mittelfranken ca. 195 Mio. € = 14,0 % (13,7 % Bevölk.)

► Unterfranken ca. 153 Mio. € = 11,0 % (10,7 % Bevölk.)

Der Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur nimmt bayernweit 65 % des Mitteleinsatzes in Anspruch. Dazu zählen die Einrichtung der frühkindlichen Infrastruktur, die Schulinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung), die Hochschulen (insbes. energetische Sanierung), kommunale und gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung (insbes. energetische Sanierung) sowie die Forschung.

## Förderfähige Maßnahmen

Förderfähige Maßnahmen aus dem Programm „energetische Modernisierung“ sind die Einzelmaßnahmen wie Verbesserung der Wärmedämmung (Wände, Fenster, Dächer, Decken...), Erneuerung/Optimierung von Heizungsanlagen, Einbau von oder Anschluss an Anlagen mit erneuerbaren Energien (z. B. Solarenergie, Pellet-/Hackschnitzelheizung, Erdwärmesonden), jedoch nur im Zusammenhang mit Wärmedämmung, falls untergeordnet auch Begleitmaßnahmen (Brandschutz, Anstriche, Böden, Barrierefreiheit) sowie IT-Ausstattung bei Schulen, falls energetische Modernisierung. Der Basisfördersatz liegt bei 87,5 % (Bundesmittel 75 %, Kofinanzierung Land 12,5 %).

Abgrenzungsfragen stellen sich hierbei bei Neu- und Ersatzbauten (unter Umständen möglich, weil „wirtschaftlicher“), bei Wohngebäuden (nein - „entgeltlich finanziert“), bei Feuerwehrhäusern (nein - „regelmäßig be-

heizt“?), PV-Anlagen (nein - Vergütung nach EEG), beim kommunalen Wärmenetz (nein - „entgeltlich finanziert“), bei der „Nachhaltigkeit“ der Maßnahme (z. B. Schulstandort) oder beim Thema Finanzschwäche allgemein. In jedem Fall ist eine klare Prioritätensetzung notwendig.

Bis Ende März 2009 muss die Antragstellung erfolgt sein, ggf. kann bis Ende April eine Nachreichung erfolgen. Die Entscheidung über die Aufnahme ins Programm fällt bis Ende April. Entscheidungskriterien sind die „Zusätzlichkeit“ der Maßnahme, die erzielbare Energieeinsparung, die Haushaltslage der Gemeinde und die regional gerechte Verteilung, wobei zu beachten ist, dass manche Sondertöpfe nur für ganz bestimmte Kommunen vorgesehen sind.

## Schwerpunkte

Investitionsschwerpunkte bei der „sonstigen Infrastruktur“ (35 %) sind der Städtebau ohne Abwasser und ÖPNV, die ländliche Infrastruktur (ohne Abwasser und ÖPNV), kommunale Straßen (nur Lärmschutzmaßnahmen), Informationstechnologie (z. B. DSL-Anschlüsse) und sonstige Infrastrukturinvestitionen. Nicht förderfähig sind sog. Kosten rechnende Einrichtungen außerhalb der sozialen Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung).

Bei der Beurteilung der „Zusätzlichkeit“ von Investitionen wird jetzt zusätzlich der längere Zeitraum 2004 bis 2008 als Vergleichsbasis dem der Jahre 2009 bis 2011 gegenüber gestellt. Außerdem müssen in den nächsten drei Jahren nur 60% der im neuen Vergleichszeitraum 2004 bis 2008 getätigten Investitionen erreicht werden. Zu den Förder-

voraussetzungen zählen, dass Maßnahmen 2009 und 2010 begonnen werden und 2011 abgeschlossen sein müssen. Mindestens die Hälfte der Mittel muss noch 2009 abgerufen werden. Es gibt keine Doppelförderung aus Bundesmitteln mit Ausnahme der KfW-Kredite aus Programmen zur „Investitions-offensive Infrastruktur“.

## Investition in die Zukunft

Wie Gemeindegatspräsident Brandl hervorhob, sind die anstehenden Ausgaben eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Sie seien nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag für den Umweltschutz, weil kostbare Energie eingespart werden kann. Er legt deshalb Wert darauf, dass möglichst viele Gemeinden in den Genuss der staatlichen Förderung kommen. Nicht einzelne Großprojekte, sondern eine breite Streuung der Fördermittel trügen dazu bei, dass die bayerischen Kommunen das Konjunkturpaket des Bundes bestmöglich umsetzen und vertreten können.

Auf Initiative des Bayerischen Gemeindegats werden bei den Bezirksregierungen Verteilerausschüsse mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände eingesetzt, die bei der Auswahl der Maßnahmen auf eine faire Verteilung der Mittel achten werden. Den Vorgaben des Bundes entsprechend müssen dabei finanzschwache Kommunen besonders berücksichtigt werden.

Brandl machte auch deutlich, dass das Interesse und die Bereitschaft zur Investition weitaus höher sind als mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgesetzt werden kann. „Nicht alle Ideen werden realisierbar sein, so dass auch lange Gesichter in den Gemeinden und Städten nicht ausbleiben werden“, so der Gemeindegatschef. DK



## Vorsichtiger Optimismus ...

(Fortsetzung von Seite 1) lition im Bund fordern. Davon profitiert meines Erachtens in erster Linie die FDP.“ Die CSU sei gut beraten, hart daran zu arbeiten, „langsam wieder das Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern zurück zu gewinnen“.

Konkret bedeute dies, darauf zu achten, bei Parteiveranstaltungen nicht nur der eigenen Anhängerschaft zu dienen, sondern auch vor Ort zu sein und Diskussionen mit „ganz normalen“ Mitbürgern, sprich mit Vertretern von Vereinen und Verbänden und mit Multiplikatoren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu führen. „Dabei müssen wir auch schauen, dass man uns als CSU-Politiker wahrnimmt“, meinte Rößle. In den großen Städten wieder mehr zu punkten, wertete der Landesvorsitzende

hohe Förderung entlaste die Haushalte. 1,9 Milliarden Euro seien ein großer Betrag, der sich allerdings auf die einzelnen Landkreise bzw. Kommunen herunter gebrochen auf Grund der großen Zahl der Zuwendungsempfänger und der Vielzahl der zu sanierenden Projekte sehr schnell relativiere. Fördersätze von 90 Prozent betrachtete Rößle als zu üppig, daher kämen zu wenige Kommunen zum Zug.

### Der Wähler verlangt nach Klarheit

„Jetzt gibt es ein Hauen und Stechen: Die eine Kommune erhält 90 Prozent Förderung, die Nachbarkommune Null.“ Insgesamt bezeichnete der Vorsitzende das Konjunkturpaket als begrüßenswert.

Kommunalfreundlichkeit bezeichnete Seehofer als Kernbestandteil bayerischer Politik. Er forderte die Bereitschaft zu einem ergebnisoffenen Diskussionsprozess, wie Verantwortlichkeiten vom Freistaat auf die Kommunen verlagert werden könnten. Als Beispiel nannte Seehofer die Landesplanung, die seiner Auffassung nach „viel zu zentralistisch und zu bürokratisch“ ist. Hier könnten die Kommunen deutlich mehr selbst entscheiden als bisher. Dass in Einzelfällen allerdings kein Konsens möglich ist, darauf verwies Nürnbergs Bürgermeister Klemens Gsell: Seine Kommune und die Nachbarstadt Fürth streiten sich seit Jahren wegen 500 Metern Erschließungsstraße.

### Breitband-Ausbau

Beim Thema DSL-Ausbau im ländlichen Raum meinte Seehofer „Ich verstehe nicht, warum ich mitten im Altmühltal mit meinem Handy ins Internet komme, aber per Festnetz nicht.“ Der langsame Ausbau - „ein Jammerspiel“ -, sei zum Teil auch Schuld des Freistaates, bekannte er: „Wir haben 50 Millionen Euro zur Verfügung, aber noch nicht einmal eine Million ausgegeben.“ Die CSU wolle nun über Bundeskanzlerin Merkel auf EU-Ebene durchsetzen, dass der Freistaat den Ausbau fördern darf. DSL soll bei der EU nicht mehr als Wirtschaftsbeteiligung eingestuft werden, sondern als Instrument der Daseinsvorsorge.

### Arbeitsplätze erhalten

Der Höhepunkt der Finanzkrise sei noch nicht erreicht, fuhr Seehofer fort und versprach: „Wir tun alles, um Arbeitsplätze zu erhalten.“ Kleinen Betrieben würden mit Bürgschaften und Garantien Hilfen angeboten. Seehofer zufolge „können wir froh sein, dass die Sparkassen und Genossenschaftsbanken den Irrsinn der großen Banken nicht mitgemacht haben“. Einen Fall nach Hypo Real Estate-Muster könne man sich nicht hundertfach erlauben. Ziel müsse es sein, das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft und seine Prinzipien wieder zum Leben zu erwecken. Dazu gehörten faire Regeln.

„Wenn wir den wirtschaftlichen Aufschwung wollen, dürfen wir Leistungsträger der Gesellschaft nicht vergessen“, forderte der Ministerpräsident. Deshalb müsse die „leistungsfeindliche Progression“ aus dem Steuerrecht abgeschafft werden.

Staatsminister Georg Fahrenschon unterstrich ebenso den Dialog zwischen Freistaat und

Kommunen und wies darauf hin, dass sich letztere in der Rezession auf niedrigere Steuereinnahmen und höhere Ausgaben einstellen müssten. Wie lange die derzeitige Abschwungphase andauere, könne derzeit niemand beurteilen. Allerdings, so Fahrenschon, „sollten wir uns dringend davor hüten, uns in einen Wettbewerb um die düsterste Prognose zu begeben“. Die Politik könne zwar „das Tal, in dem wir uns befinden, nicht wegzubern“, sei jedoch in der Lage, Brücken zu spannen und Auswirkungen abzumildern.

### Dienende Funktion

„Regulieren ohne überzuregulieren“ sei eine der Lehren aus der Krise, fuhr der Minister fort. Auch sollten die Finanzmärkte wieder mehr ihre dienende Funktion ins Auge fassen und nicht mehr Selbstzweck sein. Darüber hinaus „sollten wir uns wieder an einem Leitbild ausrichten, das einer sozial verantworteten Marktwirtschaft verpflichtet ist“. Hierzu zählten insbesondere auch „die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns, der verantwortungsbewusst handelt und stets einkalkuliert, dass es auch einmal schwierig werden kann“.

### Lfa-Bürgschaften

Als konkrete Maßnahmen der Staatsregierung nannte Fahrenschon u. a. die wesentliche Ausweitung des Bürgschaftsinstrumentariums der Lfa Förderbank Bayern und die Rettung der Bayerischen Landesbank. Bei der Linderung der Krisenauswirkungen sei die Politik aufgefordert, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung jetzt möglichst schnell und effektiv zu verbessern. Dazu bedürfe es gezielter Wachstumsimpulse, um in erster Linie das Vertrauen der Bürger und Unternehmer in den Wirtschaftskreislauf wieder zu beleben.

### Zentrale Funktion der Kommunen

Genau bei dieser Aufgabe komme den Kommunen eine zentrale Funktion zu. Schließlich erbringe die kommunale Ebene über 60 % der gesamten öffentlichen Investitionsleistungen. Durch gezielte Impulse werde vor allem die örtliche Wirtschaft als Auftragnehmer gefördert, was zwangsläufig auch die kommunale Einnahmeseite stärken wird. Darüber hinaus begünstigten die Verbesserungen bei der Einkommensteuer das verfügbare Einkommen und stärkten auch die private Nachfrage.

Unter dem Leitgedanken der Stärkung der kommunalen Investitionskraft ist Fahrenschon zufolge in den vergangenen Monaten ein gut abgestimmter Dreiklang auf den Weg gebracht worden, bestehend aus einer „erneut sehr guten Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2009“, dem bayerischen Investitionsbeschleunigungsprogramm und dem Konjunkturpaket II des Bundes und seiner kommunalfreundlichen Umsetzung in Bayern. Alleine im Rahmen des Konjunkturpakets stelle der Freistaat seinen Kommunen knapp 170 Mio. Euro aus Landesmitteln zur Verfügung. Laut Fahrenschon „stellen wir damit sicher, dass diejenigen Kommunen besonders unterstützt werden, die möglicherweise nicht in der Lage sind, den ihnen obliegenden Eigenfinanzierungsanteil zu erbringen“.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Finanzminister Georg Fahrenschon, Konrad Irtel (Bayerischer Genossenschaftsverband), Wolfgang Dandorfer (Oberbürgermeister Amberg) und Emil Schneider vom Bayerischen Landkreistag wies letzterer darauf hin, dass die kommu-



Freuten sich gemeinsam über die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden (v. l.): Landrat a. D. Luitpold Braun, Landrat Stefan Rößle und Ministerpräsident Horst Seehofer. Bild: Döring

## Luitpold Braun KPV-Ehrenvorsitzender

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU hat im Rahmen ihrer Landesversammlung ihren langjährigen Vorsitzenden Luitpold Braun zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernannt. 14 Jahre lang stand er an der Spitze der KPV.

Mit 17 Jahren trat Braun in die CSU ein und wurde bereits ein Jahr später in den Ortsvorstand gewählt. Nach drei Jahren als JU-Ortsvorsitzender in Schongau wurde der 21-jährige 1972 Stadtrat seiner Heimatstadt und schließlich mit 32 Jahren Bürgermeister. 13 Jahre blieb er im Amt, bis ihn der Ruf des Landkreises Weilheim-Schongau erreichte und er weitere 12 Jahre als Landrat der Kommunalpolitik treu blieb. Vorher war er bereits 12 Jahre Kreisrat.

### Beindruckende Bilanz

Insgesamt war Luitpold Braun also 36 Jahre gewählter Kommunalpolitiker - „eine beeindruckende Bilanz und ein unermesslicher Dienst für unsere Demokratie und die kommunale Selbstverwaltung“, so KPV-Landesvorsitzender Rößle in seiner Laudatio.

Der Weg in der KPV verlief über die Wahl in den Hauptausschuss 1988, vier Jahre KPV-Betriebsvorsitz Oberbayern, bis zur Wahl 1994 zum Landesvorsitzenden. Dieses Amt hat Braun nach Rößles Aussage „mit Leib und Seele“ ausgefüllt. 11 Jahre war er zudem stellvertretender KPV-Bundesvorsitzender.

In entscheidendem Maße hat Braun Rößle zufolge die KPV mit seiner kommunalpolitischen Kompetenz geprägt: „Für die

nationalen Haushalte im Freistaat mit einem Umfang von 30 Mrd. Euro eine große Bedeutung haben. Rund 60 % der Investitionen würden von Kommunen getätigt. Interessant auch Schneiders Anmerkung, dass 100.000 Arbeitslose mehr 2,1 Mrd. Euro Ausgaben für Bund, Länder und Kommunen bedeuteten. „Bei all den düsteren Nachrichten“ wertete der Finanzexperte es als positiv, dass die Steuereinnahmen 2008 erneut um 6,3 % auf 13 Mrd. Euro gestiegen seien. 2007, 2008 und 2009 könne man auf einen „tollen FAG“ verweisen, zudem hätten die Kommunen fleißig Schulden abgebaut - um 9 % oder rund 2 Mrd. Euro. Auch die Kassenkredite seien in Bayern so gering wie nirgendwo in Deutschland: Während sie im Bundesdurchschnitt bei 500 Euro pro Einwohner liegen, belaufen sie sich in Bayern auf lediglich 14 Euro.“

Als negative Entwicklung bezeichnete Schneider den Anstieg der Sozialausgaben von 1,5 auf 4,5 Mrd. Euro und die Anhebung der Kreisumlagesätze von 38 auf 47 %. Darüber hinaus werden die Steuereinnahmen ab 2009 sinken. Insgesamt zeigte sich Schneider aber zuversichtlich, „dass die Kommunen die Bedeutung der Situation erkennen“. Viele Kom-

munale Familie war es ein Glücksfall, an der Erfahrung, dem Wissen und der Tatkraft, die Luitpold Braun über so viele Jahre hinweg an vorderster Front als Stadt- und Kreisrat, Bürgermeister von Schongau und Landrat von Weilheim-Schongau ausgezeichnet hat, teilhaben zu können. Er hat sich nicht gescheut, auch heiße Eisen anzupacken - siehe Einführung Bürgerbegehren/Bürgerentscheid - und neue Wege zu beschreiten, insbesondere wenn es ihm darum ging, den ländlichen Raum sozial und wirtschaftlich nach vorne zu bringen.

### Kommunalpolitik als gleichwertige Säule

Seinen ohne Frage richtigen Grundsatz, die Kommunalpolitik nicht als unterste Politikebene zu sehen, sondern als gleichwertige Säule neben Europa-, Bundes- und Landespolitik, hat er stets mit großem Nachdruck vertreten. Seine Meinung gilt bis heute etwas in unserer Partei“, betonte Rößle. Die Attribute Fleiß, Zuverlässigkeit und Verantwortungsgewissen stünden für den Kommunalpolitiker und Menschen Luitpold Braun. Das christliche Menschenbild sei sein wichtigster Kompass im politischen Alltag gewesen. Er, der immer „nahe am Menschen“ war, habe nie die Bodenhaftung verloren. DK

munen sähen ihre Verantwortung und wollten entsprechend auch investieren.

### Warnende Anzeichen

Oberbürgermeister Dandorfer bemerkte, dass Auswirkungen einer Finanzkrise immer zeitversetzt bemerkt würden. „Warnende Anzeichen“ seien der Rückgang der Bauanträge sowie die Stornierung oder gar Aufhebung von Investitionen. Da das Konjunkturpaket nur auf einen sehr kleinen Bereich zugeschnitten sei, sollte die allgemeine Erwartungshaltung nicht zu hoch geschraubt werden.

Der ehrenamtliche Genossenschaftspräsident Konrad Irtel hob schließlich die enorme Wichtigkeit des Drei-Säulen-Modells des Bankenmarkts hervor und meinte: „Derzeit sind wir der einzige Sektor, der bislang keine finanzielle Hilfe in Anspruch genommen hat.“ Der regionale Mittelstand brauche sich keine Sorgen zu machen, er sei bestens versorgt. Auf das Problem der toxischen Papiere zu sprechen kommend, meinte Irtel, dass es hier bislang noch keine Lösungen gebe. Hier bestehe Handlungsbedarf - andernfalls werde kein Vertrauen entstehen können. DK

### aurelis und debeo:

## Partner der Kommunen

Als Partner der Kommunen präsentierten sich die auf der KPV-Landesversammlung ausstellenden Unternehmen aurelis und debeo.

Die aurelis Real Estate GmbH & Co. KG verfügt bundesweit über insgesamt rund 24 Mio. Quadratmeter ehemaliger citynaher Bahnflächen. Mit dem überwiegenden Anteil der Flächen ist das Unternehmen in Metropolen und Metropolregionen vertreten. In enger Abstimmung mit den Kommunen entwickelt aurelis für ihre Areale marktorientierte Nutzungskonzepte. Die Projekte werden bis zur Schaffung des Planungsrechts und Baureife betreut. Damit bietet das Unternehmen Investoren und Kommunen die Chance, die oftmals letzten städtebaulichen Freiräume für urbane Entwicklungsprojekte zu nutzen. Das Unternehmen ist mit Regionalbüros in Eschborn bei Frankfurt/Main, in Hamburg, Köln und München sowie mit Großprojektbüros in Berlin und Nürnberg vertreten. Die Zentrale ist in Eschborn bei Frankfurt.

debeo mit Sitz in Sonthofen ist ein spezialisierter Dienstleister für Mietförderungsmanagement. Das Unternehmen unterstützt Wohnungsgesellschaften - darunter auch kommunale Eigentümer - seit Jahren erfolgreich beim effizienten Umgang mit ihrem Vermögen. Durch nicht beigebrachte Mietschulden gehen den öffentlichen Haushalten jährlich Milliarden verloren.

Die Kunden übertragen debeo die Verantwortung, ihre ausstehenden Mietforderungen beizubringen. debeo verfügt über ein kompetentes Team aus Juristen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern sowie Immobilienfachleuten und sorgt für einen zuverlässigeren und schnelleren Liquiditäts-Zufluss - auf sozial verträgliche Art. Bereits heute realisiert das Unternehmen für über 150.000 Wohnungen im Durchschnitt 80 % der ihm anvertrauten Forderungen. DK

dabei als besondere Herausforderung. In diesem Zusammenhang begrüßte er die neu ins Leben gerufene Arbeitsgruppe der CSU-Landtagsfraktion „Große Städte“ unter Leitung von MdL Karl Freller.

Was die Konjunkturpakete des Bundes und des Freistaats Bayerns anbelangt, geht Rößle davon aus, „dass diese Leistungen positive Wirkungen haben werden, insbesondere für die Wirtschaft aber auch für die Städte, Gemeinden und Landkreise“. Die

„Der Wähler verlangt in diesem schwierigen Jahr nach Klarheit“, hob der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hervor. Nur über authentische Personen könne in der Politik Vertrauen zurück gewonnen werden. Seehofer räumte ein, dass sich seine Partei in der Vergangenheit zu wenig erneuert bzw. verändert habe. Ein „Weiter so“ sei nach den Landtagswahlen vom 28. September vergangenen Jahres nicht mehr möglich gewesen.

**Bayerische Landessiedlung**  
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU  
KOMMUNALE ENTWICKLUNG  
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Kommunale Partnerschaftsmodelle  
im Bereich ÖPP / PPP

Bayerische Landessiedlung GmbH  
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99  
info@bls-bayern.de

Lindenberg, Schwaben  
Wohnanlage für betreutes Wohnen

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN



## Krisenbewältigung:

# So stellen Sie Ihre Bank auf den Prüfstand

Von Dr. Johannes Fiala\*

**In Krisenzeiten rückt die Frage nach dem richtigen Bankpartner unmittelbar in den Mittelpunkt. Immer wieder sind Banken in die Pleite gerutscht, mit dramatischen Folgen für die Kunden. Umso wichtiger ist es, ein paar Grundsätze zu beachten.**

Eine gute, und damit stabile Bank besitzt viel Eigenkapital – gesetzlich soll es mindestens rund 6% betragen, im Verhältnis zu den ausgereichten Krediten. Unter Berücksichtigung von Haftungen wegen auf Zweckgesellschaften ausgelagerten Risikopapieren kann sich die Situation viel schlechter darstellen: So gibt es Banken, bei welchen die reale Eigenkapitalquote um 1% liegt – oder darunter. Andere Banken im deutschsprachigen Raum besitzen weit über 20% Eigenkapital – und keine direkten Risiken aufgrund der Finanzkrise.

## Frage der Politik

Wie lange es der Steuerzahler mitmacht, marode Banken ohne tragfähiges Geschäftsmodell zu stützen, insbesondere „dem schlechten Geld noch gutes hinterher zu werfen“, ist eine Frage der Politik: Bankenpleiten treten immer wieder auf.

Allerdings werden Kunden bei einer Bankenpleite erfahrungs-

gemäß mit deutlich höheren Zinsen konfrontiert – Liquidatoren bzw. Insolvenzverwalter wollen ja auch irgendwann einmal die Bücher schließen: Daher „motiviert“ man die Kunden zum Bankwechsel.

Auch kann es Jahre dauern, bis Guthaben über die Einlagensicherung entschädigt werden. Eine für Kreditkunden wenig erfreuliche Entwicklung ist es, wenn Banken ihre Forderungen an „Heuschrecken“ verkaufen – das Kleingedruckte genau prüfen zu lassen, sichert existentielle Vorteile. Vielleicht nutzt auch das Gespräch am Stammtisch, um zu erfahren, welche Bank „willkürlich“ Kredite kündigt, um sie dann einer Inkassogesellschaft als eigene Refinanzierung zur weiteren Bearbeitung abzugeben.

Unternehmer sind gut beraten, wenn sie sowohl die Geschäftsbedingungen prüfen lassen, als auch die Kapitalstärke ihrer Hausbank genau im Auge behalten.

## Günstige LfA-Kredite für Kommunen in Bayern

### Infrastrukturförderung jetzt auf breiter Bahn

**Bayerns Städte und Gemeinden können ab sofort eine Vielzahl von Infrastrukturvorhaben fördern lassen. Die LfA Förderbank Bayern hat die förderfähigen Investitionsfelder deutlich erweitert und finanziert jetzt auch Projekte in Bereichen wie Tourismus, Energieeinsparung und die Erschließung von Gewerbeflächen. Die LfA unterstützt kommunale Infrastrukturinvestitionen bereits seit Mitte 2008 mit zinsverbilligten Krediten.**

„Eine moderne kommunale Infrastruktur ist für den leistungsfähigen Wirtschaftsstandort Bayern unverzichtbar. Mit der erweiterten Förderung wollen wir die Investitionstätigkeit der Kommunen auf breiter Basis anregen. Gerade in der jetzigen schwierigen Wirtschaftslage können die öffentlichen Aufträge unseren Betrieben wertvolle Impulse geben“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA Verwaltungsratsvorsitzender Martin Zeil.

## Gebündelte Mittel

Finanzstaatssekretär Franz Pschierer sagt: „Im Infrakredit Kommunal werden Fördermittel des Bundes und des Landes für Projekte in Bayern gebündelt. Dieser Fördermehrwert erleichtert kommunale Investitionen erheblich.“

Grundlage des erweiterten Finanzierungsangebots der LfA ist eine weitere Kooperation der bayerischen Förderbank mit der KfW Bankengruppe. Der Infrakredit Kommunal wird zinsgünstig von der KfW refinanziert und zusätzlich von der LfA zinsverbilligt. Ab sofort fördert die LfA Investitionen in den Bereichen:

- Verkehrsinfrastruktur (einschließlich Öffentlicher Personennahverkehr)
- Ver- und Entsorgung (einschließlich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung)
- Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten, einschließlich Aufwendungen für Grunderwerb (nur nicht-umlagefähige Kosten)
- Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger
- touristische Infrastruktur

- Wissenschaft, Technik, Kulturpflege
- Aufwendungen lokaler Mikrofinanzierer für den Auf- und



Dr. Otto Beierl.

Ausbau der betrieblichen Infrastruktur in der Kommune.

## Attraktive Konditionen

Parallel wird die Bayerische Landesbodenkreditanstalt in Kooperation mit der KfW den Kommunen ein Kreditprogramm für die Bereiche allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Stadt- und Dorfentwicklung, Erschließungen und wohnwirtschaftliche Investitionen anbieten. LfA Vorstandsmitglied Dr. Otto Beierl erwartet, dass die neuen Fördermöglichkeiten gut angenommen werden: „Der Infrakredit bietet attraktive Konditionen speziell für die Bedürfnisse der Kommunen. Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke können Investitionen aus den neuen Förderbereichen sofort in Angriff nehmen.“

Die Merkmale des Infrakredit

## Geschäftsmodell der Bank untersuchen

Früher, vor mehr als 20 Jahren, lebten Banken von der „Marge“, also der Differenz zwischen den Zinsen, welche an Sparer ausbezahlt wurden, und den Kreditzinsen die man für Darlehen berechnete. Der Wettbewerb in diesem Bereich führte dazu, dass Banken mehr und mehr versuchten Gebühren und Provisionen als Haupteinnahmequellen zu verstehen. Dabei ist es für Kunden oft schwer, die Details zu durchschauen – ohne Sachverständigen wird es kaum möglich sein, einmal die Abrechnungen prüfen zu lassen. Erstaunlich ist, dass manche Bank – entgegen der rechtlichen Grundlagen – über Jahre 50% mehr an Zinsen und Gebühren berechnet hat: Der steuerliche Berater besitzt regelmäßig nicht das Instrumentarium, solches Fehlverhalten zu erkennen.

## Negative Presse als Warnsignal

Hinzu kommt, dass der Geschäftssinn mancher – aber nicht aller – Kreditinstitute durch Presseberichte bekannt wurde. Beispielsweise die Vermittlung von Kapitalanlagen, die später als Steuerhinterziehungs-Modelle enttarnt werden sind ein Indiz. Ebenso wurden vielen Anlegern „Garantie“-Produkte verkauft, die in ein paar Jahren eine Kapitalrückzahlung sicherstellen, aber heute nur noch einen Bruchteil wert sind – also faktisch unverkäuflich. Hierzu gehört auch das Phänomen, dass vor allem der Generation „60-plus“ das Depot komplett in Zertifikate und Derivate investiert wurde. Negative Presse enthüllt die Geschäftsmodelle und kann ein deutliches Signal sein, über einen Wechsel nachzudenken.

## Inflation - Deflation - Kreditmanagement

Fachleute meinen, dass es nur drei Methoden gibt, die in der Krise zu agieren: Liquidierung von Banken etc., die sich nicht tragen, oder Inflation um die Staatsschulden abzubauen, oder Stützung von überschuldeten Banken auf Kosten des Steuerzahlers.

Derzeit gilt noch: Bei steigender Deflation wird das Geld laufend mehr wert und Sachwerte sinken im Preis; zu große Schulden können tödlich sein. Insofern sind jene Unternehmen im Vorteil, die ein möglichst hohes Eigenkapital besitzen, um damit möglichst wenig von Kreditgebern abhängig zu bleiben. Hohes Eigenkapital ist die Grundlage, auch wirtschaftliche Rückschläge verkraften zu können. Rund 30.000 Unternehmensinsolvenzen jährlich zeigen, dass dies nicht jedem Gewerbebetrieb ge-

Kommunal: Durch lange Zinsbindungsfristen und Laufzeiten bis zu 30 Jahren erhalten die Kommunen langfristige Planungssicherheit. Bis zu einem Kreditbetrag von zwei Millionen Euro werden bis zu 100 Prozent der Kosten gefördert, bei einem größeren Kreditvolumen 50 Prozent. Eine Kombination mit anderen Förderprogrammen ist möglich, Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes können allerdings nicht einbezogen werden. Der Antrag wird direkt bei der LfA gestellt. Das Förderverfahren ist einfach und schnell.

lingt – ein politischer „Rettungsschirm“ steht in derartigen Fällen regelmäßig nicht zur Verfügung.

Und in der Zukunft: Bei steigender Inflation wird es umgekehrt aussehen: Das Geld wird laufend weniger wert und Sachwerte steigen im Preis; Schulden sind dann bei passenden betriebswirtschaftlichen Kennzahlen weniger ein Problem.

## Auf die Planung kommt es an

Allerdings kommt es auch hier wieder auf die Planung an: Wenn Kreditmittel zu festen und damit kalkulierbaren Zinsen benötigt werden, sollten die Verträge entsprechend gestaltet sein. Die geduldeten Kontoüberziehungen mit faktisch jederzeitiger Kündbarkeit wäre die teuerste und gefährlichste Variante. Immer wieder ist zu beobachten, dass Anträge für staatliche Zinsverbilligungs- und Bürgschaftsprogramme bei der Hausbank „liegen bleiben“ oder „verloren gehen“ – die Hausbank verdient daran oft zu wenig. Wenn dann ein Vielfaches an Zinsen berechnet wird, kann dies mehr als den laufenden Gewinn „auffressen“.

## Risikostreuung – Multi-Kulti

Vergleicht man die Einlagensicherungssysteme, fällt auf, dass einige potentiell überschuldet sind. Im Inland sieht es für manchen Unternehmer so aus, als ob es nur die sprichwörtliche Wahl zwischen Pest und Cholera gäbe. Großbanken unter einem „Rettungsschirm“ – potentiell überschuldet? Sparkassen haften für Landesbanken – potentiell überschuldet? Volks- und Raiffeisenbanken sind durch eine Großbank

belastet – potentiell überschuldet? Dann stellt sich die Frage, wie groß eigentlich die Einlagensicherung ist, und wie viel dieser Reserven ebenfalls in „Gift-Papieren“ angelegt sein könnte? Transparenz ist auf diesem Felde wohl eher die Ausnahme.

Indes gibt es zwischen einzelnen Kreditinstituten enorme Unterschiede: Die Zusammenarbeit mit mehreren Instituten kann das Risiko für Unternehmen deutlich mindern. Noch gravierender werden die Unterschiede allein im deutschsprachigen Raum sichtbar, wenn man feststellt, dass es Institute gibt, die einfach gar nie nicht pleite gehen können. Oder wenn eine Analyse zeigt, dass es bei den Konditionen enorme Unterschiede gibt. Ohne strategische Weichenstellung können aber die wirklich im Einzelfall „passenden“ Bankpartner für einen Unter-

nehmer nicht gefunden werden.

## Qualitätsmanagement

Unternehmen mit Qualitätsmanagement wissen, dass alle Lieferanten regelmäßig zu bewerten sind. Kreditinstitute verlangen von Kunden vor der Darlehensausreichung einen Nachweis der Bonität. Seit einigen Jahren haben sich die Verhältnisse umgekehrt: Der Unternehmer überlegt, ob das Kreditinstitut nachweisen kann, dass es konform zu den Unternehmenszielen aufgestellt ist. Legt das Unternehmen oder der Unternehmer Geld an, ist die Auswahl des Finanzpartners nicht minder entscheidend.

\*Unser Autor ist Rechtsanwalt in München, geprüfter Finanz- und Anlageberater (A.F.A.) und Bankkaufmann (www.fiala.de) □

## Münchener Hypothekenbank:

# Innovativste Bank des Jahres 2008

**Die Münchener Hypothekenbank eG wurde von der Finanzberatung Max Herbst (FMH) und dem Nachrichtensender n-tv als „innovativste Bank“ des Jahres 2008 ausgezeichnet.**

Erstmals wurden Preise an Immobilienfinanzierer vergeben. Ausgewertet wurden die Angebote von 78 Banken und Vermittlern. Alle Preisträger überzeugten mit kontinuierlich guten Leistungen über das gesamte Jahr. Die ausgezeichneten Finanzdienstleister könne man den Kunden mit gutem Gewissen empfehlen, so Max Herbst.

Den FMH-Award für die innovativste Bank erhielt die MünchenerHyp für ihre zahlreichen neuen Produktentwicklungen in der

privaten Immobilienfinanzierung.

## Preisverleihung

„Wir haben den Anspruch, dass sich unsere Finanzierungslösungen flexibel nach den persönlichen Lebensumständen und speziellen Bedürfnissen richten“, sagte Bernhard Heinelein, zuständig im Vorstand der MünchenerHyp für die private Immobilienfinanzierung, anlässlich der Preisverleihung in Frankfurt am Main. □

www.lfa.de

**NEU!**

**Infrakredit Kommunal**  
Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

**Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen**

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter [www.lfa.de](http://www.lfa.de) oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-22 62. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.

**LfA FÖRDERBANK BAYERN**  
Damit machbar wird, was denkbar ist.



Stabilität  
+  
Unabhängigkeit  
+  
Nähe  
+  
Faire Konditionen  
=  
Volksbanken  
Raiffeisenbanken

Damit können Sie  
bei uns rechnen.

Wechseln Sie jetzt zur Volksbank  
Raiffeisenbank, die unabhängig,  
unverkäuflich und sicher ist.

Volksbanken  
Raiffeisenbanken



Wir machen den Weg frei

GVB-Präsident Stephan Götzl:

## Den Teufelskreis durchbrechen

Anmerkungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise  
vor dem Wirtschaftsbeirat der Union in München

„Bei den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken gibt es keine Kreditklemme.“ Darauf wies der Verbandspräsident und Vorstandsvorsitzende des Genossenschaftsverbandes Bayern, Dr. Stephan Götzl, bei einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirates der Union in München hin. Nach der Begrüßung durch Hans Hammer, Vorsitzender des Bezirks München, und einem Vortrag von Finanzminister Georg Fahrenschon (vgl. KPv, Seite 1) wartete er dort mit detaillierten Anmerkungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise auf. Schwerpunktmäßig beleuchtete der Präsident die Auswirkungen auf den Mittelstand.

Wie Götzl erläuterte, betreuen die 317 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in über 3.200 Geschäftsstellen ca. 600.000 Firmenkunden. Die Marktanteile im Firmenkundengeschäft setzen sich wie folgt zusammen: Finanzierung: 50%, Kapitalanlagen: 46% und Auslandsgeschäfte 37%. Bei der Vergabe von Förderkrediten sind die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken mit ca. 48 % aller vermittelten Kredite Marktführer. Im vergangenen Jahr nahmen die Kredite an Firmenkunden um ca. 1 Mrd. Euro zu, 2008 gab es auch den größten Zuwachs an Firmenkrediten seit Ende der neunziger Jahre. Darüber hinaus können die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit einem zusätzlichen Potential an Ausreichungsvolumen in Höhe von 40 Mrd. Euro aufwarten.

### Rückgang der Wirtschaftsleistung

Laut Statistischem Bundesamt war deutschlandweit im Laufe des vergangenen Jahres ein deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung festzustellen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im vierten Quartal 2008 um 2,1% niedriger als im dritten Quartal. Dies bedeutete den größten Rückgang gegenüber einem Vorquartal im wiedervereinigten Deutschland.

Die negative Wirkung auf das Bruttoinlandsprodukt ging Götzl zufolge vor allem von den Anlageinvestitionen sowie vom Nettoexport aus, da die deutschen Exporte preisbereinigt erheblich stärker zurückgegangen seien als die Importe. Die Konsumausgaben waren geringfügig niedriger als im dritten Quartal 2008, die Lagerbestände im vierten Quartal deutlich erhöht.

Die Lage am Arbeitsmarkt gestaltete sich mit 40,8 Millionen Erwerbstätigen im vierten Quartal 2008 - 422.000 Personen oder 1,0% mehr als ein Jahr zuvor - (noch) positiv. Damit wurde der höchste Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung erreicht, allerdings musste man eine deutliche Abschwächung der vierteljährlichen Beschäftigungszuwächse seit Beginn des Jahres 2008 hinnehmen.

### Inhalte des Rettungspakets

Die Rezession hat Deutschland fest im Griff. Das deutsche Rettungspaket umfasst nach Götzls Ausführungen folgende Maßnahmen:

- Die Eigentümer der LBBW haben am 14. November 2008 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 5 Mrd. Euro beschlossen. Diese soll im ersten Quartal 2009 durchgeführt werden. Die LBBW prüft noch, ob ein Garantierahmen von 15 bis 20 Mrd. Euro über ihre Eigentümer oder den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) aufgebracht werden soll.
- Die Eigentümer der BayernLB stellen einen Risikoschirm in Höhe von 4,8 Mrd. Euro für ein Wertpapierportfolio der Bank von rund 20 Mrd. Euro bereit. Zudem erhält die BayernLB eine Kapitalhilfe vom Freistaat Bayern in Höhe von insgesamt 10 Mrd. Euro. Die erste Tranche in Höhe von 3 Mrd. Euro sollte der Bank vor

Ende 2008 zugeführt werden und der restliche Betrag im ersten Quartal 2009. Ferner hat die BayernLB einen Garantierahmen des SoFFin in Höhe von 15 Mrd. Euro erhalten.

- Die WestLB hat im April 2008 ein Wertpapierportfolio in Höhe von 23 Mrd. Euro auf eine Zweckgesellschaft übertragen, wobei etwaige Verluste von bis 5 Mrd. Euro durch eine Garantie ihrer Eigentümer abgesichert werden soll. Sie führt nach eigenen Angaben Gespräche mit dem SoFFin bezüglich der Gewährung eines Garantierahmens.
- Die HSH Nordbank wird sich erst nach Vorlage des KPMG-



Dr. Stephan Götzl.

Gutachtens entscheiden, ob etwaige Rekapitalisierungsmaßnahmen durch ihre Eigentümer oder den SoFFin durchgeführt werden sollen.

- Die EU-Kommission hat ein durch die Eigentümer garantiertes MTN Programm der NORD/LB in Höhe von 20 Mrd. Euro genehmigt. Dabei handelt es sich um ein Emissionsprogramm, in dessen Rahmen die NORD/LB künftig besicherte kurz- und mittelfristige Emissionen in den Kapitalmärkten platzieren wird. Diese Emissionen werden durch ungebundene Aktiva der Bank besichert und von den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt garantiert.

- Der Hypo Real Estate wurden durch den SoFFin weitere staatliche Garantien in Höhe von 10 Milliarden Euro bis zum 12. Juni gewährt. Seit Oktober hat der Finanzkonzern bereits 102 Milliarden Euro an Kapitalhilfen und staatlichen Garantien erhalten. Der Bund prüft dessen Mehrheitsübernahme, wofür eine Gesetzesänderung erforderlich wäre.

### Alarmierende Verluste

Die aktuellen Verluste der Banken weltweit wertete Götzl als alarmierend. So weist die Deutsche Bank für das vierte Quartal 2008 einen Verlust von knapp fünf Mrd. Euro aus. UBS hat im vierten Quartal 2008 einen Verlust von 8,1 Milliarden Franken (5,4 Mrd. Euro) eingefahren und damit für das ganze Jahr einen Rekordverlust von 19,7 Milliarden Franken (13 Mrd. Euro) verzeichnet. Die Royal Bank of Scotland wiederum hat 2008 mit über 20 Mrd. Pfund (fast 23 Mrd. Euro) den größten Verlust eines Unternehmens in der britischen Wirtschaftsgeschichte verbucht.

Als die drei großen Probleme in der Finanzmarktkrise bezeich-

nete der Verbandspräsident die Schwäche am US-Immobilienmarkt, den Umstand, dass Banken problembehaftete Wertpapiere halten und schließlich kein Vertrauen im Bankensektor herrscht, was zur Folge habe, dass die Banken Geld horteten.

Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft lägen auf der Hand: Da der Finanzsektor an der realen Wirtschaft hängt, kann es Götzl zufolge keine dauerhafte Abkopplung geben. Unternehmen verzeichnen einen erheblichen Auftragsrückgang, vor allem Investitionsgüterproduzenten und Hersteller von Vorleistungsprodukten. Der Konsum stockt, es herrscht ein Investitionsstau. Die Vertrauenskrise und der Zusammenbruch des Interbankengeschäfts zieht eine zurückhaltende Kreditvergabe politik nach sich. Die drohende Kreditklemme führt gerade bei mittelständischen Unternehmen zu Liquiditätsgaps und einer Gefährdung der Existenz.

### Konsequenz

Die Konsequenz? Laut GVB-Präsident werden sich Investoren mit niedrigeren Renditen abfinden müssen, die Risikowahrnehmung muss neu adjustiert werden. Auch gelte es, die Finanzaufsicht neu zu regeln - sie müsse internationaler werden und Modifikationen der Mark-to-Market-Bewertung beinhalten. Ebenso sei die Rolle der Ratingagenturen neu zu definieren. Die Zentralbanken, vor allem die Bundesbank, hätten sich als die wahren Krisenmanager erwiesen. Entscheidender Stabilitätsfaktor innerhalb des Drei-Säulen-Systems seien die Regionalbanken.

Der Mittelstand, „Rückgrat der deutschen Wirtschaft, jedoch anfällig für Finanzkrisen“ stelle über 99 % aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, drei Viertel aller Arbeitsplätze und mehr als 80% aller Ausbildungsplätze. Nach der Innenfinanzierung seien Bankkredite die wichtigste externe Finanzierungsquelle, so Götzl. Für 2009 erwarteten zwei Drittel der mittelständischen Unternehmen stagnierende oder sinkende Umsätze. Nur noch 28% sehen sich von der Finanzkrise nicht betroffen (1. Halbjahr 2008: 54%). Jeder sechste mittelständische Betrieb (15%) rechnet in den nächsten 12 Monaten mit einem Personalabbau (gegenüber 4% im März 2008). 44% der Mittelständler wollen geplante Investitionen vorerst aussetzen.

### Umfragewerte

50% der Mittelständler glauben, ihre Finanzierungskonzepte in den kommenden 12 Monaten überdenken zu müssen (März 2008: 25%). Tendenziell werden laut Götzl kleine Unternehmen mit überschaubarem Finanzbedarf und transparenteren Risiken bei der Finanzierung bevorzugt. 35% der größeren Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 250 Mio. Euro melden eine Verschlechterung der Kreditkonditionen, 20% der Unternehmen halten eine Kürzung der Kreditlinie für denkbar, während 54% mehr Übernahmen im Mittelstand erwarten.

Wie Götzl abschließend darlegte, sind durch die stetig verbesserte Eigenkapitalausstattung gerade mittlere und größere mittelständische Unternehmen zunehmend in der Lage, notwendige Investitionen aus eigener Kraft zu schultern. Die erwartete Verschlechterung der Bilanzqualität im Mittelstand dürfte vor allem kleinere mittelständische Unternehmen treffen. **DK**



In Sachen BayernLB:

## Der Landtag prüft das „Projekt Herkules“

Aber auch die Frage der Schadenshaftung für die Milliardenverluste spielt eine Rolle

Auf der Suche nach einem neuen Geschäftsmodell für die BayernLB hat Vorstandsvorsitzender Michael Kemmer der Krisenkommission des Landtags in geheimer Sitzung das in seinem Haus erarbeitete „Projekt Herkules“ vorgestellt. In Anwesenheit des Verwaltungsratsmitglieds und bayerischen Finanzministers Georg Fahrenschohn wurde das geplante Konzept in erster Runde diskutiert.

Einigkeit bestand insoweit, dass sich die BLB künftig von undurchsichtigen Finanzgeschäften fernhält und auf das Kerngeschäft im eigenen Lande in enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen konzentriert. Es geht vornehmlich um die Finanzierung von Mittelstand, Gewerbeimmobilien und Privatkunden. Ob die Landesbank als bayerisches Institut bestehen bleibt oder in Fusion mit anderen geht, bleibt umstritten.

Als weiteres heißes Eisen wurde die Frage der Haftung für die Milliardenverluste aufgegriffen. Während inzwischen auch der Verwaltungsrat der Bank über „Herkules“ informiert wurde, gehen im Landtag die Meinungen über das neue Geschäftsmodell noch weit auseinander. Andeutungen von Ministerpräsident Horst Seehofer zufolge, soll die BLB bestehen bleiben. Von der Opposition wird eine Fusion mit anderen Landesbanken favori-

siert. Eike Hallitzky (Grüne) schlug die mittelfristige Bildung eines „einzigen regional aufgestellten Bundeszentralinstituts für den öffentlichen Sektor“ vor. Darauf angesprochen, antwortete der Finanzminister nur, es gebe bessere Modelle.

Inge Aures (SPD), die stellvertretende Kommissionsvorsitzende, bedauerte, dass die beiden vorliegenden Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zwar diskutiert, aber nicht veröffentlicht werden sollen. Sie kündigte „aufgeschlossene, aber auch konstruktiv kritische“ Beratungen an. Fest steht der Zeitplan. Das neue Geschäftsmodell muss der EU bis 18. April vorgelegt werden.

### Frage der Haftung

Eine Rolle spielt auch die Frage der Haftung für die Milliardenverluste der Bank. Freie Wähler und FDP wollen das in einem Gutachten unabhängiger Anwälte prüfen lassen, so Bernhard Pohl, der stellvertretende FW-Fraktionsvorsitzende. Gegebenenfalls seien Schadensersatzansprüche sowohl gegen die Manager als auch gegen die Verwaltungsratsmitglieder möglich. Das würde auch die ehemaligen Finanz- bzw. Wirtschaftsminister Prof. Kurt Faltlhauser und Erwin Hu-

ber sowie Dr. Günther Beckstein als Innenminister betreffen.

Unterdessen hat der Landtag eine beschleunigte staatsanwaltschaftliche Ermittlung gegen die Verantwortlichen der BLB gefordert. Es geht um die Anzeige des Bundes der Steuerzahler gegen frühere und aktive Bankmanager. CSU und FDP sowie SPD und FW hatten das Thema in zwei Dringlichkeitsanträgen im Landtagsplenum zur Debatte gestellt. Pohl mutmaßte, womöglich handle es sich um das größte Finanzstrafverfahren der bayerischen Geschichte. Es könne nicht sein, dass Milliarden Euro in den Sand gesetzt würden, aber niemand dafür verantwortlich sei. Hallitzky monierte, die Landtagskommission werde absichtlich dumm gehalten. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget erwähnte Informationen, die BLB-Verluste könnten 14 bis 15 Mrd. Euro betragen.

Kommissionsvorsitzender Ernst Weidenbusch (CSU) erkannte das öffentliche Interesse an, warnte aber vor Schnellschüssen. Den Oppositionsvorschlag, nicht nur die Kommission sondern auch den Rechtsausschuss über das Verfahren zu unterrichten, lehnte er ab. Es sei besser, hinter verschlossenen Türen die Kommission zu informieren, was auch geschehen werde. Justizministerin Dr. Beate Merk wies die Vermutung der Opposition zurück, die Ermittlungen würden mit wenig Personal durchgeführt.

Die fünf Fraktionen einigten sich schließlich auf einen aus den Dringlichkeitsanträgen kombinierten Beschluss, der Kommission solle anlassbezogen und zeitnah über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen berichtet werden. **rm**

Kreissparkasse Augsburg:

## 2008 mit solidem Wachstum

Die Kreissparkasse Augsburg trotz der Finanzmarktkrise und weist für 2008 ein solides Wachstum bei Bilanzsumme, Einlagen und Ausleihungen und eine stabile Ertragsstärke aus. Bei der Vorlage der vorläufigen Geschäftsergebnisse erteilte der Vorstand einer möglichen Fusion mit der Stadtparkasse eine klare Absage. „Die Kreissparkasse Augsburg ist stabil aufgestellt und erfreut sich in einem starken Wettbewerbsumfeld einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung. Für eine Fusion besteht keinerlei Notwendigkeit, und unsere Eigentümer sehen das genauso“, bekräftigte der Vorstandsvorsitzende Richard Fank.

### Einlagen verzeichnen Plus von 4,7 Prozent

Die Bilanzsumme wuchs um rund 145 Millionen Euro bzw. 5,6 Prozent auf 2,73 Milliarden Euro. Die Einlagen, die im Vorjahr erstmals die Marke von zwei Milliarden Euro überstiegen, erhöhten sich um 4,7 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro. „Die Kreissparkasse profitierte zur Spitze der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 davon, dass viele Menschen Gelder von Privatbanken abzogen und bei uns anlegten“, berichtete Vorstandsmittglied Manfred Stöckl. „Doch die Vorsicht der Verbraucher scheint nachgelassen zu haben: Viele lassen sich wieder von risikoreicheren Konditionen locken und achten nicht auf die Bonität ihrer Vertragspartner.“

Der Trend zur Umschichtung von langfristigen in kurz- und mittelfristige Anlageformen hält an. So nahm das Sparaufkommen um 19,7 Millionen Euro bzw. 1,4 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro ab, während die Termineinlagen um 131 Millionen Euro bzw. 7,3 Prozent auf 310 Millionen Euro gestiegen sind. Mit der Einführung von neuen, preiswerten Kontomodellen, die zahlreiche Mehrwertleistungen beinhalten, kommt die Kreissparkasse den Wünschen der Kunden nach.

### „Von Kreditklemme kann keine Rede sein“

Die Ausleihungen erhöhten sich um 1,7 Prozent auf 1.895 Millionen Euro. Das Kreditvolumen für Unternehmen und Selbstständige stieg um 1 Prozent auf 819 Millionen Euro, die reinen Unternehmenskredite ohne Wohnbaufinanzierung verzeichneten ein Plus von 2,1 Prozent auf rund 540 Millionen Euro. Das Leasing-Neugeschäft legte um 56 Prozent auf 23,4 Millionen Euro zu. Wachstumstreiber waren hier vor allem das klassische PKW-Leasing, größere Maschinen sowie innovative Leasinglösungen für Immobilien. Horst Schönfeld, stell-

vertretender Vorstandsvorsitzender, machte deutlich: „Die Kreissparkasse Augsburg bleibt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein starker Partner der mittelständischen Unternehmen. Von Kreditklemme kann keine Rede sein.“

Auf hohem Niveau stabil entwickelten sich die Wohnbaudarlehen, ein Kerngeschäft der Kreissparkasse. Die Darlehenszusagen waren mit 164 Millionen Euro, die Darlehensauszahlungen mit 159 Millionen Euro deutlich überdurchschnittlich. Die Kreissparkasse Augsburg verzeichnete hier im Vergleich zu den bayerischen Sparkassen Steigerungen von 13,5 versus 8,6 Prozent und 14,9 versus 6,9 Prozent. Das Immobiliencenter vermittelte Objekte im Wert von rund 19 Millionen Euro.

### Mit zukunftsfähigen Geschäftsfeldern gut aufgestellt

Mit zwei neuen Geschäftsfeldern adressiert die Kreissparkasse Augsburg zukunftsfähige Wachstumsmärkte. Das bereits im Herbst vorgestellte Kompetenzzentrum für Nachlass- und Stiftungsmanagement kann bereits erste Erfolge vorweisen. Im laufenden Jahr will sich die Kreissparkasse verstärkt als Energiesparkasse positionieren. Unter diesem Motto – unter dem auch die aktuelle Sanierung der Hauptstelle am Martin-Luther-Platz fällt, fasst das Kreditinstitut ein ganzheitliches Angebot von Produkten und Dienstleistungen rund um die Baufinanzierungsberatung zu energetischer Modernisierung, Finanzierung von Anlagen für erneuerbare Energien sowie nachhaltige Investments zusammen.

Die Kreissparkasse, die im vergangenen Jahr wiederholt als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet wurde, beschäftigte zum 31. Dezember 2008 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Derzeit bildet die Kreissparkasse 65 junge Menschen zu Bankkauffleuten aus. **□**

Versicherungskammer Bayern:

## In der Finanzkrise gut behauptet

München. Der Konzern Versicherungskammer Bayern hat sich in der Finanzkrise gut behauptet. Dies bestätigt das aktuelle Rating der Ratingagentur Standard & Poor's. Elf Kerngesellschaften des Konzerns wurden erneut mit „A“ (sehr gut) eingestuft. Mit ihrer Bewertung würdigt die Ratingagentur Standard & Poor's die sehr starke Wettbewerbsposition, sehr gute Kapitalausstattung und hohe Ertragskraft, die insbesondere von stabilen Ergebnissen aus der Versicherungstechnik getragen wird.

„Das Rating zeigt uns, dass wir sowohl auf der Kosten- wie auf der Ertragsseite gut für die Zukunft gerüstet sind. Und es betont, dass die Versicherungskammer Bayern in dem derzeit schwierigen wirtschaftlichen Umfeld insbesondere mit ihrer soliden Kapitalbasis hervorragend aufgestellt ist“, so Friedrich Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern.

### Elf Kerngesellschaften

Folgende Unternehmen wurden in das dritte Rating einbezogen: Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG, Bayerischer Versicherungsverband, VersicherungsAG, Bayerische Landesbrandversicherung AG, Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG, Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, Union Krankenversicherung AG, Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, SAARLAND Feuerversicherung AG, SAARLAND Lebensversiche-

rung AG, Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG und die Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG.

### Führende Positionen in den Geschäftsbereichen

Der Konzern Versicherungskammer Bayern nimmt aus der Sicht von Standard & Poor's unter den deutschen Erstversicherern eine starke Wettbewerbsposition ein. Bezogen auf die Regionen, in denen der Konzern mit seinen Tochterunternehmen tätig ist, beurteilt die Ratingagentur die Position erneut sogar als sehr stark. Gemeinsam mit der größten regionalen Bankenorganisation, den bayerischen und pfälzischen Sparkassen, hat der größte öffentliche Versicherer ein Vertriebssystem aufgebaut, mit dem es gelungen ist, führende Positionen in den jeweiligen Geschäftsbereichen zu erlangen, und zwar in nahezu allen Segmenten. Die wichtigsten Zielgruppen sind Privatkunden, kleine und mittelständische Unternehmen, landwirt-

schaftliche Betriebe sowie öffentlich-rechtliche Institutionen.

Standard & Poor's bewertet die Fortführung der Traditionsmarken, unter denen der Konzern in Bayern, der Pfalz, im Saarland und in Berlin operiert, als ausgesprochen positiv für das Image und die Kundenbindung. In Bayern und der Pfalz tritt der Konzern mit der Regionalmarke „Versicherungskammer Bayern“ auf, in Berlin und Brandenburg mit der „Feuersozietät“ und im Saarland mit den „SAARLAND Versicherungen“. Darüber hinaus wird das Krankenversicherungsgeschäft bundesweit mit den anderen öffentlichen Versicherern betrieben.

### Überdurchschnittliche Kostenvorteile

Bei einem Beitragsvolumen von 5,89 Mrd. Euro (Rang 9 unter den deutschen Erstversicherern) weist der Konzern Versicherungskammer Bayern aufgrund seines erfolgreichen Geschäftsmodell überdurchschnittliche Kostenvorteile auf. Diese werden

in Zukunft das Geschäftsmodell nachhaltig sichern, erklart Standard & Poor's. Die Kapitalausstattung ist, so die Ratingagentur, selbst in der derzeitigen Finanzkrise sehr stark, und reflektiert sowohl die ausgezeichnete Ausstattung mit risikobezogenem Kapital (capital adequacy ratio) als auch die hohe Qualität der Kapitalstruktur. Die solide Ertragskraft konnte im Laufe der Zeit genutzt werden, um die Kapitalausstattung und die Reserven kontinuierlich zu stärken. Da nahezu kein Fremdkapital in der Bilanz ausgewiesen ist, ist insgesamt eine starke finanzielle Flexibilität gegeben, die auch im Markt für Expansionsmöglichkeiten eingesetzt werden kann.

Der stabile Ausblick reflektiert die Erwartung von Standard & Poor's, dass das Management seine ertragsorientierte Strategie und sein solides Finanzmanagement fortsetzen wird. Standard & Poor's erwartet, dass der Konzern auch in Zukunft in der Lage sein wird, seine führende Wettbewerbsposition zu behaupten. **□**

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

**DOPPIK**

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend, im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.

[www.datev.de/kommunal](http://www.datev.de/kommunal)

**DATEV**

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Stadtsparkasse München zieht Bilanz:

## „Finanzkrise sorgt für Renaissance der Sparkassen“

Rekordergebnis ohne BayernLB-Belastung / Für Fusion aller Landesbanken

Die Sparkassen insgesamt und besonders die Stadtsparkasse München fühlen sich indirekt als Gewinner der Finanzkrise. „Wir haben 2008, wenn man einmal den Abschreibungsbedarf für die Bayerische Landesbank herausrechnet, nicht nur zum zweiten Mal in Folge das beste Ergebnis seit Bestehen des Unternehmens erreicht, sondern die Sparkassen erleben insgesamt durch die Finanzkrise eine Renaissance“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Münchener Stadtsparkasse, Harald Strötgen, in der Bilanzpressekonzferenz des Instituts.

Durch die Finanzkrise habe das Image der Sparkassen gewonnen. Nach einer Forsa-Umfrage hielten 90 Prozent der Deutschen das Modell einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse für wichtig. Und die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) habe herausgefunden, dass 69 Prozent der Befragten überzeugt waren, bei Sparkassen sei das Geld völlig sicher.

### Kritischere Kunden

Für das eigene Haus teilte Strötgen mit, die Stadtsparkasse München (SSKM) habe zu keinem Zeitpunkt Subprime-Wertpapiere (etwa minderwertige Hypotheken aus den USA) erworben und auch keine derartigen Papiere im eigenen Bestand. Auch seien keine Abschreibungen auf Risikowertpapiere notwendig gewesen. Die Kunden haben dies belohnt durch erhöhte Einlagen, die im vierten Quartal 2008 um 760 Millionen Euro zulegten. Nach Erkenntnissen der SSKM hat sich die Mentalität der Kunden verändert. Sie seien kritischer geworden, mehr auf Sicherheit bedacht und an individueller Beratung interessiert.

Mit ihrem Geschäftsergebnis ist Bayerns größte Sparkasse so

sehr zufrieden, dass sie allen Vollzeit-Beschäftigten einen Sonderbonus von 1000 Euro und den Teilzeit-Mitarbeitern einen anteiligen Bonus für 2008 gezahlt hat. Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Stadtsparkasse ihr Betriebsergebnis (nach Bewertung ihrer Anlagen und Risiken und vor Veränderung der Vorsorgereserven) um 13,3 Prozent auf 141,4 (Vorjahr 124,8) Millionen Euro erhöhen können.

### Geschrumpftes Betriebsergebnis

Das Fiasko bei der Bayerischen Landesbank (BayernLB), an der die bayerischen Sparkassen insgesamt mit 50 Prozent und demnach die SSKM anteilig mit 4,33 Prozent beteiligt waren, machte aber bei der SSKM Abschreibungen von 36 Millionen Euro nötig, so dass das erwähnte Betriebsergebnis auf 105,0 (124,8) Millionen Euro schrumpfte. Zu berücksichtigen ist beim Betriebsergebnis auch, dass es von der BayernLB keine Dividende (für 2007: 6 Millionen Euro) und keine Verzinsung der stillen Einlage (für 2007: 2 Millionen Euro) mehr gab und auch künftig nicht mehr geben wird. Denn inzwischen

sind die bayerischen Sparkassen nach den Neuordnungsbemühungen an der BayernLB, die noch auf längere Zeit kaum Gewinne erzielen wird, nur noch mit 6 Prozent und die SSKM entsprechend mit 0,51 Prozent beteiligt. Trotz dieser geringen Quote steht die BayernLB aber noch mit 82 Millionen Euro bei der SSKM in den Büchern bei einer Bilanzsumme von unverändert 14,8 Milliarden Euro.



## Kreissparkasse Augsburg unterstützt Theaterstage

Zusmarshausen und das Augsburger Land werden im Mai für Realschüler zum Nabel der bayerischen Theaterwelt und sind für einige Tage fest in der Hand junger kreativer Menschen. Vom 18. bis 20. Mai finden in der Realschule Zusmarshausen die 25. Theaterstage der bayerischen Realschulen statt. Die Kreissparkasse Augsburg unterstützt mit einer großzügigen Spende in Höhe von 2.500 Euro die durchführende Realschule in Zusmarshausen bei diesem Projekt. Verwaltungsratsvorsitzender Landrat Martin Sailer und Vorstandsvorsitzender Richard Fank übergaben die Spende jetzt an Schulleiter Horst Walther (von links).

Krankenversicherer der Versicherungskammer Bayern:

## Starkes Geschäftsjahr 2008

Bayerische Beamtenkrankenkasse und Union Krankenversicherung mit Gewinnen auf allen Vertriebswegen

Die beiden Krankenversicherer des Konzerns Versicherungskammer Bayern, Bayerische Beamtenkrankenkasse AG und Union Krankenversicherung AG, blicken auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2008 zurück. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen steigerten sie ihr Neugeschäft (bereinigt) um 29,5 Prozent. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 3,6 Prozent auf 1,81 Milliarden Euro.

Die Anzahl der Kunden erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 80.000. Insgesamt sind bei den beiden Krankenversicherern zum Jahresende rund 2,7 Millionen Personen versichert. Die Verwaltungskostenquote konnte mit 2,6 Prozent konstant gehalten werden.

### Vollversicherungsgeschäft

Besonders hervorzuheben ist der Anstieg des Kranken-Vollversicherungsgeschäfts. Dieses konnte gegenüber dem Vorjahr um 49,5 Prozent gesteigert werden. Viele freiwillig Versicherte nutzten die Chance, sich noch „in der alten Welt“ zu versichern, da durch die Gesundheitsreform die meisten Tarife seit diesem Jahr teurer wurden.

Axel Kampmann, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Beamtenkrankenkasse und Union Krankenversicherung, führt den Erfolg des letzten Jahres auf die Vertriebsstärke beider Unternehmen zurück: „Wir zählen 2008 zu den Gewinnern im Krankenversicherungsmarkt. Alle Vertriebswege haben einen maßgeblichen Anteil an dem

Die Ertragssituation hat nicht nur die weitere Aufstockung des Eigenkapitals um 50 Millionen Euro ermöglicht, sondern auch die Ausschüttung von 4,0 (3,3) Millionen Euro an die Landeshauptstadt als Eigentümerin der SSKM, die für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Dies ist die dritte Gewinnausschüttung in Folge.

### 240 geförderte Projekte

Des Weiteren erhalten von dem Gewinn die fünf von der Sparkasse gegründeten Stiftungen mit einem Stiftungskapital von knapp 30 Millionen Euro, die sich vor allem sozialen Aufgaben widmen, 4,8 (4,1) Millionen Euro. Diese Stiftungen haben im Berichtsjahr 240 Projekte mit zusammen 4,8 Millionen Euro gefördert.

Zu dem immer noch recht ordentlichen Gewinn hat zum einen beigetragen, dass das Verhältnis von Kosten zum Ertrag, die sogenannte Cost-Income-Ratio, erneut um zwei Prozentpunkte auf jetzt 65,7 Prozent gesenkt werden konnte. Bis 2011 soll sie auf 61,7 Prozent gedrückt werden. 2004 hatte sie noch 72,9 Prozent betragen. Zum anderen schlug zu Buche, dass trotz der schwierigen Finanzmarktlage „ein äußerst gutes Bewertungsergebnis von gut 20 (3,6) Millionen Euro auf den Wertpapierbestand erreicht wurde. Dazu der Vorstand: „Wir machen nur das, was wir beurteilen können, und das vor allem im Raum München. Wir investieren nicht in riskante Finanzprodukte.“ Das Finanzgeschäft brachte ein Nettoergebnis von 5,8 (3,3) Millionen Euro.

### Höhere Kundeneinlagen

Die gesamten Kundeneinlagen nahmen um 800 Millionen Euro oder 7,1 Prozent auf 11,9 Milliarden Euro zu. Allein im vierten Quartal 2008 kamen die erwähnten 760 Millionen Euro dazu. Die Stadtsparkasse habe eine Menge neuer Kunden gewonnen, die es nun zu halten gelte. Dazu sollen das Stiftungs- und Generationenmanagement ausgebaut sowie das Private Banking (Betreuung besonders vermöglicher Kunden „durch gehobene und komplexe Vermögensberatung“) aufgebaut werden.

Neu ist auch eine Mobile Finanzberatung bei freier Orts- und Terminwahl. Zwar ging die Zahl der Mitarbeiter um 2,8 Prozent zurück, doch werden Mitarbeiter im Vertrieb eingestellt und die Zahl der Azubis um 15 Prozent auf 110 erhöht. Eine Kinderkrippe und ein Kindergarten sorgen dafür, dass Eltern im Erziehungsurlaub die Rückkehr in den Beruf erleichtert wird.

### Keine Kreditklemme

Eine Kreditklemme, wie sie von der Wirtschaft als Folge der Kapitalmarkturbulenzen befürchtet wird, zeichne sich bei der Stadtsparkasse nicht ab. Die ausgereichten Kredite nahmen um 3,2 Prozent auf 8,98 (8,70) Milliarden Euro zu. Allein die Kredite an Unternehmen und Selbständige legten um 320 Millionen Euro oder 8,7 Prozent zu. Baufinanzierungen verzeichneten ein Plus um fast 3 Prozent auf 760 Millionen Euro, obwohl der Markt für

Wohnimmobilien in München im vergangenen Jahr stagnierte. Ausleihungen an Privatkunden stiegen um 1,3 Prozent.

Breiten Raum in der Aussprache mit den Journalisten nahm naturgemäß die Lage bei der BayernLB ein. Die Risikopolitik dieses Instituts belastete alle Gesellschafter, nicht zuletzt die bayerischen Sparkassen. Während die Sparkassen seit 1990 ihr Geschäftsvolumen verdoppelt hätten, hätten die Landesbanken – abgekoppelt von der Realwirtschaft – das ihre vervierfacht. Sie hätten vor Wegfall der Gewährträgerhaftung die Aufstockung von Mitteln teils für zu riskante Anlagen genutzt, sagte Strötgen.

Eine vertikale Zusammenlegung mit Sparkassen sei keine Lösung, weil ein nicht bewährtes Geschäftsmodell auf Kosten bewährter Strukturen am Leben gehalten werde. Außerdem hätten die Sparkassen durch die gesunkenen Beteiligungsquoten nur noch einen geringen Einfluss auf die Bank. Der einzig richtige Weg sei die Zusammenlegung der Landesbanken, am besten zu einem einzigen Institut, wie es ein Konzept der Sparkassen schon 1989 vorgesehen habe. Die Sparkassen sollten durch Quotenreduzierung auf Raten bei der Landesbank weiter aussteigen.

### Fatale Wirkungen

Zur Krise bei der BayernLB sagte der Münchener Sparkassenchef, das Streben nach Höchstrendite habe schlimme Wirkungen entfacht. Die Abwendung vom Privatkundengeschäft sei ein Fehler gewesen. Der Risikoappetit vieler Bankmanager sei zu groß gewesen, wie der Immobilienkredittransfer aus den USA gezeigt habe. Auch sei es ein Fehler gewesen, sich auf die Rating-Agenturen zu verlassen. Die Aufsichtsgremien müssten professioneller werden. Man brauche hauptamtliche Aufsichtsräte. Mit mehr oder weniger ehrenamtlicher Tätigkeit gehe es nicht mehr.

Für das laufende Jahr erwartet man bei der Stadtsparkasse ein Ergebnis „auf Vorjahresniveau“. Der Ertrag müsse gesteigert werden, u. a. durch weitere Kostensenkungen, weil es von der Landesbank keine Dividenden und Zinsen mehr gebe. Bei ihr seien aber, soweit man das jetzt sagen könne, keine zusätzlichen Risiken zu erkennen, stellte Strötgen mit aller Vorsicht fest. dhg.

## Wirtschaftsimpulse aus dem Rathaus

Sparkassenverband Bayern veranstaltet Unternehmerkonferenz 2009 in Nürnberg

An der aktuellen Wirtschaftslage orientieren sich die Themen der Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen am 14. Mai 2009 in Nürnberg, die unter dem Motto „Sicher ans Ziel – Perspektiven für Stabilität und Wachstum“ steht. Den Möglichkeiten der kommunalen Finanz- und Wirtschaftspolitik ist dabei ein eigener Schwerpunkt gewidmet.

Immerhin zehn Milliarden des Konjunkturpakets II der Bundesregierung sind für kommunale Infrastrukturprojekte bestimmt. Anfang März hat zudem die LfA Förderbank Bayern ihr Angebot an zinsgünstigen Investitionskrediten für die Städte und Gemeinden im Freistaat auf weitere Felder wie Tourismus, Energieeinsparung und Erschließung von Gewerbeflächen ausgedehnt.

Die Kommunen können die zusätzliche Investitionsförderung von Bund und Land gut gebrauchen. Denn auch für sie brechen schwierige Zeiten an: Einige haben sich in riskante Finanzgeschäfte verstrickt, alle leiden unter den drastisch sinkenden Gewerbesteuererträgen. Umso mehr sind effiziente, langfristig tragfähige Finanzierungslösungen gefragt – und eine verstärkte Zusammenarbeit von Kommunen und Unternehmen, um die Standortattraktivität ihrer Region zu verbessern.

Dieser Themenbereich wird daher auf der Konferenz erstmals in einem eigenen Schwerpunkt „Kommunen“ beleuchtet. „Wir wollen den Städten, Gemeinden und Landkreisen zeigen, dass wir ein starker Partner sind, der ihnen auch in schwierigen Zeiten tatkräftig zur Seite steht“, betont Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern (SVB).

Das Spektrum der Kommunalthemen reicht von der Investitionspolitik vor dem Hintergrund des Konjunkturpakets II über effektives Finanzrisikomanagement und Finanzierungslösungen, die echten Mehrwert bringen, bis zur energieeffizienten Gemeinde. Nicht nur für Kämmerer, sondern gerade auch für mittelständische Unternehmer interessant ist, wie sich mit professionellem Forderungsmanagement die Liquidität sichern lässt. Beide Seiten will auch der Expertendialog über strategisches Standortmarketing der Kommunen ansprechen und sie zu gemeinsamem Handeln anregen.

Weitere große Themenblöcke der Konferenz sind krisentaugliche Finanzierungsinstrumente, unternehmerische Erfolgsfaktoren, internationale Geschäfte sowie Klima und Energie. Darüber hinaus bietet die Veranstaltung, zu der im Messe-CongressCenter – CCN Ost Nürnberg wieder mehr als 700 Teilnehmer erwartet werden, ein ideales Forum, um neue Kontakte zu knüpfen, Know-how und Erfahrungen auszutauschen.

Krönender Abschluss der Veranstaltung ist die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises im Rahmen der abendlichen Festgala. □

### Sparkassen-Finanzgruppe:

## Internationaler Sponsoring Award 2008 für Olympia-Engagement

Die Sparkassen-Finanzgruppe erhält für ihr Engagement als Olympia Partner Deutschland den „Internationalen Sponsoring Award 2008“ in der Kategorie Sport. Die Auszeichnung wurde vom Fachverband für Sponsoring (FAS-PO) gestern Abend in Hamburg verliehen.

Seit Januar 2008 ist die Sparkassen-Finanzgruppe Olympia Partner des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Die zunächst bis 2012 angelegte Partnerschaft reicht vom Breiten- über den Nachwuchs- bis hin zum Spitzensport. Bausteine der Kooperation sind das Engagement als Olympia Partner, die Förderung des Deutschen Sportabzeichens sowie der Eliteschulen des Sports. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist damit der erste Partner des DOSB, der gleichzeitig alle drei Förderbereiche abdeckt.

Die Jury hob in ihrer Begründung insbesondere die wechselseitige Nutzenstiftung hervor. Sparkassen-Finanzgruppe und DOSB hätten mit diesem individuell auf die Strukturen und Aktivitäten beider Seiten zugeschnittenen Konzept Neuland betreten. Das Engagement als Olympia Partner diene dabei als schlüssiges kommunikatives Dach für eine Vielzahl von Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen. Ein weiteres Kriterium, das von der Jury hervorgehoben wurde, war der integrierte Ansatz, der das Thema in den unterschiedlichen Unternehmensbereichen aufgreift, so dass Markt- und Imagekommunikation gleichermaßen von dem Engagement profitieren konnten.

Die Auszeichnung wird jährlich vom Fachverband Sponsoring (FASPO) verliehen. Der Branchenpreis hat sich als wichtigste Zielmarke für Unternehmen und Agenturen etabliert. Er ist gleichzeitig Nachweis hoher Qualität und Professionalität im Sponsoring. Als größter nicht-staatlicher Sportförderer in Deutschland unterstützen die Institute der Sparkassen-Finanzgruppe den Sport mit jährlich rund 78 Mio. Euro. □



Hofer Fachtagung:

## Energiegewinnung aus Trinkwasser und Abwasser

Fachliche Grundlagen - technische Möglichkeiten - realisierte Projekte

Namhafte Wissenschaftler und Praktiker beleuchteten bei einer Fachtagung in Hof das Thema „Energiegewinnung aus Trinkwasser und Abwasser“ – topaktuell und noch kaum bekannt als Möglichkeit der Energiegewinnung in Zeiten hoher Preise für konventionelle Energieträger. Die Tagung, veranstaltet vom Umweltcluster Bayern, dem Projekt „Technologietransfer Wasser“ am Wasserwirtschaftsamt Hof und dem Schweizer Institut „Energie in Infrastrukturanlagen“, bearbeitete dieses Thema mit zahlreichen Fachvorträgen. 20 Referenten sorgten für einen regen Meinungsaustausch. Sie stellten neben den fachlichen Grundlagen und technischen Möglichkeiten auch realisierte Projekte in der Schweiz, in Bayern, Sachsen und Polen vor.

Pro Tag verbraucht jeder Deutsche durchschnittlich 127 Liter Trinkwasser. Das ergibt über zehn Milliarden Liter Wasser, die zum größten Teil einfach so in den Abwasserleitungen verschwinden – obwohl darin ein beträchtliches Energiepotenzial steckt. „In den Bereichen Trinkwasser und Abwasser haben die Kommunen durch Strom- und Wärmeenergiegewinnung beachtliche Potenziale“, erläuterte Richard Oberhauser, Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Hof. Wasser sei ein Energieträger, der das ganze Jahr über konstant zur Verfügung stehe und den man nicht extra aus der Ferne beziehen müsse. „Eine effektive Ressourcennutzung dient außerdem dem Klimaschutz.“

### Straubinger Pilotprojekt in Vorbereitung

Studien zufolge könnten allein aus der Abwärme von Abwasser fünf bis zehn Prozent der Gebäude in Deutschland beheizt werden. Notwendig dafür sind spezielle Wärmetauscher und -pumpen - eine Technologie, die in fast 100 Anlagen in der Schweiz und auch an einigen Standorten in Deutschland erprobt ist. Ein bayerisches Pilotprojekt dazu wird momentan in Straubing vorbereitet. Dort will die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft in diesem Jahr einen aus den 60er Jahren stammenden Mietwohnungskomplex umbauen und energetisch sanieren, wobei man die Wohnfläche von 6124 auf 7150 Quadratmeter erweitern will.

### Neue wirtschaftliche Komponente

Die Nutzung von Höhendifferenzen zur Erzeugung elektrischer Energie war in der Siedlungswasserwirtschaft schon immer etabliert, wie die Tagung aufzeigte. Mit den Energieeinspeisevergütungen der EEG-Novelle kann sie jedoch eine neue wirtschaftliche Komponente erlangen, wie Beispiele aus kommunalen Trinkwasserversorgungen im bayerischen Alpenraum demonstrieren. Die zur Energieerzeugung eingesetzten Turbinen und rückwärts laufenden Pumpen sind robuste, bewährte Technik. Eine neue Anwendung findet hier die Wasserkraftschnecke für drucklose Ableitungen, z. B. am Auslauf von Kläranlagen.

### Beheizung von Gebäuden

Das Wärmepotenzial von Wasser kann mit Wärmetauschern entnommen und dank moderner Wärmepumpentechnologie zur Beheizung von Gebäuden genutzt werden. Die Anpassung des Heizsystems mit einer flächigen Niedertemperaturheizung (Vorlauftemperaturen bis 40 °C) ist heute nicht mehr zwingend – die neue Wärmepumpengeneration kann auch 65 °C Vorlauftemperatur erzeugen.

höheres Wärmepotenzial und unterliegt auf dem „Entsorgungspfad“ nicht solcher kritischen Betrachtung wie Trinkwasser.

### Erprobte Nutzung

Diese Abwasserwärmenutzung aus dem Kanal ist in fast 100 Anlagen in der Schweiz und an einzelnen Standorten in Deutschland erprobt. Dabei reicht die an die Gebäude abgegebene Wärmeleistung von 40 bis 400 KW. Am sinnvollsten werden damit öffentliche Ge-

bäude beheizt, die einen hohen Bedarf an Wärme haben.

### Klare Strukturen schaffen

Technologisch gibt es zwei Wege: Die Wärme kann direkt im Kanal abgenommen werden, die Kanalwärmetauscher verursachen jedoch beim Einbau erheblichen Aufwand. Das Abwasser kann auch aus dem Kanal entnommen und nach der Entwärmung zurückgegeben werden. Für die Auslegung und Genehmigung der Wärmenutzung müssen Netzbetreiber und Behörden klare Strukturen schaffen.

Mit Beispielen aus Sachsen und Polen zeigten zwei große Wasserversorger, wie sie dem Trinkwasser bei seiner Gewinnung nutzbringend Wärme entziehen. Auf jeden Fall ist eine gesamtenergetische Betrachtung erforderlich, soll die Wärme im siedlungsnahen Trinkwassernetz entzogen werden. **DK**

## Maindeiche für 11 Millionen Euro saniert

Die Mainanwohner im Raum Schweinfurt sind wieder vor einem hundertjährigen Hochwasser geschützt - die Sanierung der Deiche ist erfolgreich abgeschlossen, betonte Bayerns Umweltminister Dr. Markus Söder in Sennfeld, Landkreis Schweinfurt. „Die sanierten Deiche bieten Hochwasserschutz auf neuestem Stand für über 12.000 Einwohner der Region“, so Söder.

Auch rund 480 Hektar Gewerbeflächen werden abgesichert. Bayerweite Deichprüfungen nach dem Pfingsthochwasser 1999 hatten gezeigt, dass die Standsicherheit der Maindeiche bei länger andauerndem oder stärkerem Hochwasser nicht mehr gewährleistet war. Seit September 2006 wurden daher über zehn Kilometer Deiche saniert und erhöht, sowie auf rund 600 Metern neu gebaut. Sie sollen auch bei Überströmung durch Extremhochwasser Standsicherheit bieten. Die Kosten für die Sanierung betragen rund 11 Mil-

lionen Euro - getragen vom Freistaat Bayern, den betroffenen Kommunen und privaten Unternehmen sowie kofinanziert von der Europäischen Union.

Als zusätzlicher Sicherheitspuffer wurde auch bei der Höhe der Maindeiche ein 'Klimafaktor' von 15 Prozent als Zuschlag eingeplant. „Erhöhte Temperaturen und mehr Niederschläge im Winter verstärken das Hochwasserrisiko. Wirksamer Hochwasserschutz ist daher eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für Bayern“, so Söder. □



## Ein Stück Bayern

Wir haben Tradition: Die Qualität unserer Energieversorgung ist aus der Erfahrung von über 100 Jahren Stromgeschichte in Bayern gewachsen.

www.eon-bayern.com

**e.on** | Bayern



„Wasser Berlin“:

## Zentrales Event der Wasserwirtschaft

**Vielfältiges Angebot mit interessanten Neuerungen  
Mit 700 Ausstellern wird ein Zuwachs von 25 Prozent erwartet**

Die Bundeshauptstadt wird vom 30. März bis 3. April erneut zum zentralen Treffpunkt für die nationale und internationale Wasserwirtschaft. Rund 700 Aussteller aus dem In- und Ausland werden auf der „Wasser Berlin“ neueste Produkte, Technologien und Dienstleistungen vorstellen. Gegenüber der Vorveranstaltung aus dem Jahr 2006 bedeutet dies ein Plus von über 25 Prozent. Bei den Besucherzahlen zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Nach rund 26.000 Besuchern in 2006 erwartet die Messe Berlin diesmal etwa 30.000 Gäste.

Ausschlaggebend für den positiven Trend sind nach Einschätzung der Veranstalter die zunehmende Bedeutung von Wasserver- und Abwasserentsorgung, ein zum Teil in einigen Ländern erheblicher Modernisierungsbedarf sowie die über Jahre betriebene systematische Weiterentwicklung von Inhalten und Infrastruktur der Berliner Fachmesse.

Zu den zahlreichen Neuerungen, die auf der Veranstaltung zu finden sind, gehören unter

anderem die Integration der Geofora, der Fachmesse für Bohrtechnik, Brunnenbau und Geothermie, ein Aus- und Weiterbildungstag sowie die Erneuerung eines Partnerlandes. Bulgarien nutzt die Chance, sich mit einem großen Gemeinschaftsstand auf der führenden europäischen Wassermesse zu präsentieren.

### Umfangreiches Programm

Parallel zur Fachmesse findet

ein umfangreiches Kongressprogramm statt. Rund 350 Referenten berichten in über 100 Vortragsblöcken über aktuelle Themen und Entwicklungen – so auf der wat, der Wasserfachlichen Aussprachetagung von DVGW und BDEW. Dort werden am 31. März und 1. April knapp 1.000 Fach- und Führungskräfte gemeinsam mit Marktpartnern aktuelle ordnungspolitische und technische Fragen diskutieren.

### Diskussionsforen

In den Beiträgen des ersten Diskussionsforums „Ordnungspolitische Rahmen“ stellt zum Beispiel Gunda Röstel, Stadtentwässerung Dresden, die Wasserpreise auf den Prüfstand. Außerdem werden moderne Tarifmodelle vorgestellt und es wird darüber informiert, wie eine nachhaltige Kostendeckung in der Wasserwirtschaft aussehen kann. In dem zweiten Diskussionsforum „Wasserwirtschaft, Wassergüter, Wasserwerke“ wird zum Beispiel die Frage erörtert, welche konkreten Gefährdungen für das Grundwasser durch die Geothermie entstehen und ob die Genehmigungspraxis ausreichend ist.

### Wasserversorgungssysteme

Zudem ist die REACH-Verordnung und deren Konsequenzen für die Wasserversorgung ein Diskussionsthema im Diskussionsforum „Wasserversorgungssysteme“ werden strategische Managementinstrumente in einem Unternehmen am Beispiel der Berliner Wasserbetriebe betrachtet. Die Bedeutung internationaler Management Normen für die deutsche Trinkwasserversorgung steht ebenso zur Debatte wie die Sicherheit der Trinkwasserversorgung – ein Thema, das auch international für die Sicherheitsindustrie von Bedeutung ist.

lenbades eben in diesem Bereich nimmt sowohl innerhalb des Stadtumbauprozesses als auch der ‚Kleinen Gartenschau‘ eine Leuchtturmfunktion ein und wird zur Steigerung der Attraktivität Kitzingens als Wohn- aber auch Tourismusstandort in besonderer Maße beitragen“, zeigte sich der Regierungspräsident überzeugt. Nicht zuletzt

### Wasserverwendung

Ein weiteres Diskussionsforum beschäftigt sich mit der Wasserverwendung. Hier geht es um die Auswirkungen der Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz auf die Hygiene, zudem um Schäden durch Desinfektion in der Trinkwasserinstallation und das Problem von Biofilmen in der Trinkwasserinstallation. Die Podiumsdiskussionen befassen sich schließlich mit der „Instandhaltung für Anlagen und Netze - Welche Strategie ist die beste?“ und mit „Sanierung mit Epoxidharzinnenauskleidung - Fluch oder Segen für den Verbraucher?“

### Neue Entwicklungen

Die DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall) führt ihrerseits vom 30. März bis zum 3. April 2009 das Internationale Symposium zur Wasserwirtschaft durch. Auf der Konferenz „Advanced oxidation processes for water and waste water treatment“ berichten Experten über neue Entwicklungen im Bereich der Abwasserbehandlung.

An eine breite Öffentlichkeit – und hier insbesondere Schüler – wendet sich die interaktive Publikumsschau WASSERLEBEN. Sieben Berliner und Brandenburger Schulen sowie über 20 Institutionen und Organisationen aus der Wissenschaft zeigen auf 6.000 Quadratmetern allgemein verständliche Präsentationen und Aktivitäten zum Thema Wasser.

### Attraktives Paket

„Es ist uns erneut gelungen, ein attraktives Paket zu schnüren, das bei den Ausstellern gut ankommt“, betonte Cornelia Wolff von der Sahl, die verantwortliche Projektmanagerin bei der Messe Berlin. „Das Interesse der Fachbesucher ist bereits im Vorfeld sehr groß. Im Fokus stehen dieses Jahr die Herausforderungen für den Leitungsbau, Geothermie, Meerwasserentsalzung sowie die Oxidation in der Wasseraufbereitung. Die Weichen für fünf erfolgreiche Tage rund um das Thema Wasser sind damit gestellt.“ **DK**

schaffe die Stadt Kitzingen damit aber auch eine wichtige Voraussetzung für eine aktive Gesundheitsvorsorge.

Nach einer 30-jährigen Nutzungsdauer habe das Bad sowohl in betriebstechnischer als auch in bautechnischer Hinsicht nicht mehr die Anforderungen an eine moderne und zeitgemäße Sportanlage erfüllt, fuhr Beinhofer fort. Neben der grundlegenden Sanierung sollte die Schwimmhalle mit zusätzlichen Attraktionen versehen sowie mit einer Saunalandschaft ergänzt werden. Bei veranschlagten Gesamtkosten von über 11 Mio. Euro für die Sanierung und Erweiterung sei es der Stadt wichtig gewesen, hier auch entsprechende Fördermittel zu akquirieren. Beinhofer: „Dies war primär über eine FAG-Förderung durch das Kommunalsachgebiet in meinem Hause möglich, nachdem das Bad neben der Freizeitnutzung auch dem Schulsport dient. Den Schulen und Kindergärten in Kitzingen steht damit ein äußerst attraktives und bestens ausgestattetes Bad für die Durchführung eines modernen, effektiven Sportunterrichts zur Verfügung.“

Für den schulischen Anteil konnten so zuwendungsfähige Kosten in Höhe von 3.799.000 Euro ermittelt und eine Zuweisung nach Art. 10 FAG in Höhe von 1.560.000 Euro in Aussicht gestellt werden. Bisher wurden

### Regionales Wasserforum in Würzburg:

## Herausforderung EU-Wasserrahmenrichtlinie

„Wird die EU-Wasserrahmenrichtlinie ernst genommen, muss mit dem Ausbau des Mains endlich Schluss gemacht werden“, forderte Karin Miethaner-Vent, Vorsitzende des Bund Naturschutz (BN) in Würzburg, beim 4. Regionalen Wasserforum. Im Mittelpunkt des Treffens von unterfränkischen Kommunen und Verbänden mit Vertretern der Regierung von Unterfranken stand der Entwurf des Bewirtschaftungsplans für den bayerischen Main. Er befindet sich seit Dezember in der öffentlichen Anhörung.

Um die Oberflächengewässer und das Grundwasser in Unterfranken ist es nicht gut bestellt. Nur etwa ein Drittel der Flüsse und Bäche befinden sich den an 85 Messpunkten vorgenommenen - Erhebungen der Regierung von Unterfranken zufolge in einem ökologisch guten Zustand. Der Großteil der Flüsse und Bäche ist ökologisch belastet, das Grundwasser weist häufig Nitrateinträge auf. So werden in der Gegend um Aschaffenburg sowie in der Region zwischen Würzburg und Schweinfurt an den eingerichteten Messstellen die zulässigen Nitrat-Grenzwerte von 50 Milligramm pro Liter überschritten. Das Trinkwasser muss aufbereitet werden.

### Denkbare Maßnahmen

Maßnahmen zum Gegensteuern sind dringend erforderlich. Im Bewirtschaftungsplan für die Flussgebiete Donau und Rhein, der zum Jahresende nach Brüssel gemeldet werden muss, sind denkbare Maßnahmen vorgeschlagen - allerdings noch ohne konkrete Angaben, von wem die Maßnahmen an welcher Stelle mit welchem Geld realisiert werden sollen. Diese Detailarbeit steht für die Jahre 2009 bis 2012 an. Bis 2015 sollen die Gewässer einen ökologisch guten Zustand erreicht haben.

Die EU-Vorgabe ist für Unterfranken allerdings illusionär. Sowohl, was den Main, als auch, was das Grundwasser angeht. Selbst wenn sofort mit Maßnahmen zum Grundwasserschutz begonnen würde, erläuterte Axel Bauer vom Sachgebiet Wasserwirtschaft bei der Regierung von Unterfranken, würde es vor allem in den

davon 1.065.000 Euro bewilligt und 900.000 Euro ausgezahlt. Der Präsident: „Es freut mich, dass aufgrund der Wichtigkeit des Projektes im Stadtumbauprozess der Stadt für den Badebereich auch aus dem Bundesländer-Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West zusätzlich Zuwendungen in Höhe von 300.000 Euro bewilligt und davon bereits 180.000 Euro ausgezahlt werden konnten. Insgesamt wird der Staat also 1,86 Mio. Euro und damit nahezu die Hälfte der Investitionskosten übernehmen.“

An die Adresse von Oberbürgermeister Siegfried Müller gerichtet, meinte Beinhofer abschließend: „Ich bin mir sicher, dass durch die Sanierung und Wiedereröffnung des Solehallenbades als ‚Aqua-Sole Sport- und Erlebnisbad‘ die Stadt in ihren Bemühungen um einen Imagewandel einen weiteren Schritt vorangekommen ist.“

Trotz der Förderung durch den Freistaat Bayern und der Bundesrepublik Deutschland hat sich vor allem die Stadt selbst finanziell sehr stark engagieren müssen. Dies verdient Respekt und Anerkennung. Das Ergebnis zeigt, dass sich die Mühen gelohnt haben. Ich kann Ihnen versichern, dass die Regierung von Unterfranken Sie auch auf diesem weiteren Weg gerne begleiten und unterstützen wird.“ **DK**

Mainauen bei Aschaffenburg Jahrzehnte dauern, bis sich das Grundwasser regeneriert hätte. Bessere Chancen auf eine rasche Regeneration bestehen allenfalls im Karstgebiet der Mainfränkischen Platte zwischen Bad Kissingen und Würzburg.

### Ökologisch bedenklich

Der analysierte Fischbestand im ausgebauten Main weist laut Dr. Wolf-Dieter Schmidt vom Sachgebiet Wasserwirtschaft darauf hin, wie schlimm es in ökologischer Hinsicht um diese Bundeswasserstraße steht. Der immer neu an die Anforderungen der Binnenschiffahrt angepasste Fluss macht es den Fischen schwer, zu überleben. Zahlreiche Kraftwerke machen außerdem Wanderungsbewegungen unmöglich. Die Problematik ist deutschlandweit ähnlich. Insgesamt verhindern 330 Staustufen in der Bundesrepublik, dass Fische ihren Wandertrieb ausleben können. Um die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen, muss in den kommenden Jahren mit Kraftwerksbetreibern über Möglichkeiten verhandelt werden, wie die zur Energiegewinnung genutzten Flüsse für Fische wieder passierbar werden.

### Bedrohte Fischarten

Weil der Lebensraum der Fische immer mehr beschnitten wird, sind zahlreiche Fischarten vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben, erklärte Sebastian Schönauer aus Rothentbach (Kreis Aschaffenburg), Präsidiumsmitglied beim Deutschen Naturschutzring und stellvertretender Vorsitzender des BN in Bayern. Schönauer unterstützte das Anliegen der Würzburger BN-Kreisgruppe, den Ausbau der Bundeswasserstraßen, allen voran den Mainausbau, mit Blick auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie zu stoppen und endlich neue Wege in der Flusspolitik einzuschlagen.

Wie den Flüssen, Bächen und Quellen Unterfrankens geholfen werden kann, in einen guten ökologischen Zustand zu kommen, dazu kann sich jeder Bürger noch bis 30. Juni 2009 äußern. Stellungnahmen können schriftlich an die Regierung von Unterfranken geschickt oder im Zimmer H 380 zu Protokoll gegeben werden. Unter [www.wrrl.bayern.de](http://www.wrrl.bayern.de) ist es möglich, den Bewirtschaftungsplan einzusehen und Stellungnahmen online zu übermitteln. Sämtliche Einwendungen sollen in diesem Sommer behandelt werden. **Pat Christ**

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie, die seit 2001 schrittweise in Deutschland umgesetzt wird, vereinheitlicht den Gewässerschutz in Europa. Die Richtlinie hat zum Ziel, Flüsse, Bäche und Quellen in einem ökologisch guten, natürlichen Zustand zu erhalten oder die Gewässer bis zum Jahr 2015 in einen guten Zustand zu versetzen. Gelingt dies nicht, können zweimal Fristverlängerung um jeweils sechs Jahre bei der EU beantragt werden. **pat**

### Kitzingen:

## Städtisches Solebad eingeweiht

Bereits seit über 30 Jahren wird die Stadt Kitzingen von der Regierung von Unterfranken dabei begleitet, die Attraktivität der Altstadt mit Hilfe der Städtebauförderung zu erhalten und zu steigern. Jüngstes Beispiel hierfür ist nach der Generalsanierung die Wiedereröffnung des Solehallenbades als „Aqua-Sole Sport- und Erlebnisbad“, wie Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bei einem Festakt hervorhob.

Laut Beinhofer ist das Thema „Sanierung“ in Kitzingen keines, sei es durch Generalsanierungen von Schulen oder anderen öffentlichen Gebäuden oder die „Stadtsanierung“ an sich, die die Stadt als ganzheitlichen Planungsansatz schon seit langem verfolge. Im Jahr 2004 sei es gemeinsam gelungen, die Stadt in das damals neue Bundesländer-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ aufzunehmen - noch weit vor dem Abzug der Amerikaner und der damit verbundenen Herausforderungen.

Die Grundlage des Stadtumbauprozesses bilde das „Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept“, kurz ISEK - ein Prozess, in den alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und interessierte Bürger mit einzubinden waren. Innerhalb dieses kooperativen Prozesses sei letztlich ein neues Leitbild entstanden, das auf einen Imagewandel unter dem Slogan „Von der Garnisons- zur Innovationsstadt“

für die Gesamtstadt abzielte.

Das „Aktivitätenband Freizeit- und Erholung“, das sich innerhalb der Stadt auf das linke Mainufer erstreckt, stelle einen weiteren wesentlichen Handlungsschwerpunkt im Rahmen des Stadtumbauprozesses dar, sagte Beinhofer. Parallel hierzu solle im Rahmen einer „Kleinen Gartenschau“ der Themenreihe „Natur in der Stadt“ im Jahr 2011 das Mainvorland des linken Mainufers von der Mündung des Rödelbaches bis zur Konrad-Adenauer-Brücke und einem Teil der Mondseeinsel aufgewertet und teilweise umgestaltet werden. Die Planung sehe einen besonderen Typ von Park vor, in dem gärtnerische Kulturen mit inselhaften Aufenthaltsräumen zu einem Gewebe verbunden werden sollen. Rückgrat seien dabei der Main, das Mainufer, die Erlebbarkeit des Gewässers, aber auch die Stadtsilhouette auf der anderen Mainseite.

„Die Sanierung des Solehal-

einer für alles: **Berstlining, Sanflex, ZM-Auskleidung, Compact Pipe, Swagelining**



**DIRINGER & SCHEIDEL**  
ROHRSANIERUNG

Wilhelm-Wundt-Straße 19 · 68199 Mannheim  
Tel.: 0621 8607440 · Fax: 0621 8607449  
zentrale.rohrsana@dus.de

[www.dus-rohrsanaerung.de](http://www.dus-rohrsanaerung.de)





Mehrgenerationenhaus der Kreiswohnungsbaugesellschaft in Bobingen:

## Soziale Kontakte fördern

Richtfest für Mehrfamilienhaus mit 15 Mietwohnungen in der Dr.-Lehner-Straße

Bei eisigen Temperaturen fand kürzlich in Bobingen das Richtfest für das Mehrgenerationenhaus der Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Augsburg (WBL) statt. Eigens aus München angereist war der bayerische Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß. Gemeinsam mit Landrat und WBL-Aufsichtsratsvorsitzendem Martin Sailer, Bobingens Bürgermeister Bernd Müller und WBL-Geschäftsführer Josef Hartmann feierte er mit zahlreichen Gästen die Fertigstellung des Rohbaus.

Fast auf den Tag fünf Monate zuvor war mit dem Spatenstich der Startschuss für den ersten Bauabschnitt der Wohnanlage gegeben worden. Das erste Mehrfamilienhaus wird 15 Mietwohnungen, 20 Tiefgaragenstellplätze und 7 weitere Stellplätze umfassen. Die Gesamtkosten des ersten Bauabschnittes sind mit rund 2,7 Millionen Euro veranschlagt. Die Fertigstellung ist für Ende 2009 geplant.

abtrennen und als normale Einzimmer-Appartements beispielsweise von Studenten nutzen.

### Wohnen in allen Lebensphasen

Mit dieser Wohnanlage entsteht ein Modellvorhaben. Das Projekt „Wohnen in allen Lebensphasen“ wird von der Obersten Baubehörde begleitet

sende und innovative Konzepte umzusetzen, die den Wohnungsbau in Bayern weiter voranbringen. Das Leben muss durch soziale Kontakte lebenswert bleiben“, so Weiß beim Richtfest. Der Freistaat Bayern unterstützt das Projekt mit günstigen Förderdarlehen von über einer Million Euro. Mehr als 800.000 Euro werden mit nur einem halben Prozent verzinst.

### Unterschiedliche Bedürfnisse abdecken

Das Modellprojekt der WBL in Bobingen soll nicht einseitig den Fokus auf Seniorenwohnungen legen, sondern auch die

genmerk liege auf der barrierefreien Gestaltung.

### Unabhängig von Energiepreisen

Aber auch energetisch weist der Neubau Besonderheiten auf: durch die Abkehr von fossilen Brennstoffen und den Einbau einer Wärmepumpe will die WBL unabhängig von der Entwicklung der Energiepreise werden. Im Übrigen achte die WBL bei ihren Bautätigkeiten stets darauf, die heimischen Betriebe aus dem Bau- und Baunebengewerbe zu berücksichtigen. „Die WBL ist und bleibt ein verlässlicher Partner der heimischen Wirtschaft“, betonte Hartmann.

„Ein guter Tag für Bobingen“, stellte dann auch Müller fest. Die Anstrengungen Bobingens, das soziale Umfeld weiter zu verbessern, lohnen sich. Die Stadt sei auf einem guten Weg. Er dankte deshalb auch der Obersten Baubehörde für die Aufnahme der Wohnanlage in ihr Programm. □

MOBIDAT WorkPad® von MOBIWORX Telematik:

## Mobile Komplettlösung der nächsten Generation

Bauhöfe, Straßenmeistereien, Verwaltungen sowie Unternehmen aus der Bau- und Landwirtschaft erhalten mit dem WorkPad® mehr Transparenz über ihre Einsätze und Touren und sparen Zeit und Geld. Das Gerät besitzt einen GPS-Empfänger, sowie Features wie Flächen- oder Streckenerfassung (Inventarisierung).

Durch eine mobile, fahrzeugunabhängige Auftragsbearbeitung kann der MOBIDAT WorkPad® vielfältig eingesetzt werden - sei es im Straßenbetriebsdienst, bei der Spielplatzkontrolle oder der Schadenserfassung.

Ein Auftrag kann im Internetportal erstellt werden. Der WorkPad® empfängt diesen via Webservice. Die bidirektionale Kommunikation in Verbindung mit einer automatisierten Auswertung erlaubt eine unmittelbare Verwertung der Daten in Auftragsbearbeitung, Touren- oder Einsatzplanung. Damit ist eine Einzelerfassung ebenso präzise möglich wie Dokumentation, Kosten-Leistungsrechnung, Rechnungslegung oder geobezogene Analysen. □



### Familienanschluss

In der Dr.-Lehner-Straße entstehen Wohnungen mit Größen zwischen 50 und 105 Quadratmetern. Die großen Maisonnette-Wohnungen unterm Dach verfügen überdies jeweils über einzeln nutzbare Appartements

[www.der-flexible-Raum.de](http://www.der-flexible-Raum.de)  
Container · Raummodule · Hallensysteme

und gefördert. In einem Mehrgenerationenhaus sollen hier künftig Mieter aller Altersgruppen zusammenleben. Vor drei

Bedürfnisse jüngerer Menschen und Familien im Blick behalten: berufstätige Mütter, alleinerziehende Eltern, Single-Haushalte. „Denn von seiner Wohnung und deren Umfeld erwartet man wohl zu Recht, dass sie den Bewohnern zur Heimat wird“, so Sailer. Sie müsse Wohngefühl vermitteln, Bequemlichkeit bieten und das Miteinander der Menschen fördern. Dieses Anliegen sei der WBL bei ihren Planungen stets gegenwärtig gewesen.

### Antwort auf aktuelle Entwicklungen

Diese Neubaumaßnahme sei auch eine Antwort auf die aktuellen gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen im Landkreis Augsburg, betonte Sailer. Bei 241.000 Einwohnern sind über 55.000 Mitbürger älter als 60 Jahre, das sind über 20 Prozent; 2015 werden es den Prognosen zufolge 25 und 2024 fast 30 Prozent sein. Mit bereits über 100 altenbetreuten Wohnungen im Landkreis, so Hartmann, ermögliche die WBL den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in der vertrauten Wohnumgebung zu führen. Ein besonderes Au-



WBL-Aufsichtsratsvorsitzender Landrat Martin Sailer, der bayerische Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß, WBL-Geschäftsführer Josef Hartmann und Bobingens Bürgermeister Bernd Müller (v. l.) feierten mit zahlreichen Gästen Richtfest für das Mehrgenerationenhaus in Bobingen. □

mit 24 Quadratmetern. Diese kleinen Appartements können von Familienmitgliedern selbständig bewohnt werden, durch eine Verbindungstreppe ist der Familienanschluss gewährleistet. Sie lassen sich aber auch von der darunter liegenden Wohnung baulich vollständig

Jahren hat die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern das Modellvorhaben in Bayern gestartet. Die Anlage in Bobingen ist eins von insgesamt zwölf Projekten in Bayern. „Unser Ziel ist es, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft richtungswei-

### Fünf Jahre Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“:

## Generationengerechte Stadt

Herrmann: „27,4 Millionen Euro Finanzhilfen geben wichtige Impulse für zukunftsorientierte Investitionen“

„Mit 27,4 Millionen Euro unterstützen der Bund und der Freistaat Bayern im Bund-Länder-Programm 'Stadtumbau West' heuer die Kommunen, die von den städtebaulichen Folgen demografischer und wirtschaftsstruktureller Veränderungen oder militärischer Konversion betroffen sind“, teilte Innenminister Joachim Herrmann mit. Räumliche Förderschwerpunkte seien in Bayern die nordöstliche Grenzregion und der ländliche Raum.

Die Wirtschaftskrise erfordere besondere Maßnahmen. Deshalb werde der Freistaat heuer die Bund-Länder-Programme schon zur Umsetzung freigegeben, bevor der Bund die Programme bestätigt hat, so der Minister. Damit erreiche man zeitnahe Baubeginne und rasche Impulse für die Bauwirtschaft.

### Unterstützung für 104 Kommunen

„Seit Programmbeginn vor fünf Jahren haben wir insgesamt 106 Millionen Euro an die Kommunen ausgezahlt“, informierte Herrmann. 27 Kommunen seien neu in das Programm aufgenommen worden, so dass nun insgesamt 104 Städte und Gemeinden mit dem Programm 'Stadtumbau West' unterstützt würden. „Das große Interesse der Kommunen

an dem Programm zeigt, dass der mit Stagnation und Schrumpfung verbundene städtebauliche Wandel im Stadtumbau durchaus bewältigt werden kann. Lebensqualität und Attraktivität unserer Städte und Gemeinden bleiben wichtige Standortfaktoren, gerade in Kommunen mit sinkenden Einwohnerzahlen.“

### Anstoß für private Investitionen

Die in den Stadtumbaumeinden durchgeführten baulichen und städtebaulichen Maßnahmen stoßen auch private Investitionen und andere Förderprogramme an. Flächenrecycling und Gebäudemnutzungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die „Generationengerechte Stadt“, beispielsweise beim barrierefreien und seniorengerechten Aus-

bau des öffentlichen Raumes und der Anpassung der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Immer stärkere Bedeutung haben zudem Klimaschutz und Energieeffizienz. So werden im Rahmen von städtebaulichen Entwicklungskonzepten sowohl Energieleitpläne für die Gemeinden entwickelt als auch Energiekonzepte für einzelne Quartiere.

### Acht Programme

In den acht Programmen der Städtebauförderung stehen 2009 insgesamt rund 154 Millionen Euro an Landes-, Bundes- und EU-Finanzhilfen für förderfähige Kosten von über 250 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist das höchste Volumen seit 1990. Das damit angestoßene Investitionsvolumen beträgt erfahrungsgemäß ein Mehrfaches. Eine Übersicht über die in der Städtebauförderung 2009 geförderten bayerischen Städte und Gemeinden ist im Internet verfügbar unter <http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/programme/>. □

### Für monolithische Passivhäuser:

## Erster Hersteller von Passivhaus-Ziegeln

Leipfinger-Bader produziert „Unipor W07 Coriso“

Die Ziegelwerke Leipfinger-Bader produzieren als erstes Mitgliedsunternehmen der Unipor-Gruppe den neuen gefüllten Mauerziegel „Unipor W07 Coriso“. Mit einem Wärmeleitwert von 0,07 W/(mK) ermöglicht er den Bau von Außenwänden, die einen U-Wert von 0,14 W/(m<sup>2</sup>K) erreichen. Das bestätigt auch die bauaufsichtliche Zulassung vom Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt., Zulassung Z-17.1-935).

„Mit der Produktion der neuen Mauerziegel wollen wir unsere Vorreiter-Rolle in Sachen Umweltschutz und Energieeinsparung ausbauen“, erklärt Thomas Bader, Geschäftsführer der Ziegelwerke Leipfinger-Bader. Für den passivhausgerechten Einsatz der gefüllten Mauerziegel bietet Leipfinger-Bader zudem einen Wärmebrückenatlas an. Er enthält 21 Wärmebrücken-Details für die Projektierung von Passivhäusern.

### Beitrag zum Klimaschutz

Gefüllt mit Mineralgranulaten wirkt er so hochwärmedämmend, dass ein aufwändiges Wärme-

dämm-Verbundsystem (WDVS) jetzt auch bei den hohen energetischen Anforderungen an ein Passivhaus entfallen kann. Damit leistet Leipfinger-Bader als Mitgliedsunternehmen der Unipor-Ziegel-Gruppe einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und bietet mit dem neuen Produkt gleichzeitig auch ein Plus an Wohnqualität.

Monolithische Ziegelbauten wirken sich nämlich positiv auf das Raumklima und die Wohnsundheit aus. Mit ihrer kapillaren Struktur nehmen die Ziegel Feuchtigkeit auf und geben sie bei Bedarf wieder ab. Damit beugen sie effektiv der Schimmelbildung im Haus vor. Passivhäuser zeichnen sich zudem durch eine besonders konstante Innentemperatur aus. Darüber hinaus ergeben sich beim Rohbau erhebliche Zeit- und Kostenvorteile, da das Anbringen eines WDVS-Systems entfällt. „Mit dem Unipor W07 Coriso wird auf natürliche Weise eine thermische Hülle geschaffen, die die Atmungsaktivität der Wände fortbestehen lässt“, betont Thomas Bader.

### Thermische Hülle

Die thermische Hülle des Gebäudes besteht aus einer wärmebrückenfreien und luftdichten Konstruktion, die für das Passivhaus essentiell ist. Alle Anschlussdetails müssen hinsichtlich ihrer Wärmebrückenfreiheit analysiert werden, um den hohen energetischen Standard zu gewährleisten. Hier erweist sich der neue Katalog von Leipfinger-Bader als wertvolle Hilfe: Er enthält 21 Wärmebrücken-Details für die Projektierung von Passivhäusern und zeigt, wie sich ein wärmebrückenfreier Hausbau realisieren lässt. Als passivhausgeeignete Komponente eignet er sich für Bauen nach höchstem Energiestandard.

Infos: [www.leipfinger-bader.de](http://www.leipfinger-bader.de)

## Immer mehr PPP Projekte bei den bayerischen Kommunen

Viel Beachtung findet das Thema PPP bei den bayerischen Kommunen. Dies lässt die große freiwillige Teilnahme an einer Umfrage der Obersten Baubehörde erkennen. Mehr als die Hälfte aller Kommunen, in denen ein PPP-Projekt läuft oder beabsichtigt ist, haben in der Umfrage eine positive Haltung zu öffentlich-privaten Partnerschaften zum Ausdruck gebracht. Nur zwei Kommunen, die eine Public Private Partnership durchführen, sind zu PPP negativ eingestellt.

Unter PPP versteht man die vertraglich geregelte, langfristige Zusammenarbeit zwischen einem öffentlichen Auftraggeber und einem privaten Partner. Sie umfasst den Bau, die Planung, den Unterhalt und den Betrieb sowie gegebenenfalls auch die Finanzierung und Verwertung eines öffentlichen Gebäudes. Die Oberste Baubehörde unterstützt die bayerischen Kommunen bei der Durchführung ihrer PPP-Projekte. Im Rahmen der PPP AG Bayern bietet sie den Kommunen die Begleitung ihrer Projekte vom einmaligen Gespräch bis zur längerfristigen Unterstützung an. Über 50 bayerische Kommunen konnten bereits von diesem kostenfreien Beratungsangebot profitieren.

### 61 Projekte

Insgesamt gibt es im Freistaat mittlerweile 61 kommunale Public Private Partnership (PPP) – Projekte. 31 Projekte sind Energie-Contracting Modelle, im Bereich Schule und Bildung existieren acht Projekte. Darüber hinaus werden von den bayerischen Kommunen unter

PLANEN    ERFASSEN    ÜBERMITTELN    AUSWERTEN

**STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.**

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

**Merkmale von MOBIDAT®:**

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

**MOBIWORX®**    Telematik GmbH    Telefon: 0 80 35/96 463 - 0  
[www.mobiworx.de](http://www.mobiworx.de)





Das ostbayerische Regensburg ist nicht nur Unesco-Welterbestätte, sondern nun auch Koordinationsstelle für das europaweite Modellprojekt HerO: Es soll herausfinden, wie

kulturhistorischer Reichtum für die künftige Gesamtentwicklung europäischer Städte vielfältig positiv genutzt werden kann. Foto: obx-news

## Die großen Chancen des Kulturerbes

Das ostbayerische Regensburg ist nicht nur Unesco-Welterbestätte, sondern nun auch Koordinationsstelle für ein europaweites Modellprojekt: Es soll herausfinden, wie kulturhistorischer Reichtum für die künftige Gesamtentwicklung europäischer Städte genutzt werden kann.

Regensburg (obx) – An baulicher Schönheit ist Regensburg nicht so leicht zu übertreffen. Am 13. Juli 2006 wurden die Altstadt und das nördlich der Donau gelegene Viertel Stadt-amhof von der Unesco, der Kulturorganisation der Vereinten Nationen, in die weltweite Liste der Welterbestätten aufgenommen. Und nun ist der mit 146.000 Einwohnern größten Stadt in Ostbayern erneut eine hohe Auszeichnung zuteil geworden: Die Stadtverwaltung hat bei der europaweiten Ausschreibung einer modellhaften Stadtentwicklungs-Initiative der Europäischen Kommission den besten Vorschlag eingereicht und die Leitung des Projekts „Heritage as Opportunity“ (HerO) – Kulturerbe als Chance – übertragen bekommen.

### HerO-Aktionspläne

An der EU-Initiative sind neun weitere europäische Städte beteiligt, die - mit einer Ausnahme - den Welterbetitel tragen. Während der kommenden drei Jahre

sollen in den zehn „HerO“-Städten zahlreiche Aktionspläne entwickelt, diskutiert und umgesetzt werden - immer mit dem Ziel, das Kulturerbe als Chance für die gesamte weitere Entwicklung zu begreifen. Zum Abschluss ist unter wesentlicher Beteiligung Regensburgs die Herausgabe eines Handbuchs geplant, das Städten in ganz Europa als Entwicklungs-Leitfaden dienen soll. Parallel dazu wollen die an dem „HerO“-Projekt beteiligten Städte der Europäischen Kommission Empfehlungen an die Hand geben, wie die weitere Entwicklung kulturhistorischer Zentren stärker in EU-Programmen zu berücksichtigen sei.

### Von Anderen lernen

Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger freut sich darüber, dass es der Stadtverwaltung gelungen ist, alle anderen bei der EU eingereichten Projektvorschläge weit hinter sich zu lassen. Schaidinger wertet es „als besondere Auszeichnung für Regensburg, im Wettbewerb mit

europäischen Großstädten diese außerordentliche Stellung einnehmen zu können“. Wirtschafts- und Finanzreferent Dieter Damingler sieht in der leitenden Rolle seiner Stadt innerhalb des EU-Projekts eine Bestätigung dafür, dass die Entscheidung, „Regensburg verstärkt auf dem europäischen Parkett zu positionieren, genau richtig war“.

Planungsreferentin Christine Schimpfermann betont, Regensburg könne „manches von anderen Städten lernen, aber auch Informationen zu unseren gut funktionierenden Instrumenten wie zum Beispiel der Altstadt-Schutzsatzung oder dem Gestaltungsbeirat weitergeben“.

### Informationsnetzwerk

Gefördert wird die auf drei Jahre begrenzte EU-Initiative mit 600.000 Euro. Die Summe wird auf die an „HerO“ beteiligten Städte Regensburg, Neapel, Graz, Liverpool, Valencia, Poitiers, Valetta, Vilnius, Lublin und Sighisoara verteilt, die wiederum untereinander ein Ideen- und Informationsnetzwerk aufbauen sollen. In jeweils örtlichen Arbeitsgruppen und im Austausch mit den „HerO“-Partnerstädten sollen möglichst viele handfeste

Projekte entwickelt werden: Stets wird es darum gehen, bei weiteren Planungen auf die Denkmalpflege in den jeweiligen Städten zu achten, aber vor allem auch Vorschläge auszuarbeiten, wie sich kulturhistorischer Reichtum für die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Handel, Kultur, Tourismus, Bildung, Ökologie und Forschung nutzen lässt.

### Lebendige Altstadt

Schon seit langem sind die Regensburger intensiv darum bemüht, ihre baulichen Schätze zu bewahren und mit Leben zu erfüllen: Etwa 1.400 denkmalgeschützte Wohn- und Geschäftshäuser, Hotels, Patriziertürme und öffentliche Gebäude zählt die Stadt. Sämtliche geschützte Bauten sind sorgsam katalogisiert worden. Regensburg soll jedoch „kein Museum“ werden, betont Oberbürgermeister Hans Schaidinger, die Altstadt solle „lebendig bleiben“. Das Bewahren der mittelalterlichen Bausubstanz und der Denkmäler aus der Römerzeit bedeute nicht, so

## Bundespräsident Köhler beim Probewohnen

Görlitzer Modellvorhaben bringt neue Erkenntnisse für die Nationale Stadtentwicklungspolitik

„Dieses Projekt des mietfreien Probewohnens ist beispielhaft für andere deutsche Städte“, sagte Bundespräsident Horst Köhler bei seinem Besuch des Görlitz Kompetenzzentrums Revitalisierender Städtebau. Das Staatspräsident ergänzte: „Ich bin stark an Ihrer Forschung interessiert.“ Unter dem Motto „Schau doch mal rein! Probewohnen“ hat die Technische Universität (TU) Dresden mit dem Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau in Zusammenarbeit mit der WBG Wohnungsbau-Gesellschaft Görlitz mbH und dem Stadtplanungs- und Bauordnungsamt der Stadt Görlitz das Projekt aus der Taufe gehoben. Probewohnen ist ein Modellvorhaben der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – angesiedelt im Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Es wird durch Mittel des Bundes gefördert. Der Bundespräsident zeigte sich beeindruckt von der positiven Herangehensweise des Kompetenzzentrums an die Fragen des demografischen Wandels und wünscht, über den weiteren Projektverlauf informiert zu werden.

Interessierte Kommunen und Gesellschaften der Wohnungswirtschaft sind eingeladen, von den Erfahrungen und Forschungsergebnissen des Projekts Probewohnen zu profitieren. In einem Gespräch mit den Verantwortlichen kann beispielsweise die Möglichkeit der Übertragung des Konzepts auf andere Fragestellungen und andere Kommunen diskutiert werden.

Internet: [www.revitalisierender-staedtebau.de](http://www.revitalisierender-staedtebau.de) □

sagt der städtische Welterbe-Koordinator Matthias Ripp, „die Stadt unter einer Käseglocke zu packen“. Das Alte pflegen, aber auch Neues wagen, wenn es sich mit dem Denkmalschutz und dem Welterbetitel vereinbaren lässt: Das ist das Regensburger Leitmotiv.

### Steuerungskomitee

Erstmals in einer Welterbestadt soll ein Steuerungskomitee, besetzt mit internen und externen Fachleuten, Neuplanungen beurteilen. Ein kürzlich vorgelegter Stadtlichtplan sorgt für die passende Beleuchtung von

Gebäuden, Straßen, Gassen und Plätzen. Zudem hat die Verwaltung durch eine aktuelle Studie feststellen lassen, in welchen Bereichen der Stadt keine Hochhäuser gebaut werden dürfen, um historische Sichtachsen freizuhalten und den Anblick des Gesamtensembles Regensburg nicht zu beeinträchtigen.

Grundsätzlich gilt: In Regensburg darf künftig kein Gebäude höher als 60 Meter sein. So wird auch weiterhin ganz allein der alte Dom St. Peter mit seinen beiden jeweils 105 Meter hohen Türmen weithin sichtbar aus dem Regensburger Welterbe emporragen. □

## Baubranche ist der Schlüssel zur Nachhaltigkeit

Mauerwerkstag Memmingen zeigt die kommenden Herausforderungen auf

„Nachhaltigkeit“ ist das Zukunftsthema schlechthin im Bauwesen. Dies wurde beim Mauerwerkstag Memmingen deutlich, zu dem über 350 Bauexperten aus ganz Schwaben und dem angrenzenden Baden-Württemberg gekommen waren. Hier stand „Energieeffizientes und nachhaltiges Bauen“ im Fokus der ganztägigen Fortbildungsveranstaltung, die mit hochkarätigen Referenten bestückt war.

Veranstaltet wurde die Tagung von den Ziegelwerken Bellenberg und Klosterbeuren. „Die Bauindustrie kann wie kaum eine andere Branche einen entscheidenden, gesellschaftsrelevanten Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten“, stellte Professor Dr. Klaus Sedlbauer, Leiter des Fraunhofer-Instituts in Stuttgart und Inhaber des Bauphysik-Lehrstuhls an der Universität Stuttgart, klar. Es bestehe die Notwendigkeit, jetzt zu handeln: „Die Baubranche ist die Schlüsselbranche schlechthin. Denn das Bauwesen verbraucht alleine die Hälfte aller Rohstoffe“. Im weiteren Verlauf stellte der Institutsleiter das neue deutsche Zertifizierungsmodell vor, mit dessen Hilfe sich ein neues Qualitätsiegel „Made in Germany“ etablieren lasse.

Diplom-Physiker Professor Dr. Gerd Hauser erläuterte anhand der Energie-Einsparverordnung das neue Referenzgebäudeverfahren, mit dem ab diesem Jahr die physikalische Berechnung für Wärmeschutz und Anlagentechnik ermittelt werden muss. □

## Ein Stadtteil holt auf

Städtische Gewog investierte in St. Georgen in fünf Jahren knapp zehn Millionen Euro - OB Dr. Hohl: Eine Erfolgsgeschichte

Bayreuth – Ein Stadtteil holt auf: Im Rahmen des bundesweiten Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ hat die städtische Wohnungsbau- und Wohnungsfürsorgegesellschaft Gewog in den vergangenen fünf Jahren rund 9,7 Millionen Euro in die bauliche Substanz ihrer Wohnanlagen im Bayreuther Stadtteil St. Georgen/Insel investiert. Unabhängige Gutachter bescheinigen der Gewog ein beispielhaftes Engagement, das auch in den kommenden Jahren weiter fortgesetzt wird.

Das knapp zehn Millionen Euro schwere Umbaupaket der Gewog für St. Georgen umfasst sowohl Neubau- als auch Modernisierungsprojekte. Im Zuge von Neubaumaßnahmen in der Leerstraße und der Egerländer Straße sind seit Frühjahr 2004 für 5,55 Millionen Euro 44 neue Wohneinheiten entstanden, 16 davon in barrierefreier Bauweise. 56 weitere Wohneinheiten wurden in vier Gewog-Objekten an der Seestraße, Inselstraße und Leerstraße für weitere 3,85 Millionen Euro umfassend modernisiert.

### Staatliche Fördermittel

Für nahezu alle dieser Baumaßnahmen konnte die Gewog beträchtliche staatliche Fördermittel erschließen. Im Zuge einer jüngst in Auftrag gegebenen unabhängigen Bewertung der baulichen Aktivitäten in St. Georgen wurde der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft von einem Oldenburger Fachgutachter ein beispielhaftes Engagement bescheinigt. „Die Sanierungsziele in der Insel konnten erstaunlich schnell erreicht werden. Dies hat uns der Gutachter bei seiner Evaluation bestätigt“, betont Oberbürgermeister Dr. Michael

Hohl. Die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft sei damit zum Vorreiter beim Umbau des Stadtteils St. Georgen geworden.

„Das Engagement der Gewog ist ein echtes Erfolgsmodell - für St. Georgen, aber auch für Bayreuth insgesamt.“ Der Stadtteil sei zu einem überzeugenden Beispiel geworden, wie sich problematische soziale Entwicklungstrends durch koordiniertes Vorgehen abfangen und umkehren lassen.

Auf Beschluss des Bayreuther Stadtrats wurde der Stadtteil St. Georgen - bis dahin ein sozialer Brennpunkt mit eher negativem Ruf - für das bundesweite Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ angemeldet. Seither arbeitet die Gewog gemeinsam mit weiteren städtischen wie privaten Partnern zielgerichtet an einer schrittweisen Aufwertung des Quartiers.

### Frische Farben

Von der einstigen Tristesse abgewohnter Mietshäuser ist heute kaum mehr etwas zu sehen. Frische Farben an den Fassaden, moderne und umweltfreundliche Heizsysteme, ansprechende Außenanlagen, ein Skaterpark

und ein neuer Spielplatz haben das Wohnumfeld und die Wohnqualität für viele Bewohner des Stadtteils deutlich aufgewertet. Flankiert werden diese baulichen Aktivitäten durch soziale Begleitprogramme, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufen und vom Europäischen Sozialfonds gefördert werden. Die Bandbreite der sogenannten Mikroprojekte ist groß. Sie reicht von der Förderung der Integration ausländischer Mitbürger bis hin zu Qualifizierungsseminaren für Langzeitarbeitslose.

### Gefragter Wohn- und Lebensraum

Kein Wunder also, dass OB Dr. Hohl von einer echten Erfolgsgeschichte spricht, denn aus dem ehemaligen sozialen Brennpunkt ist inzwischen ein gefragter Wohn- und Lebensraum geworden, der durch das Projekt eines Nachbarschaftshauses weiter aufgewertet werden soll.

Der Erfolgsgeschichte sollen in den kommenden vier Jahren weitere Kapitel hinzugefügt werden. Für die Jahre 2009 bis 2012 plant die Gewog nach Auskunft ihres Geschäftsführers Uwe Prokscha weitere Investitionen in Höhe von rund 7,1 Millionen Euro. Zwei Neubau- und ein Modernisierungsprojekt sind für die Seestraße geplant. Hier werden 22 neue Wohneinheiten entstehen. □



Der Hauptdenkmalpreis des Bezirks Schwaben wurde für die Sanierung eines Bauernhauses bei Bad Hindelang vergeben. Bild: Bezirk Schwaben

### Denkmalpreis des Bezirks Schwaben:

## Vorbildliche Sanierung schwäbischer Baujuwelen

Augsburg (pm). Der Bezirk Schwaben würdigt in diesem Jahr bereits zum siebten Mal die vorbildliche Sanierung schwäbischer Baujuwelen mit dem Denkmalpreis 2009. Der Kulturschuss des Bezirks Schwaben legte die drei Preisträger fest.

Der mit 10.000 Euro dotierte Hauptpreis wird an Annette und Kilian Lipp für die sorgsame Sanierung eines ehemaligen Bauernhauses in Gailenberg bei Bad Hindelang (Landkreis Oberallgäu) vergeben. Das Haus stammt in seinem Kern aus dem 17. Jahrhundert und wird nun nach fast vierzig Jahren Leerstand als Kunstgalerie genutzt. „Dadurch ist es auch der Öffentlichkeit zugänglich“, betonte Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl.

Einer der beiden mit 5.000 Euro angesetzten Sonderpreise geht an Walburga und Wilhelm Bühringer. Sie retteten ein so genanntes Ackerbürgerhaus aus dem 17. Jahrhundert in der Altstadt von Lauingen (Landkreis Dillingen) vor dem Abbruch. Nach der Sanierung entstanden

dort hochwertige Wohnungen. Christoph Welsch wird den zweiten Sonderpreis für die Sanierung des Trentinihauses in Kaufbeuren erhalten. Die Villa aus dem 19. Jahrhundert hatte nach zahlreichen Umbauten ihr schlossartiges, repräsentatives Aussehen verloren, bis Christoph Welsch einen sorgfältigen Rückbau unter denkmalpflegerischen Aspekten durchführte. Das Haus wird heute als Haus der Gesundheit genutzt.

„Alle drei ausgezeichneten Denkmale wurden von ihren Bauherren unter hoher Eigenleistung, finanziellem Einsatz und mit bemerkenswerter Sensibilität für denkmalpflegerische Belange saniert und einer neuen Nutzung zugeführt“, würdigte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. □



# Gemeinsam den Klimawandel bewältigen

Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten beim vierten Klimasymposium der Versicherungskammer Bayern über Herausforderungen und Lösungsansätze hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels

„Die Versicherungskammer Bayern setzt ihre erfolgreiche Symposiumsreihe fort, die sich mit den Folgen des Klimawandels, Möglichkeiten der Prävention und neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft auseinandersetzt“, erläuterte Vorstandsvorsitzender Friedrich Schubring-Giese in seiner Begrüßungsrede. Zwar könne heute niemand vorhersagen, wie unser Leben in 40 Jahren vom Klimawandel beeinflusst wird; Fakt sei aber, dass die Bedeutung von Extremwetterlagen weiter zunehmen wird. Die Kammer entwickle deshalb Strategien und Handlungsoptionen, wie mit den Herausforderungen aktueller Bedrohungsszenarien umgegangen wird.

## Beiträge der Wirtschaft

Im Fokus standen dieses Mal der Einsatz regenerativer Energien sowie Beiträge und Maßnahmen der Wirtschaft zum Klimaschutz. Das Forum dient dem fachlichen Austausch und einer verstärkten Zusammenarbeit der Interessengruppen. Auf diesem Weg soll auch die erfolgreiche Kooperation zwischen der Versicherungskammer Bayern, dem

Versicherer der bayerischen Kommunen, und den Gemeinden weiter ausgebaut werden. So waren unter den Teilnehmern erneut zahlreiche Bürgermeister und weitere kommunale Vertreter.

## Bayern auf gutem Weg beim Klimaschutz

Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit Dr. Markus Söder. Ministerialdirektor Wolfgang Lazik, der stellvertretend für Minister Söder das Grußwort sprach, betonte den dringenden Handlungsbedarf für die bayerische Politik und zugleich die Eigenverantwortung des Einzelnen, sich gegen Unwetter zu sichern: „Staatliche Hilfe kann bei Elementarschadensereignissen immer nur dann greifen, wenn ein Risiko nicht privat versicherbar ist.“

## Versicherungsschutz vor Naturgefahren

„Wir müssen vermehrt mit Schäden durch Naturgefahren wie Hochwasser, Starkregen, Sturm oder Schneedruck rech-

nen“, betont Rainer Fürhaupter, Vorstandsmitglied bei der Versicherungskammer Bayern. Schadenprävention ist hier eine wichtige Maßnahme, um der steigenden Anzahl von Unwettern und damit dem steigenden Schadenaufwand entgegenzusteuern. Nur etwa jedes 20. Haus in Bayern ist bisher gegen solche Gefahren versichert. Die Versicherungskammer Bayern bietet deshalb seit kurzem eine neue Wohngebäudeversicherung mit „Klima-Kasko“ an. Damit können sich Gebäudebesitzer gegen sämtliche Risiken aus Naturgefahren absichern. Ergänzend wird dieser umfassende Versicherungsschutz auch in der Hausratversicherung angeboten.

## Alternative Energien zur Vermeidung von CO2

Ein weiterer Schwerpunkt des Klima-Symposiums war der Themenblock regenerative Energien und Vermeidung von CO2. So setzten auch die Stadtwerke München auf umweltverträgliche Unternehmenspolitik. In dem im Jahr 2008 eröffneten Geothermie-Heizkraftwerk in Saurelach wird aus einer Tiefe von über 4.000 Metern 140 Grad heißes Thermalwasser gefördert. Wie Projektleiter Robert Graf erläuterte, handelt es sich dabei um

# Brandbekämpfungsübungen im Kernkraftwerk Gundremmingen

„GUBAS“ heizt fünf Werkfeuerwehren aus den Nachbarlandkreisen mächtig ein  
Erfolgreiche Alarmübung mit der Freiwilligen Feuerwehr Gundelfingen

Ein Tank mit verflüssigtem Gas erhitzt sich, der Inhalt verdampft, der Innendruck steigt und der Behälter zerbricht in einer gewaltigen Explosion. Auf ein solches oder ähnliches Szenario bereiten die Übungen an der „GUBAS“ (Gefahrgut- und Brandsimulationsanlage) die Feuerwehrleute realitätsnah vor. Gemeinsam mit den vier Werkfeuerwehren der BFW aus Offingen, der Aksys aus Krumbach, des Bezirkskrankenhauses Günzburg und des Ursberger Dominikus-Ringelsen-Werks geüben die Einsatzkräfte des Kernkraftwerks Gundremmingen bei den Trainingseinheiten gehörig ins Schwitzen.

In drei Übungseinheiten wurde mit Hilfe von Propangasflammen und Stickstoffnebel sehr echt wirkende Brandszenarien an Fässern, Gasflaschen und einem undichten Tankbehälter simuliert. Letzterer „überraschte“ die Übungsteilnehmer mit seinen zahlreichen Lecks, Rissen und Brandstellen, aus denen meterlange Stichflammen schossen. All diese Schadenslagen erfordern den professionellen Umgang mit dem Strahlrohr sowie das koor-

dinierte Zusammenspiel der Einsatztrupps.

## Alarmübungen

Aber nicht nur das Training mit der GUBAS gehört zum Pflichtprogramm der Feuerwehren. Auch gemeinsame Alarmübungen der rund 75 Werkfeuerwehreinheiten des Kernkraftwerks mit benachbarten Freiwilligen Feuerwehren zählen zum jährlichen Übungsprogramm. Erfolgreich absolvier-

ten die Freiwillige Feuerwehr Gundelfingen und die Werkfeuerwehr des Kernkraftwerks eine nächtliche Löschübung auf dem Gelände und in den Betriebsgebäuden des benachbarten Umspannwerks. Geübt wurden die Kommunikation und der Aufbau von zwei verschiedenen Wasserversorgungsleitungen. Trotz geteilter Einsatzabschnitte präsentierten sich beide Wehren als Einheit und bekamen die fiktiven Flammen in Werkstatt, Lager- und Verwaltungsgebäude schnell in den Griff.

## Den Ernstfall trainieren

„Alarmübungen oder GUBAS-Trainingseinheiten bieten die Chance auf einen zweiten und dritten Löschversuch, den man im Ernstfall nicht hat. Deshalb sind solche Übungen enorm wichtig, um dann im Ernstfall alles richtig zu machen“, begründete Georg Keller, stellvertretender Kommandant der Gundremminger Werkfeuerwehr, das Ausrichten solch realitätsnaher, „heißer“ Trainings.

## Heiß beehrter Termin

Bereits zum sechsten Mal hatte das Kernkraftwerk Gundremmingen benachbarte Feuerwehren zu gemeinsamen Brandbekämpfungsübungen eingeladen. Für die Gastfeuerwehren ist die Teilnahme kostenlos und ein im wahrsten Sinne des Wortes heiß beehrter Termin. „Das Training ist eine tolle Möglichkeit, die richtigen Abstände beim Löschen herauszufinden“, weiß Wilhelm Bader, Einsatzleiter aus Ursberg, die Einladung zu schätzen. Zur Manöverkritik/Abschlussbesprechung gab das Kernkraftwerk eine gemeinsame Brotzeit für die Brandbekämpfer aus. □



Bei einer nächtlichen Alarmübung im Umspannwerk Gundelfingen (Landkreis Dillingen), über das der im Kernkraftwerk erzeugte Strom in das europäische Verbundnetz eingespeist wird, trainierten die Freiwillige Feuerwehr Gundelfingen und die Werkfeuerwehr des Kernkraftwerks die Brandbekämpfung auf dem Umspannwerksgelände und in den Werkstatt-, Lager- und Verwaltungsgebäuden des Umspannwerks. Geübt wurden vor allem kommunikative Aspekte bei verschiedenen Einsatzabschnitten und -gruppen sowie der Aufbau von zwei verschiedenen Löschwasser-Versorgungsleitungen.  
Foto: Kernkraftwerk Gundremmingen

die bisher tiefste Geothermiebohrung in Deutschland. Auf diesem Weg wird umweltfreundlich Strom erzeugt und Heizwärme gewonnen.

## Umweltbewusstes Bauen und Sanieren

Erhebliches CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial bringen zudem die energetische Gebäudesanierung sowie energieeffizientes Bauen. So könnten laut Umweltministerium über elf Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden, würden alle bis 1978 errichteten Altbauten saniert. Mit nachhaltiger Bauweise befasste sich auch Prof. Hausladen vom Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik an der Technischen Universität München. Um Gebäude mit möglichst hohem Energieeinsparpotenzial zu errichten, werden verschiedene Faktoren wie Nutzungsanforderungen, Standort, Gebäudestruktur, Fassade und Baustoffe optimal aufeinander abgestimmt.

## Energie-Zukunft am Beispiel Ismaning

Professor Hausladen leitet zudem das Projekt Energie-Zukunft Ismaning, das Ulrich Hilberer, Abteilungsleiter der Gemeindewerke Ismaning in seinem Referat vorstellte. Ziel ist es, einen ganzheitlichen und das gesamte Stadtgebiet umfassenden Energienutzungsplan zu entwickeln. Die Einschätzung des künftigen Energiebedarfs der Kommune spielt dabei eine zentrale Rolle. Auf diesem Weg soll eine nachhaltige Energieversorgung auch für künftige Generationen sichergestellt werden. **Alle Vorträge gibt es unter [www.vkb.de](http://www.vkb.de) in der Rubrik „Symposium Klimawandel“.** □

Dr. Christian Ruck, MdB:

# Einsatz für Feuerwehr und Rettungsdienste

Sonder-Führerschein zu teuer  
Ehrenamtliche und Hilfsorganisationen in der Bredouille

„Endlich bewegt sich Bundesminister Tiefensee beim Thema Feuerwehrführerschein und erkennt an, dass mit der Einführung der europäischen Führerscheinklassen für die Feuerwehren und Hilfsorganisationen in Deutschland ein großes Problem entstanden ist“, sagte CSU-Landesgruppenvize Dr. Christian Ruck aus Augsburg.

Einen extra Feuerwehr-Führerschein mit speziellen Prüfungsbedingungen für Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht bis 4,25 Tonnen schaffen, hält Dr. Ruck für kostspielig und für die Freiwilligen Feuerwehren und Ehrenamtlichen in den Hilfs- und Rettungsorganisationen nicht tragbar.

## Ausnahmeregelung gefordert

Die CSU-Landesgruppe habe bereits seit Jahren auf eine Ausnahmeregelung für Feuerwehren und Hilfsorganisationen gedrängt und wurde auch durch einen von Bayern initiierten Bundesratsantrag unterstützt, der von der Mehrheit der Bundesländer mitgetragen wurde.

Noch kürzlich habe Tiefensee aber diesen erneuten Vorstoß mit Verweis auf EU-Recht abgelehnt. Jetzt zeige sich, dass das EU-Recht nur vorgeschoben wurde und es doch nationale Möglichkeiten für Ausnahmen gibt, erklärt Ruck. Auf diese nationale Ausnahmemöglichkeit habe Ruck Minister Tiefensee immer wieder hingewiesen. Auch einen von Bayern initiierten Bundesratsantrag für Aus-

nahmeregelungen hat Tiefensee abgelehnt.

Die Feuerwehren und Hilfsorganisationen haben zunehmend Schwierigkeiten, genügend Nachwuchsfahrer zu finden, die Feuerwehrfahrzeuge mit einem Gewicht von 4,24 Tonnen fahren dürfen. Der jetzige Vorschlag des Bundesverkehrsministers, die Führerscheinordnung der Klasse B um eine theoretische und praktische Prüfung zu ergänzen, ist nach jetzigem Planungsstand zu teuer und für die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren und Ehrenamtlichen in den Hilfs- und Rettungsorganisationen, sagt Ruck.

## Neue Gewichtsgrenzen

Der „neue EU-Führerschein“, seit Januar 1999 in Kraft, sieht für den privat genutzten PKW-Führerschein eine niedrigere Gewichtsbegrenzung vor. „Führerscheineulingen“ sind größere Fahrzeuge und Kleinlaster über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht nicht mehr erlaubt. Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge wiegen, dank ihrer Einsatzausstattung zwischen vier und sechs Tonnen, also unter dem „LKW-Gewicht“ von 7,5 t. □



**Das Haus-Mittel gegen Unwetter:** Unsere neue Wohngebäude-Versicherung mit KlimaKasko. Denn dass das Wetter verrückt spielt, wird immer normaler: Schon heute sind Unwetterschäden doppelt so häufig wie Feuerschäden. Dank KlimaKasko jagen Ihnen weder Sturm, Hagel, Überschwemmung noch Schneemassen einen Schauer über den Rücken. Verlassen Sie sich auf die Versicherungskammer Bayern, den Wohngebäude-Versicherer Nr. 1 in Bayern und der Pfalz. Denn wir schützen Ihr Zuhause – als wär's unser eigenes. Fragen Sie Ihren Berater nach dem Rundum-Schutz KlimaKasko – er berät Sie gerne und kümmert sich um alles. Sie finden ihn auf Ihrer Wohngebäude-Police oder auf [www.versicherungskammer-bayern.de](http://www.versicherungskammer-bayern.de)

Haus- und Sachversicherung

VER SICHER KAMMER UNGS  
BAYERN

Finanzgruppe

Wir versichern Bayern.



Stadtteilentwicklung Rosenheim:

## Die Geburtsstunde einer Bürgerstiftung

Initiativversammlung am 25. März

„Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass wir Bürger und Bürgerinnen Verantwortung für unsere Stadt mit übernehmen. Deshalb haben wir uns entschlossen, eine Bürgerstiftung Rosenheim zum Wohle der Kinder, Jugendlichen und Familien in Rosenheim zu gründen. Wir, das sind Özlem Zenker, Irmgard van Berlekom, Karl-Heinz Brauner, Rudolf Dodl, Dr. Torsten Uhlig und viele mehr“, so Willi Schmid, 1. Vorsitzender des Fördervereins Miteinander e.V.

Die Idee, eine Bürgerstiftung zu gründen, haben die aktiven BürgerInnen im Oktober letzten Jahres während der Veranstaltung zum 2. Eltern-Kind-Tag nach einem mitreißenden Referat von Professor Dr. Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. gefasst.

Professor Dr. Pfeiffer hatte überzeugend dargestellt, dass es von wesentlicher Bedeutung für die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist, wie viel Interesse und Unterstützung sie in der Stadt sichtbar und gemeinsam von allen erhalten. Alle waren sich einig, dass eine unabhängige Stiftung für den Bereich Kinder, Jugend und Familie die Stiftungslandschaft in Rosenheim gut ergänzen würde.

### Flexible Projekte

Zur Unterstützung der Vorbereitungen fand vor kurzem ein Vortrag von Dr. Burkhard Küstermann, Leiter der Bundesinitiative Bürgerstiftungen im Bürgerhaus Miteinander statt. Dr. Küstermann präsentierte den aktiven Bürgern einige Beispiele für Bürgerstiftungen aus anderen Bundesländern sowie Projekte, die bereits entstanden sind. „Auch die Bürgerstiftung Rosenheim soll bürgernahe, flexible und unbürokratische Projekte für das Wohl des geistigen, sozialen und kulturellen Lebens der Kinder, Jugendlichen und Familien in Rosenheim initiieren und unterstützen“, stimmt Gymnasiallehrer Karl-Heinz Brauner den Ausführungen von Dr. Burkhard Küstermann zu.

Der Zustiftungsbeitrag wird bewusst niedrig gehalten, so dass jeder mit 500 Euro Stifter

Landkreis Aschaffenburg:

## Gemeinderäte-Seminar ein voller Erfolg

Jeder Beruf braucht sein richtiges Handwerkzeug – das gilt auch für kommunale Mandatsträger. Deshalb kamen über 70 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aus dem ganzen Landkreis Aschaffenburg zusammen, um sich vom Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Jürgen Busse, in einem ganztägigen Seminar die Grundlagen für eine gute Gemeinderatsarbeit näher bringen zu lassen.

Dr. Busse, selbst langjähriges Mitglied im Stadtrat und im Kreistag von Starnberg, informierte die Mandatsträger aus dem Landkreis am Vormittag über die Aufgabenverteilung zwischen Bürgermeister und Gemeindegremien, Rechte und Pflichten der Räte und die manchmal doch recht engen Spielräume im gemeindlichen Finanzwesen.

### Bauplanungsrecht

Der Nachmittag war dann dem Bauplanungsrecht mit seinen vielen Facetten vorbehalten. „Gerade das Bauplanungsrecht ist eine echte Herausforderung für die Räte“, ist sich Dr. Jürgen Busse sicher. „Ohne ausreichende Kenntnisse über die Bedeutung von Abkürzungen wie GRZ, GFZ oder BMZ ist ein sachgerechtes Arbeiten im Bauwesen

werden kann. Die Initiatoren erhoffen sich viele Stifter, auch aus verschiedenen Generationen, so dass die Stiftung so lebendig wird, wie sich das gesellschaftliche Leben in Rosenheim gestaltet. Wichtig ist den Initiatoren „die Unabhängigkeit und Transparenz in der Stiftung und eine gute Entwicklung der Zusammenarbeit zur Wirtschaft, Politik und Verwaltung“, so Özlem Zenker.

### Initiativversammlung

Zur Vorbereitung der Gründung sind alle an der Stiftung interessierten Bürger am 25. März 2009 um 19 Uhr im Ballhaus an der Weinstraße 12 zu einer Initiativversammlung herzlich eingeladen. Angetan von der Rosenheimer Initiative hat sich Professor Dr. Christian Pfeiffer bereit erklärt, diese Versammlung zu unterstützen.

### Jugend ist Zukunft

Dr. Pfeiffer wird ausgehend vom Thema „Jugend – Zukunft für Rosenheim“ eine Einführung zu Bürgerstiftungen geben. Die bereits feststehenden StifterInnen werden an diesem Abend benannt und neue Zustifter gewonnen. Die Beiräte und Vorstände der Stiftung sollen dann in einer Wahl durch die Stifter an einem Termin im April besetzt werden. Der vorgeprüfte Satzungsentwurf wird ebenfalls von der Stiftungsversammlung verabschiedet.

Die Soziale Stadt unterstützt das Anliegen der Bürger für den Bereich Bürgerschaftliches Engagement. Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer übernimmt die Schirmherrschaft. Das Bayerische Fernsehen wird an diesem Abend ebenfalls dabei sein. □



Von links.: Landrat Rudolf Schwemmbauer, KPV-Bezirksvorsitzende Brigitte Hegendörfer, Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, stellv. CSU-Bezirksvorsitzende Christina Dier und stellv. KPV-Bezirksvorsitzender Gerhard Lunz. □

## KPV für verstärkte Wahrnehmung in Brüssel

Mehr Berücksichtigung kommunalpolitischer Interessen in Brüssel fordert die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CSU im Bezirksverband Mittelfranken.

Bei einer Tagung in der Bezirkshauptstadt Ansbach sprach KPV-Bezirksvorsitzende Brigitte Hegendörfer davon, dass auch die Auswirkungen europäischer Politik auf die Kommunen kalkulierbarer werden müssten: „Europäische Entscheidungen betreffen jede Bürgerin und jeden Bürger in unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden. Hier brauchen wir ein hohes Maß an Verlässlichkeit und eine starke Repräsentanz“.

### Regionalpartnerschaften

Bezirkstagspräsident Richard Bartsch hatte anlässlich der KPV-Bezirksversammlung auch über die Bedeutung von Regionalpartnerschaften im zusammen wachsenden Europa referiert. „Kontakte und Auslandserfahrung tragen nicht nur zum gegenseitigen Verständnis, sondern auch zur Friedenssicherung bei“, so der CSU-Politiker.

### Strukturen staatlicher Verwaltung

Diskutiert wurde auch über die immer wieder neu zur Disposition gestellten Strukturen staatlicher Verwaltung. Die CSU-Kommunalpolitiker waren übereinstimmend der Meinung, dass „es jetzt keine neuen Experimente brauche“. Punktuelle Optimierungen stünden immer auf der Tagesordnung, aber „permanentes Infragestellen funktionierender Institutionen“ würde nur zur Verunsicherung beitragen. pm



Die St. Gregor-Jugendhilfe hatte den Kommunikationstrainer Hermann Müller (2. v. r.) eingeladen, um Jugendlichen (hier mit Erzieherin Pia Reichardt, 4. v. l.) in einem Sozialtrainingskurs zu zeigen, wie man bei anderen gut ankommt. □

## „Cool sein und trotzdem gut ankommen“

St. Gregor-Jugendhilfe in Schwabmünchen veranstaltete Benimm-Kurs für Jugendliche

Schwabmünchen (pm). Fabian (Name geändert) ist cool. Krasses Outfit, Käppi und ein Gang wie einst Gary Cooper in „High noon“. Demnächst will er eine Lehre beginnen. Fabian\* weiß, was im Job zählt: Leistung und cool bleiben.

„Ganz so ist es nicht“, meint Hermann Müller. „Für einen guten Auftritt im Privat- und Berufsleben gibt es ein paar gute und verblüffend einfache Regeln, die man beherrschen sollte, um wirklich gut und nicht allein cool anzukommen“, so Müller. Diplomingenieur (FH) Müller ist Wirtschafts-Mediator, Kommunikationstrainer und Business Coach. Der Geschäftsführer von M+Consulting (Schwabmünchen) berät und trainiert Menschen, die im Berufsleben stehen. Personalentwicklung, Konfliktlösung, Präsentation, Teamarbeit und vieles mehr sind seine Arbeitsbereiche.

Die St. Gregor-Jugendhilfe hatte Hermann Müller eingeladen, um Jugendlichen von elf bis

16 Jahren in einem Crash-Kurs zu zeigen, wie man bei anderen gut an- und „rüberkommt“.

„Die Idee zu dem Verhaltensknigge entstand im Kollegenteam“, erklärt Pia Reichardt, Erzieherin und Mitarbeiterin der St. Gregor-Jugendhilfe in Schwabmünchen. Das Familienbüro der Organisation unterstützt Kinder, Jugendliche und ihre Eltern. Das Angebot reicht dabei vom Bildungsprogramm „Familie leben“, das zu allen Fragen rund ums Thema Erziehung informiert bis hin zu Angeboten wie Erziehungsbeistandschaft oder sozialpädagogischer Familienhilfe, mit denen die St. Gregor-Jugendhilfe im Auftrag des Jugendamtes Familien unterstützt, die sich in Schwierigkeiten befinden. □

Die Pressefreiheit hochhalten:

## Gemeinderat kein rechtsfreier Raum

Drei Wochen lang schien es, als wäre in der Gemeinde Gundelsheim bei Bamberg die Pressefreiheit außer Kraft gesetzt: Doch wurde ein so wirkender Beschluss vom Gemeinderat revidiert.

Gundelsheim: eine 3.500-Einwohner-Gemeinde im Speckgürtel von Bamberg. Im Gemeinderat mit 16 Mitgliedern gehören je vier der CSU, SPD und der Bürgergemeinschaft BG, je zwei den Grünen sowie den Freiwählern an. Bürgermeister ist Jonas Merzbacher (SPD): Er kam nach der Kommunalwahl 2008 ins Amt – damals 24 und der zweitjüngste Ortschef Bayerns. Und er setzte seither gemeinsam mit seinem Rat viele neue Ideen durch. So dürfen schon mal junge Leute in einer Sitzung erklären, was die Bürger von der Gemeinde-Mitgliedschaft in der kommunalen Klimaallianz haben – und was sich der Ort dies kosten lassen solle.

### Frischer Wind

„Es sind mehr Besucher in den Sitzungen, seit der Jonas da ist“, freut sich ein alteingesessener Gundelsheimer über den frischen Wind, den Merzbacher in den Gemeindegremien gebracht hat. Die meisten Beschlüsse fasst der Gundelsheimer Rat einstimmig – auch den vom Juli 2008: die Tageszeitung „Fränkischer Tag“ (FT) solle die Berichterstattung über die Ortsaktivitäten in die Hände eigener Mitarbeiter legen, lautete der Beschluss. Bis dahin druckte der FT Gemeindeprotokolle ab.

Doch seither berichtete die neue FT-Reporterin hintergründig; nannte Ross und Reiter, wer in Sitzungen was sagte. Das war scheinbar nicht, was CSU, Freiwähler und BG als „sachlich und objektiv“ betrachteten.

### Mehrheitsvotum

Deshalb stellten sie in der Sitzung am 11. Februar den Antrag: „Wir fordern, die Berichterstattung des FT zu beenden und unsere Archivarin mit der Berichterstattung der Gemeinde Gundelsheim in der Tagespresse zu beauftragen.“ Der Antrag wurde angenommen – doch nicht einstimmig wie sonst, sondern mit 9:6-Mehrheitsvotum.

Im Nachhinein bekannten einige dieser Mehrheit öffentlich, dass sie den Grundgesetz-Artikel „5: Meinungs- und Pressefreiheit“ nicht kannten. So musste die Rechtsaufsicht einschreiten. „Selbst ein Gemeinderatsbeschluss kann einem Zuhörer, auch der Presse, nicht verbieten, jedes gesprochene Wort mit zu stenographieren“, schrieb Birgit Ramming-Scholz vom Landratsamt Bamberg.

### Intensive Diskussion

Bürgermeister Merzbacher hatte vor der Abstimmung erklärt: Eine solche Regelung sei weder von der Gemeindeordnung – diese schreibt öffentliche Ratssitzungen vor – noch vom Grundgesetz gedeckt. Über diese beiden Aussagen sei in den letzten Wochen in Ratskreisen intensiv diskutiert worden, heißt es.

Und so schnellten am 4. März alle 17 rechten Gemeinderatsmitglieder in die Höhe, als Jonas Merzbacher aufrief, den Beschluss zurückzunehmen. Mit dem sollte ohnehin „weder die Pressefreiheit eingeschränkt, noch dem Fränkischen Tag Vorschriften über die Berichterstattung gemacht werden“, steht in einer Erklärung des gesamten Rates. Auch wenn es drei Wochen lang diesen Eindruck gab.

PS: Eine sehr hilfreiche Broschüre für Bürgermeister und Gemeinderäte zur Zusammenarbeit

mit der Presse hat bereits 2002 der Bayerische Gemeindetag veröffentlicht. Sie liegt nur noch als Internet-Version vor, doch ist sie kostenlos verfügbar: [www.bayer-gemeindetag.de/information/pressemitteilung/2002/gemeinde\\_presse.pdf](http://www.bayer-gemeindetag.de/information/pressemitteilung/2002/gemeinde_presse.pdf) WRA

### Landkreis Augsburg:

#### Neue Infobroschüren

Der Landkreis Augsburg hat drei Informationsbroschüren überarbeitet: die Imagebroschüre, die Informationsbroschüre „Landkreis Augsburg – Informationen für unsere Bürger und Gäste“ sowie die werbefinanzierte Informationsbroschüre „Das Augsburger Land – ein starkes Stück Bayern“. Die Broschüren sollen ein Wegweiser durch Landkreis und Landratsamt sein und wichtige Zahlen, Daten und Fakten vermitteln. □

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Stadtgalerie Schweinfurt:

## Neue städtische Attraktion eröffnet

175-Mio.-Euro-Investition bringt 700 Arbeitsplätze

Nach einer Bauzeit von weniger als zwei Jahren hat die neue Stadtgalerie in Schweinfurt erstmals ihre Tore geöffnet. Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser durchschritt gemeinsam mit Center-Managerin Andrea Poul das rote Band und startete damit offiziell den Betrieb des innerstädtischen Einkaufszentrums. Danach begrüßten ca. 100 Geschäfte, Gastronomie- und Dienstleistungsbetriebe auf zwei Etagen ihre ersten Besucher. Die rund 22.500 Quadratmeter große Verkaufsfläche des innerstädtischen Einkaufszentrums war bereits seit Ende 2008 vollständig vermietet. Mit der Stadtgalerie wurden rund 700 neue Arbeitsplätze in Schweinfurt geschaffen.

Mit ihrer einzigartigen Architektur und ihrer hochwertigen Gestaltung setzt das spektakuläre neue Shoppingcenter einen modernen städtebaulichen Akzent im Herzen der Kugellagerstadt. Mit ihrem ca. 230 Meter langen, licht durchfluteten Glasdach und ihren Ellipsen wird die Shopping-Mall eine hohe Aufenthalts-, Bummel- und Verweilqualität erhalten. Sie gehört zu einer der größten in Nordbayern und steigert nach Überzeugung von Oberbürgermeisterin Grieser damit erheblich die Zentralität Schweinfurts als überregional bedeutende Einkaufsstadt.

### Kosten 175 Mio. Euro

Entwickelt, geplant und realisiert hat das Objekt die in Hamburg ansässige ECE, die außerdem für das langfristige Management der Stadtgalerie verantwortlich ist. Investor ist die Commerz Real AG, die mit 175 Millionen Euro das größte Bauvorhaben in Schweinfurt umgesetzt hat.

Bereits am Vorabend der Eröffnung feierten knapp 1000 gela-

### Zweiter Tourismustag im Landkreis Neu-Ulm:

## Größeres Stück vom Kuchen

Beim zweiten Tourismustag des Landkreises Neu-Ulm wies Landrat Erich Josef Geßner darauf hin, dass der Landkreis seine Aktivitäten zum Ausbau des Tourismus weiter verstärken werde. „Wir sind zwar keine klassische Urlaubsregion wie beispielsweise das Allgäu, der Schwarzwald oder die Nord- und Ostseeküste, wir sind aber dabei, uns zusehends ein größeres Stück vom touristischen Kuchen abzuschneiden“, betonte Geßner.

Deutlich werde dies an der Zahl der jährlichen Übernachtungen, die seit 1999 von rund 213.000 auf 325.000 im Jahr 2007, also um knapp 53 Prozent, gestiegen sind. Nach einer Studie der Ludwig-Maximilians-Universität München gebe jeder Übernachtungsgast in touristisch nicht so stark erschlossenen Gebieten rund 80 Euro pro Tag aus. „Daraus ergibt sich für das Jahr 2007 ein touristischer Gesamtumsatz im Landkreis Neu-Ulm von mehr als 26 Millionen Euro“, machte der Landrat deutlich.

### Spezielle Angebote

Seit dem ersten Tourismustag vor knapp sieben Jahren im Kloster Roggenburg, der als Auftakt für die Tourismusförderung im Landkreis angesehen werden könne, habe der Landkreis insbesondere für die Zielgruppen Kinder und Familien sowie für Radfahrer spezielle Angebote ausgearbeitet, so Geßner. Die mittlerweile in vierter Auflage erschienene Broschüre „Familienpaß Region Ulm/Donau“ in Zusammenarbeit mit der Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH (UNT) und dem Alb-Donau-Kreis komme auch bei einheimischen Familien sehr gut an. Ebenso sei die Karte „Rauf aufs Rad“ mit fünf Radtour-Vorschlägen, die in Zusammenarbeit mit

dene Gäste das neue Center bei einem Gala-Abend in der Stadtgalerie. Als Festredner sprach der frühere Bundeswirtschaftsminister Michael Glos von einem „guten Tag für die Stadt und die gesamte Region Main-Rhön“. Mit der Stadtgalerie, so Glos, werde die Attraktivität Schweinfurts deutlich erhöht, die Eröffnung sei zudem auch ein Hoffnungszeichen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

### Meilenstein

Die Stadtgalerie ist ein Meilenstein im Maßnahmenprogramm der Stadt Schweinfurt, die Wettbewerbsfähigkeit des Oberzentrums Schweinfurt in der Region Mainfranken zu steigern, und soll zum Publikumsmagnet werden. Zehntausende Besucher nutzten bereits den ersten Öffnungstag für einen ausgedehnten Bummel in dem weitläufigen Center. Hunderte waren zum Start einzelner Shops um 6.00 Uhr an den Türen angestanden.

Mit Blick auf den innerstädtischen Einzelhandel betonte Oberbürgermeisterin Grieser,

dass dieser bislang zwar gut aufgestellt gewesen, aber sehr kleinteilig in seiner Struktur sei. Durch den fehlenden Magneten sei die Einkaufsstadt als Ganzes an ihre Grenzen gestoßen. Dieses Manko sei mit der Stadtgalerie nun behoben, ein solcher Magnet binde viel Kaufkraft in Schweinfurt. Zusätzlich mit der neu und „wunderschön gestalteten“ westlichen Innenstadt werde die gesamte Innenstadt nun viel attraktiver für Besucher aus nah und vor allem fern sein. Für den angestammten Handel sei die Stadtgalerie eindeutig eine Herausforderung, betonte die Rathauschefin; aber durch den ergänzenden Branchen-Mix des Centers zum bisherigen Angebot werde dem Einzelhandel nicht die Luft zum Atmen genommen.

### „Brillant“ für Stadt und Region

ECE-Geschäftsführer Dr. Andreas Mattner bezeichnete die Stadtgalerie als „Brillanten“ für Schweinfurt und die Region. ECE sei darüber hinaus ein treuer Partner, den die Stadt „nicht mehr los“ werde. Der für den Bereich Objektentwicklung zuständige Geschäftsführer Gerhard Dunstheimer versprach im Rahmen der Abend-Gala, dass sein Unternehmen zusammen mit der Stadtgalerie Partner des hiesigen Einzelhandels sein möchte. „Wir planen vielfältige Kooperationen mit dem Stadtmarketing erleben, von denen der gesamte städtische Handel profitieren wird.“

### Viele Veranstaltungen

Neben dem großen Angebot mit 100 Geschäften bietet die Stadtgalerie das ganze Jahr über Veranstaltungen, darunter eine große Osteraktion, die musikalische Abendveranstaltung „Stadtgalerie goes A-Cappella“ mit internationalen Interpreten am 30. April sowie mehrere Live-Modeschauen. Als besonderes Highlight wird im Herbst die Augsburgische Puppenkiste in der

auch die intakten und abwechslungsreichen Naturlandschaften an und zwischen Donau, Iller und Biber gezielt herauszustellen. So sei unter anderem konkret geplant, einen Wanderführer für den Landkreis herauszugeben und ein eigenes Tourismusportal im Internet aufzubauen. Um den Informationsaustausch der touristischen Anbieter im Landkreis Neu-Ulm zu verbessern und sie stärker zu vernetzen, starte am 29. April in Illertissen der erste „Runde Tisch“.

### Partner des Landkreises

In ihren Grußworten machten Wolfgang Ländle, Kreisvorsitzender des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, sowie Dr. Wolfgang Hatz, Vorsitzender des Vereins „Gästeführer Schwäbisches Donautal“, deutlich, dass sie sich als Partner des Landkreises Neu-Ulm verstehen. Ländle ging zugleich auf die aktuelle Wirtschaftskrise ein, die auch an den Gastronomen und Hoteliers nicht spurlos vorübergehe. „Aber an den Mittelstand denkt keiner!“, übte er Kritik an der „Abwrackprämie“. Von der Politik forderte er ein Umdenken und eine Rückbesinnung auf die heimische Wirtschaftskraft sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wie die Redu-

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Sagen Sie mal, Sabrina, wie weit sind wir eigentlich mit der Zusammenstellung der Bewerbungsunterlagen für den Umweltpreis von E.ON Bayern?“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte mich gebeten, die Sache koordinierend in die Hand zu nehmen. Und obwohl ich eigentlich ein „just-in-time“-Typ bei der Arbeit bin, habe ich diesmal vorsichtshalber nicht auf eine Punktlandung vertraut, sondern ihm die fix und fertig unterschriftsreifen Bewerbungsunterlagen hingelegt. So können wir sie mit Vorlauf zum Bewerbungsschluss 31. März einreichen.

Heuer vergibt E.ON zum fünften Mal seinen Umweltpreis Bayern für vorbildliche Projekte der Gegenwart und der Zukunft, die Energie sparen und die Umwelt schonen, aber ohne Förderung nicht oder nur schwer umsetzbar wären. Und mein Chef hat sich nun einmal in

Klar, aus Wettbewerbsgründen kann ich nicht verraten, womit wir uns bewerben. Die Bewerbungsunterlagen sind nämlich schnell und unkompliziert einzureichen. So ist es nicht ausgeschlossen, dass Mitbewerber die Zeit bis zum Monatsende nutzen, um uns auszubremsen oder sich von unserer Idee inspirieren zu lassen. Aber das breite Spektrum der bisherigen Preisträger in den letzten vier Jahren zeigt, dass der Kreativität der Anwender und Initiatoren von den Preisrichtern keine Grenzen gesetzt werden. So wurde die erste Öko-Kirche Bayerns nach Passivhaus-Standard in der Vergangenheit ebenso prämiert wie ökologisch orientierte Mitmach-Aktionen für Schüler oder die unterschiedlichsten Systeme zur Nährbarmachung organischer und verwandter Abfälle bzw. Abwässer zur Erzeugung von Biogas.

Natürlich kommt man ins Grübeln, warum ausgerechnet ein Energie-Multi wie E.ON einen großzügig dotierten Umweltpreis auslobt, der die Energieeinsparung zum Ziel hat. Ein ähnlich seltsames Verhalten wie von den Zahnärzten, die ja auch Zahnbürsten und Zahnseide an ihre Patienten verschenken statt – wie man es erwarten würde – harte Malzbonbons und klebriges Karamell. Aber die Energiemanager wissen am Besten, dass alle unsere Energieressourcen endlich sind – und je länger wir damit ohne Abstriche am Lebensstandard auskommen, umso besser für uns alle. Eben ein Stück Nachhaltigkeit.

## Umweltpreis belohnt Nachhaltigkeit

den Kopf gesetzt, dass unser Städtchen heuer oder in einem der kommenden Jahre unter den Kommunen sein soll, deren Nachhaltigkeitspolitik durch diesen Preis Anerkennung und Förderung findet.

Denn mit so einem renommierten Preis kann man als Politiker schon protzen und den Bürgern verdeutlichen, dass man die Bewahrung der Schöpfung nicht nur in Sonntagsreden hochhält, sondern bereit ist, auch konkret zu handeln. Zudem wird der Preis in stilvollem Ambiente in der Regel vom bayerischen Umweltminister als Schirmherrn im Rahmen einer Feierstunde verliehen. Und das taugt immer für gute Fotos in der Heimatzeitung, wenn ich's mal aus der Sicht einer weniger subtilen PR betrachte.

Auch mit dem Preisgeld kann eine Stadt wie unsere bei einem Nachhaltigkeitsprojekt schon was anfangen. 50.000 Euro winken dem Erstplatzierten und immerhin noch 20.000 Euro den zehn weiteren Gewinnern. Elf Preisträger insgesamt – da darf man sich schon realistische Chancen ausrechnen, wenn man etwas Vorzeigbares und Innovatives zu bieten hat.

ihre Sabrina

## Hochwasserschutz für das Günztal

Mit eigenen Augen sehen, wie ein Rückhaltebecken in der Realität aussieht, mit eigenen Ohren von Betroffenen hören, wie es sich mit einem solchen Becken lebt und ob es seinen Zweck erfüllt: Dies war das Ziel einer eintägigen Exkursion, zu der das Wasserwirtschaftsamt (WWA) Kempten gemeinsam mit dem Landratsamt Unterallgäu betroffene Bürgermeister, Landwirte und Naturschützer ins baden-württembergische Waibstadt eingeladen hatte. Dort machte sich die Gruppe ein Bild von umgesetzten Hochwasser-Schutzmaßnahmen, die mit jenen vergleichbar sind, die im Günztal geplant sind.

Der Unterallgäuer Landrat Hans-Joachim Weirather betonte, dass jetzt die einmalige Chance bestehe, einen umfassenden Hochwasserschutz für das Günztal zu schaffen. „Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Wir werden aber darauf achten, dass die betroffenen Landwirte am Schluss nicht das Gefühl haben, die Verlierer zu sein.“

Der „Zweckverband Hochwasserschutz Einzugsbereich Elsenz-Schwarzbach“ war 1997 gegründet worden, nachdem mehrere schwere Hochwasserereignisse innerhalb weniger Jahre zu Schäden in dreistelliger Millionenhöhe geführt hatten. 23 Gemeinden sind neben drei Landkreisen und zwei Regierungsbezirken Mitglied im Zweckverband.

### Bewährte Becken

Um die Gemeinden vor einem 100-jährlichen Hochwasser zu schützen, wurden insgesamt 49 überörtliche Rückhaltebecken geplant - 37 von ihnen sind bereits seit mehreren Jahren in Betrieb. Investiert wurden bislang insgesamt 40 Millionen Euro. Wie Verbands geschäftsführer Gerold Werner den Unterallgäuer Besuchern erklärte, seien die Becken in

der Vergangenheit schon mehrfach in Betrieb gewesen - und hätten sich aus Sicht der Bevölkerung bewährt. Daneben wurden Maßnahmen vorgestellt, mit denen den Belangen des Naturschutzes Rechnung getragen wurde.

Auch die anwesenden Landwirte bestätigten, dass die Flächen im Einstantbereich eines Rückhaltebeckens voll genutzt werden könnten. Darüber habe sich der Zweckverband dazu verpflichtet, Flächen nach einer Überflutung wieder so herzurichten, dass sie uneingeschränkt bewirtschaftet werden können. Hier habe es bislang auch nie Probleme gegeben, so die Waibstädter Landwirte. Die Sorgen ihrer Unterallgäuer Berufskollegen, dass Wiesen nach einem Einstau total verschlamm und unbrauchbar seien, sind ihrer Meinung nach unbegründet. Dadurch, dass die bebauten Bereiche durch die Rückhaltebecken vor einem Hochwasser geschützt sind, würden zusätzlich auch keine Heizöltanks mehr aufgeschwemmt. Im Günztal soll nun zunächst das Ergebnis eines Raumordnungsverfahrens abgewartet werden. Dabei werden die verschiedenen Standorte für Rückhaltebecken bewertet und die am besten geeigneten ausgewählt. Do.



# Wenn alle Praxen geschlossen sind

Die Ärztenngesellschaft Hersbruck leistet Bereitschaftsdienst für die Patienten aus der Umgebung

Ein lautes, schluchzendes Jammern reißt die Eltern am frühen Sonntagmorgen aus dem Schlaf. Das Weinen kommt aus dem Kinderzimmer nebenan. Die jüngste Tochter liegt im Bett und klagt über stechende Bauchschmerzen. Weder Wärmflasche noch Kamillentee helfen. Die Eltern müssen mit dem Kind zum Doktor – und das am Sonntag, wenn die Praxis geschlossen hat.

Wenn die Behandlung nicht bis zum nächsten Tag warten kann, leistet die Ärztenngesellschaft Hersbruck, die Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern ist, Abhilfe. Die Mediziner, die dort organisiert sind, haben einen Ärztlichen Notdienst gegründet. Egal, ob Durchfall, Insektenstich oder Reizhusten: Die Ärzte betreuen Patienten, die außerhalb der Praxisöffnungszeiten auf medizinische Hilfe angewiesen sind.

## Medizinische Betreuung vor Ort sichern

Im Krankenhaus der mittelfränkischen Kleinstadt versorgen 48 Haus- und Fachärzte die Bürger aus dem Hersbrucker Land. Sie wollen damit die medizinische Betreuung vor Ort sichern. Gebietsweise hatte es Schwierigkeiten gegeben, den bestehenden Bereitschaftsdienst aufrecht zu erhalten. Daher riefen die Mediziner vor fast einem Jahr die Ärztenngesellschaft Hersbruck ins Leben. Der Vorteil: Es gibt eine zentrale Anlaufstelle, an die sich Ratsuchende wenden können. Das sei im Sinne der Kassenärztlichen Vereinigung, die eine Zentralisierung bei den Bereitschaftsdiensten begrüßen, er-

klärt Michael Lehmann, Allgemeinarzt und Vorstand der Genossenschaft. Wer den ärztlichen Notdienst bisher in Anspruch nehmen wollte, musste sich zuerst erkundigen, wo dieser aktuell überhaupt angeboten wird. Nun weiß der Patient von vornherein, an wen er sich wenden muss. Für manche werde der Weg zwar länger, so Lehmann, dafür könne dieser aber sicher sein, dass jemand vor Ort ist. Für Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, gibt es einen Hausbesuchsdienst. Dieser kümmert sich um Bettlägerige.

## Voranmeldung nicht nötig

Ansonsten können die Patienten wie bei einer normalen Praxis ganz nach Bedarf erscheinen. Eine Voranmeldung ist nicht nötig. „Unsere Dienstleistung ist eine Entlastung und ein zusätzlicher Service für das Krankenhaus“, sagt Lehmann. Und durch die Zusammenarbeit mit der örtlichen Klinik in Hersbruck stehen bei schweren Notfällen die Internisten und Chirurgen des Hauses bereit. Lebensbedrohliche Situationen bei Patienten sind für die Ärzte im Bereitschaftsdienst allerdings selten. Im Durchschnitt besuchen et-

wa 50 Patienten pro Woche die Praxis. Etwas weniger, als die Ärzte ursprünglich erwartet hatten. „Wir dachten, da kommen mehr Leute. Aber die Genossenschaft kann ihre Kosten decken,



## Markt Pretzfeld gewinnt fünf PCs bei E.ON Bayern-Verlosung

Bürgermeisterin Rose Stark hat bei einem Preisausschreiben der E.ON Bayern AG fünf Computer gewonnen. Ralf Schwarz, zuständiger Kommunalbetreuer, überreichte den Preis an das Gemeindeoberhaupt und die Schulleiterin der Walter-Schottky-Volksschule Pretzfeld, Annette Forster-Sennefelder, im Rahmen einer Feierstunde. Wie Schwarz bei der Übergabe betonte, will das Energieunternehmen helfen, die PC-Ausstattung an Schulen und Kindergärten zu erweitern um allen Kinder einen Zugang zu dieser Technologie möglich zu machen.

Da mittlerweile in nahezu allen Berufsweigen der Umgang mit PCs notwendig ist, soll die Spende den Einstieg in das spätere Berufsleben erleichtern. Seit fast vier Jahren gibt die E.ON Bayern AG einen Informationsbrief für die 1300 von ihr versorgten Kommunen heraus, der Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie die Verwaltung über neue Entwicklungen und aktuelle Themen auf dem Energiesektor auf dem Laufenden hält. In der Winterausgabe gab es zehnmal fünf Computer zu gewinnen. Die Förderung der Erwachsenen von Morgen ist das zentrale Anliegen der Städte und Gemeinden. Daher überraschte nicht, dass das Interesse mit rund 610 Einsendungen riesengroß war. Unser Foto zeigt von links: Bürgermeisterin Rose Stark, drei Schülerinnen vor zwei neuen Computern, E.ON-Repräsentant Ralf Schwarz und Rektorin Annette Forster-Sennefelder. Text und Bild: fpo

in dieser Hinsicht gibt es keine Probleme“, sagt Lehmann. Die Rechtsform der eG hätten die Mediziner gewählt, um in diesem Sektor eine starke Position nach außen hin einzunehmen. Angesichts der Umbrüche im deutschen Gesundheitssystem sei es für Ärzte wichtig, sich selbst zu organisieren. „Das können wir nur in Form der Genossenschaft“, erklärt der Vorstand. Diese biete Vorteile beim Einkauf von Medikamenten und Arzneimitteln. Zudem könne der Ärztezusammenschluss damit

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt des Beck-Verlags München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

eine stärkere Position gegenüber Krankenkassen einnehmen, erläutert der Allgemeinmediziner.

## Ärztetzwerk im Visier

Für die Zukunft plant die Genossenschaft auch, ein regionales Ärztenetzwerk aufzubauen. Vorrangig sei momentan aber,

die drastischen Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem zu bewältigen. Der Medizinerverbund will weiter die medizinische Betreuung in der Region sichern. Denn auch künftig soll kein Patient in der Kleinstadt an der Pegnitz darauf warten müssen, bis die Praxen montags wieder öffnen. Johannes Froschmeier

## Verein Europäische Metropolregion München (EMM e.V.):

# Erfolgreicher Start

Aus dem Zusammenschluss der Initiative Europäische Metropolregion München mit dem Verein Wirtschaftsraum Südbayern. Greater Munich Area e.V. (GMA) ist nunmehr der Verein Europäische Metropolregion München e.V. (EMM) hervorgegangen. Im Rahmen einer Mitgliederversammlung bestimmten die Mitglieder des Vereins Lenkungskreis und Vorstand.

Die Europäische Metropolregion München umfasst 35 % der Fläche Bayerns und ist damit größer als das Bundesland Hessen. Während mit ca. 5,4 Millionen Menschen 43 % der bayerischen Bevölkerung in der Metropolregion München leben, erwirtschaftet die Region jedoch mehr als 50 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts. Seit den ersten Gesprächen gehören mittlerweile die 6 kreisfreien Städte Augsburg, Ingolstadt, Kaufbeuren, Lands- hut, München und Rosenheim sowie 24 Landkreise und 23 kreisangehörige Kommunen wie auch 63 Unternehmen dem Verein an, darunter die Audi AG, BMW AG, E.ON Bayern AG, MAN AG, SWM GmbH sowie der MVV und die MVG.

Zu den Gründungsmitgliedern gehören darüber hinaus die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die Regionalen Planungsverbände. Die Weiteren kann der Verein die Hochschulen und einige Universitäten des Regionsgebiets sowie Institutionen und Personen des gesellschaftlichen und wissen-

schaftlichen Lebens, etwa das Goethe-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft zu seinen Mitgliedern zählen. Bei der Gründungssitzung im Münchner Rathaus wurden die 32 Mitglieder des Lenkungskreises und daraus wiederum der Vorstand der Europäischen Metropolregion München gewählt. Vorstandsvorsitzender ist der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, Stellvertreter/in sind die Landrätin des Landkreises München, Johanna Rumschöttel, und Prof. Dr. Gerd Finkbeiner, Vizepräsident der IHK Schwaben. Zum Schatzmeister wurde Landrat Hermann Steinmaßl, Landkreis Traunstein, gewählt. Schriftführer ist der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Heinrich Traublinger. Zu den weiteren Vorstandsmitgliedern zählen u. a. Landrat Stefan Rössle (Landkreis Donau-Ries), die Oberbürgermeister Peter Bürgel (Dachau), Dr. Kurt Gribl (Augsburg), Dr. Alfred Lehmann (Ingolstadt) sowie Bürgermeisterin Elisabeth Ziegler (Oberschleißheim). DK

## Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 2. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV für Kommunen
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge • Städtereinigung

## LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### Fahnenmasten/Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Kindergarteneinrichtungen

**elbe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen  
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199  
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

**Gmeiner** Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!  
**Gmeiner GmbH**  
Daimlerstraße 18  
92533 Wernberg-Köblitz  
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49  
E-Mail: info@gmeiner-online.de  
www.gmeiner-online.de

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (089) 749 949 74**

### Fahnenmasten/Fahnen

**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### Schacht-Ausrüstungen

**Hailo** Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

**Inserieren bringt Erfolg!**  
www.bayerische-gemeindezeitung.de

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Fahrradabstellanlagen



### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**elbe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen  
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199  
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**  
www.orion-bausysteme.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**  
Briefmarkenauctionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

### Aussenmöblierung

**BECK** • Abfallbehälter  
• Absperrpfosten  
• Fahrradständer  
• Sitzbänke u.a.  
Möblierung für Aussen  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden  
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333  
www.beck-aussenmoeblierung.de



### Sportgeräte

**BENZ**  
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden  
Tel. 07195/6905-0 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de  
www.benz-sport.de

### Wasserzähler

**HYDROMETER**  
Messtechnik und Systemlösungen  
HYDROMETER GMBH  
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach  
Tel.: 09 81/ 18 06 0  
Fax: 09 81/ 18 06 605  
www.hydrrometer.de